

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Heut und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Filmwelt', 'Frauenstimme', 'Der Rinderefreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Wid in die Bücherwelt' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einpaltige Sonntagsbeilage 80 Pfennig, Restameile 5.- Reichsmark. 'Aktion Anzeigen' das festgedruckte Wort 25 Pfennig (außerhalb des festgedruckten Wortes), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stängelzettel das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 8 1/2 Uhr früh bis 2 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 21. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollständiger: Berlin SW. 68 - Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, No. 65; Postkonto-Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin SW. 68

Noch nicht genug Zollwucher!

Erklärung des Reichslandbundes gegen die Kabinettsbeschlüsse.

Der Reichslandbund erklärt zur Neuregelung des Zollsatzes: Die vom Reichskabinett in Aussicht genommene Regelung der Zollsätze nach dem 1. August d. J. bedeutet für die Landwirtschaft eine schwere Enttäuschung.

Landwirtschaft in alter Vorkriegsweise auch für einen Kriegsjahr zu fordern.

An die Adresse der Industrie wendet sich der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates mit der tolen Verdrehung der Tatsachen, daß ausgerechnet Deutschland den Rationierungen und Spekulationen übermächtiger ausländischer Trusts machtlos ausgeliefert sei.

Nach dem Präsidenten Dr. Brandes sprach der Reichsernährungsminister Schiele mit unerkennbarer Spitze gegen den kürzlich vom Reichskabinett gefassten und der ganzen Welt bekannt gegebenen Beschluß, der die zollpolitischen Entschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz nicht nur billigt, sondern sie auch durchzuführen verspricht.

Wenn man heute auf Grund der schlecht verstandenen Thesen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau des deutschen Zolltarifs diskutiert, so übersehe man die noch heute vorhandene Ungleichheit des zollpolitischen Rüstzeugs der Industrie und der Landwirtschaft.

Der Reichsernährungsminister Dr. Schiele ist damit, ohne daß das allerdings eine Ueberraschung ist, im Gegensatz zu jenen Kabinettsmitgliedern getreten, die die Beschlüsse von Genf gutgeheßen haben.

Schiele gegen das Kabinett.

Die Forderungen der Agrarier.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat war immer als das vornehmste Sprachrohr der deutschen Großagrarien anzusehen. Die Enttäuschung darüber, daß das Reichskabinett es nicht wagen durfte, die Wünsche des Reichslandbundes voll zu erfüllen, muß außerordentlich groß sein.

Mit deutlichem Mißbehagen hat der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates festgestellt, daß es wieder einmal nicht gelungen sei, zum 1. August aus dem Uebergangsstadium herauszukommen und der deutschen Wirtschaft endlich das handelsmonopolistische Rüstzeug zu schaffen, dessen sie bedürfe.

Polnisch-Sozialistische Wahlsiege.

Bei den Gemeindevahlen in Lublin und Wilna.

Warschau, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag in Lublin und Wilna vorgenommenen Kommunalwahlen ergaben für die Sozialisten wie kürzlich in Warschau wieder erfreuliche Erfolge.

Oberschlesische Wahlerrördebatte durch Landtags-schließung verhindert.

Kattowik, 20. Juni. (T. U.) Durch Dekret des polnischen Staatspräsidenten wurde heute die noch bis Oktober laufende Session des schlesischen Sejms, der sich am Mittwoch mit dem polnischen Wahlterror in Ost-Oberschlesien befaßen sollte, geschlossen.

Eindurchsversuch in das deutsche Generalkonsulat in Danzig.

Danzig, 20. Juni. (W. B.) Die Pressestelle des Senats teilt zu dem Dementi der Polnischen Telegraphen-Agentur betreffend den verfruchteten Einbruch im deutschen Generalkonsulat folgendes mit:

1. Die polnische Staatsangehörigkeit des Täters Puschkiewicz ist erwiesen dadurch, daß Puschkiewicz hier als polnischer Staatsangehöriger gemeldet und auch im Besitz einer gültigen polnischen, von der hiesigen diplomatischen Vertretung der Republik Polen ausgestellten und von ihr erst am 26. Februar d. J. bis zum 26. August d. J. verlängerten Legitimation ist; 2. ist festgestellt, daß Puschkiewicz sich an einen Angestellten des hiesigen deutschen Generalkonsulats herangemacht hat, um ihn durch Schmiergelder zur Entwendung von Aktenstücken des deutschen Generalkonsulats zu bestimmen, und daß er wiederholt angegeben hat, zu diesem Tun von zwei namenslich von ihm genannten Mitgliedern der Militärabteilung der diplomatischen Vertretung der Republik Polen veranlaßt worden zu sein.

Rußland verkauft sein Londoner Haus.

Will man denn nicht zurückkehren?

London, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Londoner Sowjetgebäude, das vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen Rußland und England die Handelsgesellschaft Arcos und die russische Handelsdelegation beherbergt hat, ist Montag zum Verkauf ausgeschrieben worden.

Dank an Stresemann.

Der Beschluß der gestrigen Kabinettsitzung. - Richtlinien für die Beantwortung der Interpellationen festgesetzt.

Offiziös wurde gestern abend gemeldet:

Das Reichskabinett nahm in seiner heutigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Bericht der Reichsaußenminister über die Tagung des Völkerbundrates und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen.

Nach den Angriffen, die die Tätigkeit der deutschen Delegation in den Häutern der Rechten gefunden hat, ist die Meldung, daß ihr vom Reichskabinett der Dank für ihre Bemühungen ausgesprochen wurde, von einer gewissen politischen Bedeutung.

Die offiziöse Meldung sagt dann weiter, daß in der Sitzung des Kabinetts die Grundzüge der Antwort festgelegt worden wären, die auf die Interpellationen über Genf gegeben werden solle.

Nach diesem Vorspiel wird man die Rede Stresemanns im Reichstag mit ganz besonderem Interesse erwarten dürfen. Es wird besonders interessant sein, zu beobachten, ob es dem Außenminister erlaubt wird, sich gegen die Angriffe, die auf ihn und seine Politik in der deutschnationalen Presse hageldicht erfolgt sind, mit jenem Temperament zur Wehr zu setzen, das ihn sonst in seinen polemischen Äußerungen auszeichnet.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in der Debatte über die auswärtige Politik Genosse Breitscheid sprechen.

Die 'Kreuzzeitung' gilt als Sprachrohr des Grafen Westarp, also des offiziellen Führers der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt ihr Kommentar zu der Rede Poincarés besondere Bedeutung, der in dem Satz ausliegt:

'Mit der Rede Poincarés beginnt, darüber sollte kein Zweifel obwalten, eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen, und der deutschen Außenpolitik wird nichts übrig bleiben, als aus dieser Rede, durch die die ganze Locarno- und Verständigungspolitik endgültig in Scherben geschlagen wird, die sich zwangsläufig aufdrängenden Konsequenzen zu ziehen.'

Am Schluß der Genfer Sechsmächtekonferenzen ist ausdrücklich der Wille der beiden Außenminister Frankreichs und Deutschlands verkündet worden, an der Locarnopolitik fest zu halten.

In dem Kommuniqué über die gestrige Sitzung des Reichskabinetts ist nichts enthalten, was als eine Desavouierung Stresemanns gedeutet werden kann - im Gegenteil. Diese Kabinettsitzung hat nach der Rede Poincarés stattgefunden, dennoch wurde dem Außenminister 'der Dank für seine Bemühungen' ausgesprochen.

Zur selben Stunde fordert aber das Organ des Führers der stärksten Regierungspartei, daß 'die sich zwangsläufig aufdrängenden Konsequenzen' aus der endgültigen Zertrümmerung der Locarno- und Verständigungspolitik gezogen werden.

Mit anderen Worten: vier deutschnationale Minister billigen das Festhalten an der Locarno- und Verständigungspolitik und das Sprachrohr Westarps verlangt gebieterisch: Schluß damit!

Werden die deutschnationalen Kabinettsmitglieder aus dieser unhaltbaren Situation „die sich zwangsläufig aufdrängenden Konsequenzen ziehen“? Oder, wenn sie sich nicht dazu freiwillig entschließen können, wird die Fraktion Westarp sie dazu zwingen, wie Anno 1925 nach der Locarno-Konferenz?

### Kriegsschiff „Elsah“.

Zu den Vorwürfen gegen Deutschland, mit denen die Rede Poincarés in Lunéville gepflastert war, gehört u. a. die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Lissabon, das ausgerechnet „Elsah“ heiße. Es wird nun darauf hingewiesen, daß es sich um eine der ältesten Einheiten der deutschen Marine, die diesen Namen seit 1903 führt, handelt. Damit ist bewiesen, daß Poincaré, der offenkundig glaubte — oder den Glauben erwecken wollte —, es handle sich um ein neues Schiff, das nachträglich so getauft worden sei, die französische Öffentlichkeit irreführt hat. Die „Elsah“ gehört zu jener Klasse, die ausdrücklich im Artikel 181 des Friedensvertrages als die „Deutschland- oder Lothringen-Klasse“ bezeichnet wird und von der dem Reich sechs Einheiten zugestanden wurden! Was hätte erst der Lothringer Poincaré in Lunéville, also auf lothringischem Boden, für Schlussfolgerungen daraus gezogen, wenn das nach den portugiesischen Gewässern entlandte Schlachtschiff die „Lothringen“ gewesen wäre! —

Daß die Reichsmarine jene Einheiten nach Kriegsende nicht umgetauft hat, weil das Reichsland verloren ging, ist durchaus begründet. Das hat ja nicht einmal Poincaré im Siegesrausch von 1919 verlangt, wie der Artikel 181 beweist.

Ob es besonders klug war, gerade ein Schiff dieses Namens nach Lissabon zu entsenden, ist eine andere Frage. Denn es konnte von mißtrauischen Franzosen wie Poincaré, die stets nach Vorwänden schnüffeln, als eine Demonstration gegen Locarno hingestellt werden. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß Poincaré das Recht hatte, von diesem „Argument“ öffentlichen Gebrauch zu machen, um Zwietracht zwischen den beiden Völkern zu säen.

### Weitere Irrtümer Poincarés.

Von ununterrichteter Seite wird dem „Soz. Pressedienst“ zu den Äußerungen Poincarés in Lunéville, soweit sie sich auf die Abrüstungsfrage erstrecken, erklärt:

Die Polizeifrage sind mit der Botschafterkonferenz endgültig geregelt. Ende 1925 fand eine Verhandlung über das Anstellungsoverhältnis der staatlichen Polizeibeamten statt, die im Jahre 1926 durch ein Abkommen über das Verhältnis zwischen staatlicher und kommunaler Polizei ergänzt wurde. Dem Preussischen Landtag liegt bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vor, der bald verabschiedet wird. Die anderen Länder werden ihre Entwürfe den Parlamenten vorlegen, wenn der preussische Entwurf verabschiedet ist. Die Polizeifrage wird also so gelöst, wie es seit langer Zeit mit der Botschafterkonferenz vereinbart wurde.

Was den Verkauf der Kasernen, Garnisonwaisenanstalten, Kasinos usw. betrifft, so ist schon vor einiger Zeit eine Vereinbarung getroffen worden, daß das Reich bis Ende 1931, also innerhalb fünf Jahren, sämtliche Gebäude und Anlagen veräußern muß. Für 1927 ist ein Verkaufsprogramm mit den militärischen Sachverständigen der alliierten Botschaften in Berlin vereinbart worden. Die Erfüllung des Programms macht jedoch Schwierigkeiten, da geeignete Abnehmer fehlen. Die militärischen Sachverständigen sind genau über diese Sachlage unterrichtet und haben wiederholt anerkannt, daß das Reich anerkennend ist, die Abwicklung zu beschleunigen.

Das Kriegserlösgesetz ist inzwischen dem Reichstage zugegangen, nachdem es von der Botschafterkonferenz ausdrücklich gebilligt worden ist. Was die sogenannten militärischen Verbände betrifft, so liegt eine Erklärung der Botschafterkonferenz vor, daß Deutschland seine vertragsmäßigen Verpflichtungen voll erfüllt hat.

Die Wiener Unbereitschaft, die anfänglich der Hakenkreuzlertrawalle geschloffen war, ist seit Montag zum normalen Unterrichtsbetrieb wieder geöffnet worden.

## Das Reichsschulgesetz.

### Der Entwurf fertiggestellt. — Gleichberechtigung der drei Schularten.

Der Entwurf des Reichsschulgesetzes ist — wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt — im wesentlichen fertiggestellt und wird schon in den nächsten Tagen das Reichskabinett beschäftigen. Er bringt gegenüber der Saftle-Gürichschen Vorlage bemerkenswerte Abänderungen. Der Entwurf des früheren deutschnationalen Innenministers Schiele sah die konfessionelle Schule als Regelschule und die beiden anderen Schularten als Ausnahmeschulen vor. In dem neuen Entwurf werden alle drei Schularten — Simultan-, konfessionelle und weltliche Schule — als gleichberechtigt anerkannt. Jede Schulart soll die gleiche Entwicklungsmöglichkeit haben. Da § 146, Absatz 2 der Reichsverfassung der Simultanschule allein eine bevorzugte Stellung einräumt, ist immerhin die Frage zu entscheiden, ob der neue Entwurf nicht verfassungsändernd ist. Im übrigen ist die Vorlage wesentlich kürzer als ihr Vorgänger. Aber auch in ihr wird darauf verzichtet, Einzelheiten zu regeln und hierzu begründend gefügt, daß die verschiedenartigen Schulverhältnisse in den einzelnen Ländern zu der Notwendigkeit führen, die Regelung der Einzelheiten den Schulverwaltungen der Länder zu überlassen.

Der Entwurf dürfte nach der Beratung im Kabinett umgehend dem Reichsrat zugehen. Er wird hier wahrscheinlich einer besonderen Kommission zur Beratung überwiesen.

### Von Schlappe zu Schlappe.

#### Staatsgerichtshof gegen den braunschweigischen Bürgerklub.

Braunschweig, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweigischen Landtags hatte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Personalpolitik der braunschweigischen Stahlhelmsregierung und die gegen den republikanischen Polizeipräsidenten betriebene Hege unterziehen sollte, beantragt. Um den Zweck des Untersuchungsausschusses illusorisch zu machen, hatten die Rechtsparteien beantragt, daß der Untersuchungsausschuss auch die Personalpolitik der früheren sozialdemokratisch-demokratischen Regierung unterziehen sollte. Diesen Antrag legten sie mit Stimmenmehrheit durch. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion aber legte beim Staatsgerichtshof dazugeworfene Beschwerde ein, der jetzt entschieden hat, daß die von den Rechtsparteien beschlossene Verfassung der Ziele des Untersuchungsausschusses verfassungswidrig sei. Damit ist festgestellt, daß das Recht auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses, der ein Recht der Minderheit darstellt, durch die Rechtsmehrheit des Braunschweigischen Landtags verächtlich werden sollte.

Die Rechtsparteien haben durch diese Entscheidung eine schwere Schlappe erlitten.

### Wann endlich Gehaltserhöhung?!

#### Zentrum sagt am 1. Oktober — aber der Finanzminister läßt sich noch mehr Zeit.

In der fortgeführten Beratung der Beamtenbesoldungsanträge in der Montagtagung des Ausschusses für den Reichshaushalt beantragte der Zentrumsgewerkschaften Dr. v. Guérard nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers die Verzögerung zum Freitag dieser Woche, da der Reichsfinanzminister dann dem Ausschuss das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Finanzministern der Länder mitteilen können. Ueber den 1. Oktober hinaus dürfe jedenfalls eine Verzögerung nicht eintreten.

Auf Vorwürfe, die Dr. v. Guérard in seiner Rede gegen die Sozialdemokratie gerichtet hatte, erwiderte Genosse Steinfopf, daß wenn seine Partei die Besoldungsfragen hätte agitatorisch behandeln wollen, der sozialdemokratische Antrag ganz anders aussehen würde. Er müsse feststellen, daß über die Frage des Zeitpunktes ein Widerspruch zwischen dem Zentrum und dem Finanzminister bestehe. Während Herr v. Guérard mit der Fertigstellung der Besoldungsreform zum 1. Oktober rechne, spreche der

Reichsfinanzminister von einer Rückwirkung bis zum 1. Oktober. Der Reichsfinanzminister ist also der Ansicht, daß der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im November die Vorlage zu verabschieden habe und daß erst dann bares Geld an die Beamten gezahlt werden könne. Das werde dann frühestens zu Weihnachten, erst aber auch noch später möglich sein. Dies sei für die Sozialdemokratie unerträglich. Man könne die unteren und mittleren Gruppen der Beamten nicht mehr so lange ihrer Not überlassen. Sie müßten früher bares Geld in die Hand bekommen. Wegen der Finanzlage vermisste Genosse Steinfopf auf einen Artikel der „Täglichen Rundschau“, der ausführt, daß die finanzielle Entwicklung des Reiches gut und das Geld für die Beamtenbesoldung vorhanden sei. Ebenso stehe es mit Post und Reichsbahn. Wegen der Rückwirkung auf die Länder sei der jetzige Zustand unhaltbar. Nach dem Fall des Sperrgesetzes hätten einige Länder ohne Rücksicht auf das Reich Besoldungsreformen vorgenommen. Es gehe deshalb nicht an, daß die Länder Einspruch erheben, wenn das Reich jetzt Ähnliches unternehme. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstagen verfolge die Absicht, sich sicher dem Vorgehen des Reiches anzuschließen. Der sozialdemokratische Antrag wolle eine Vorschusszahlung auf die kommende Besoldungsordnung. Es sei eine Kleinigkeit, diese Beträge bei der Besoldungserhöhung anzurechnen. Solche Zwischenlösung bringe also keine Verzettelung der vorhandenen Mittel. Das Zurückbleiben der Beamten in der Besoldungsfrage sei darauf zurückzuführen, daß man die Behandlung der Lohnfragen der Arbeiter von den Gehaltsfragen der Beamten getrennt habe. Man glaube damals, für die Beamten etwas Besonderes herauszuholen zu können, hat aber nunmehr erkennen müssen, daß es umgekehrt gekommen ist. Die Sozialdemokraten werden die Erklärung des Reichsfinanzministers am Freitag abwarten und sich dann über ihre weiteren Schritte schlüssig machen.

Gemäß dem Antrag Guérard wurde sodann die Vertagung bis Freitag beschlossen.

### Die Verteilung der Thüringer Mandate.

#### Der Staatsgerichtshof gegen die Landtagsmehrheit.

Jena, 20. Juni. (W.B.) In der Frage der Zuteilung des 56. (Böckischen) Landtagsmandates hat der Staatsgerichtshof von Thüringen heute folgende Entscheidung getroffen: Der Landtag war, nachdem ein Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten die Übertragung der Prüfung der Wahl des Zollinspektors Bünniche an das Wahlprüfungsgericht gemäß der Landesverfassung beantragt hatte, nicht berechtigt, über die Gültigkeit dieser Wahl selbst zu entscheiden, sondern war verpflichtet, die Prüfung und damit auch die Entscheidung dem Wahlprüfungsgericht zu übertragen.

### Die Abfindung der Standesherrn.

#### Preussische Aktion im Reichsrat.

Die „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, beabsichtigt man in preussischen Regierungskreisen, falls das Reich von sich aus im Hinblick auf die notwendig werdende Regelung der Abfindung der Standesherrn keine Initiative ergreift, im Reichsrat einen Antrag zu stellen, wonach die Abfindung der Standesherrn durch ein Reichsgesetz geregelt werden soll.

Eine Hindenburg-Spende. Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit den Landesregierungen beschlossen, aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten (2. Oktober d. J.) eine Sammlung zu veranstalten, deren Ertrag den Kriegshinterbliebenen und Kriegsbefähigten zugute kommen soll. Außerdem soll eine Hindenburg-Bibliothek herausgegeben werden, deren Erlös für notleidende Mittelschichtangehörige, Sozialrentner usw. bestimmt ist. Die Reichsregierung läßt befürworten, für diese notleidenden Volksteile, so zu sorgen, daß man für sie nicht zu betteln gehen braucht.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei des Mecklenburgischen Landtags hat auf die sozialdemokratischen Vorschläge zur Erweiterung der mecklenburgischen Regierung offiziell geantwortet, daß sie das von der SPD. angestellte Regierungsprogramm nicht als Verhandlungsbasis anerkennen vermöge. Sie neige vielmehr zu der Auffassung, daß die sozialdemokratische Fraktion mit ihrem Programm eine Regierungsüberbreiterung zu verhindern beabsichtigt.

### Porträtausstellung junger Künstler.

Der „Hilfsverein für junge Kunst“, eine unter der Regide des Ministers Dr. Köster, Justiz und des Reichskunstwartes arbeitende Kerntruppe aus der Roemerberggruppe, lud zu einer Ausstellung „Ueber das Problem der Bildnisgestaltung in der jungen Kunst“. Der etwas phantastische Titel belagt nichts weiter, als daß hier junge Künstler und nicht Prominente als Porträtkünstler vorgestellt werden. Schauplatz sind die Räume bei Neumann-Nierendorf, Magdeburger Platz.

Man sieht also weder den alten Corinthus noch Otto Dix oder Hofer, Kotschka oder Beckmann. Immerhin hat man bis zu Dollheim gegriffen, von dem indessen zwei Frauenbildnisse nicht den allerbesten Eindruck vermitteln, den man von diesem bedeutenden Maler verlangen kann.

Die Jugend also soll zeigen, ob sie auf eigenen Füßen steht. Wie weit der Begriff kunstpölitisch oder geographisch gesteckt ist, läßt sich schwer ermitteln. Den Hauptanteil haben, naturgemäß, möchte man sagen, die Berliner, die strengen Zeichner, denn wenn könnte das Bildnis als Probe aufs Talent besser liegen als den Formern der exakten Wirklichkeit? Man begrüßt hier Schrimpf, Reuschel, Dreßler, Fritsch, Wilhelm Schmid als alte Bekannte und findet seine gute Meinung von ihrer handwerklichen Tüchtigkeit aufs neue bestätigt, und freut sich, einige neue Gesichter in diesen Komplex einzeichnen zu können: die sehr sympathische Anneliese Beikowski-Braun, den raumbestimmten Heitmüller, Otto Möller, Bernhard Klein, der auf dem Wege über einen ionaren dunklen Farbenspielraum zu der verpönten Romantik hinüberwechelt und dadurch angenehm auffällt, Böcker, mit konstruktiver Phantasie, und R. v. Ripper, dessen Begabung offenbar graphischer Natur ist, freilich in größeren Maßstäben.

Die besten Bildnisse der Ausstellung stammen von einem Führer dieser Richtung, der sich bisher mehr mit radikal gesinnten Illustrationen bekannt gemacht hat, neuerdings aber als ernsthafter Konkurrent von Groß und Dix auf den Plan tritt: Rudolf Schlichter. Seine lebensgroße Ganzfigur einer jungen Frau offenbar noch stärker als das charakteristische Porträt Bert Brechts, daß er das Zeug zu einem naturhaften Darsteller unserer Persönlichkeiten hat. Denn Bert Brecht ist leichter zu treffen als eine Dame von 1927, deren Erscheinung sich allzu oft in das Typische der Verbilligung schloß und bestimmt herausgearbeitet.

Die Anhänger einer mehr phantastisch oder mehr malerisch eingestellten Anschauungsweise haben neben dieser das Anknüpfen unserer Epoche bestimmenden Sachverhalte keinen leichten Stand. Arbeitsfeld ist die monumentale Freskenhaftigkeit Jörg Klemms; ihre Reife wirkt sehr eindrucksvoll. Zum Malerisch-Tonigen neigen Doppel, E. W. Han, Bernhard Haaser, R. v. Rippen (der viel verspricht), Albert Vazard; ein Vergleich lehrt, daß sie mehr auf gute Haltung des Bildmäßigen als auf Priorität der Porträtreue setzen. van Houth und Durgert (mit Zeichnungen) stehen mit ihrer eleganten Art von phantastischem Realismus in der Mitte.

Wie bei fast allen vorurteilsfreien Ausstellungen zeigt sich die Skulptur in einer dominierenden Stellung; die paar Vertreter wiegen qualitativ beinahe die ganze Malerei auf, d. h., in der produktiven Gestalt des Formerlebnisses, nicht auf dem retrahierten Gebiet der sogenannten Ähnlichkeit. An erster Stelle stehen Belling mit einer gelungenen Paraphrase über die Sinnesorgane im Anlaß eines vielgenannten Kunsthandlers, die mit Geist und Grazie die Stelle eines Naturbildes vertritt, und G. H. Wolff mit zwei weiblichen Masken, die allerdings die Vollkommenheit des rein Plastischen über das Zutreffende des Individuellen heben. Emma Rogeders Bißte von Max Hermann-Rehse und die originalen Negativskulpturen Artur Segals legen den Nachdruck wieder auf die Kennlichkeit des Porträtierten; beiden, und nicht zum wenigsten der wunderbarlich bedeutenden Reproduktion von Rognonas durchgeistigtem Kopf, die Segal auf schraubenförmigen Umwegen erreicht, wird man ihre Berechtigung nicht absprechen können.

Das wichtigste Moment dieser Schau kann man in der Streitfrage erblicken, die sie erneut zur Diskussion stellt: ob das Künstlerbildnis in erster Linie ein Kunstwerk sei oder dem Ähnlichkeitsbedürfnis der Auftraggeber zu dienen habe. Nach beiden Richtungen hin gibt es eine Fülle anregender Versuche. Beides zu vereinigen ist sehr schwer. Am nächsten kommt solchem Ideal wohl die junge Dame von Schlichter, und sie ist deshalb mit Recht in den räumlichen Mittelpunkt der Diskussion gesetzt worden. Gibt es überhaupt ein Kunstwerk, das dem Bedürfnis nach „Ähnlichkeit“ völlig gerecht wird und zugleich ein vollendetes Bild, eine einwandfreie Schöpfung des bildenden Genies darstellt? Ähnlichkeit ist ein durchaus subjektiver Begriff, der abhängig ist von den Assoziationen zahlloser Menschen. Eine Lösung aller Widersprüche ist nur möglich nach dem Tode aller Interessenten, wenn das Kunstwerk rein als solches zu den nachgeborenen spricht, die keinerlei Beziehungen zu den Dargestellten mehr haben. Denn ein Bild oder eine Skulptur steht jenseits aller Ansprüche von persönlicher Romantik. Nur das aus Inspiration emporgestiegene Werk wird auf den nachgeborenen den Eindruck der „Ähnlichkeit“ machen, der auf der Ueberzeugungskraft künstlerischer Formgebung beruht, nicht aber auf dem Grunde persönlicher gefürhter Freundschaft des Wiedererkennens altbekannter Züge.

Dr. Paul F. Schmidt.

Die Porträtausstellung wurde mit einer Rede von Dr. Gelhorn eröffnet, der an Stelle des verhinderten Reichskunstwartes Dr. E. Rehbach sprach. Dr. Gelhorn erörterte hauptsächlich die Zwecke und Ziele, die der neugegründete Hilfsverein für junge Kunst verfolgen will. Der Verein soll eine Art Propaganda für die Kunst entwickeln, nicht im negativen Sinne — indem er dem Publikum die Not der Künstler vor Augen führt, um so ein lebhafteres Interesse für die Kunst weckenzuführen —, sondern im positiven Sinne: seine Aufgabe soll es sein, Kunst überall dorthin zu tragen, wo sie noch fehlt. Dort, wo noch aufnahmefähiger Boden für die Kunst ist, soll sie eingeschaltet werden. Daraus ergibt sich, daß das Werk des Hilfsvereins nicht auf Berlin beschränkt bleiben kann, sondern daß sein Arbeitsfeld das ganze Reich werden muß. Nicht nur fertige, anerkannte Kunst soll durch den Hilfsverein für junge Kunst unterstützt werden, auch alles werdende und Werdende, soweit es bereits ein Recht hat, mit dem Publikum in Fühlung zu treten.

Die Ausstellungen des Hilfsvereins, also auch diese erste Bildnischau, sind als Wanderausstellungen gedacht, mit denen die verschiedenen Städte des Reiches besichtigt werden sollen. Man hofft, durch sie auch das Interesse der Landbesitzer und Industriellenunternehmer in weitestem Maße für die junge Kunst zu wecken.

Tanzabende des Sturm. Die Raumverhältnisse sind nicht günstig. Das Podium ist zu klein, die spezifische Ausstattung und Beleuchtung sind ungenügend. Trotzdem entsteht eine Intimität, ein Vertrautsein zwischen Publikum und Vortragenden, das dem vorwiegend lehrhaften Zweck, dem diese Abende dienen, zugute kommt. Der rein künstlerische Genieße erwartet, wird andere Pflanzstätten des Tanzes aufsuchen. Wer über die verschiedenen Tische und Schulen Aufklärung wünscht, ist hier am rechten Ort. Allerdings sind die Darbietungen noch nicht gleichwertig. Ich besuchte letzte Woche zwei Abende. An dem einen trat der Labandshörer Otto Hüller vorwiegend und zusammenhanglose Sätze über die Grundfragen der Tanzkunst und Tanzlehre vor, aus denen sicherlich kein Mensch Belehrung schöpfen konnte. Toni Bollmuth brachte in gefälliger, glatter Technik ein paar tänzerische Richtigkeiten und Ode v. Holten, das einzige Bildpunktchen des Abends, zeigte geschmackvolle, namentlich in der Arm- und Handaktion wirksame Stützlinge. — Von wesentlich anderem Format war der Abend, an dem G. A. Bilcher-Klant seinen Vortragzyklus über Grundlagen und Arbeitsziele des Systems Jutta Klant mit sehr interessanten, klaren und instruktiven Ausführungen über die Lehre von den drei Bewegungsfeldern und über die Notwendigkeit einer Bewegungsschritt für jede rationelle Körpererziehung abschloß. Die theoretischen Erörterungen wurden vorzüglich illustriert durch praktische Vorführungen einiger Mitglieder des Klantschen Seminars. Stillsitzen gut komponierte und von Eleanore Bahrdt und Iwa Langenteils tadellos produzierte Tänze gaben dem Abend einen künstlerisch genügenden Ausklang. — Es wäre zu wünschen, daß der „Sturm“ seine Bestrebungen, auch auf tänzerischem Gebiet ausdauernd und weghaltend zu wirken, konsequent fortsetze. Gelegentliche Fehlschläge und Mißgriffe, wie sie am Anfang unvermeidlich sind, dürfen ihn nicht abbreiten. Das kulturelle Bedürfnis für solche Veranstaltungen ist ebenso zweifellos vorhanden wie das Interesse des großen Publikums.

Wirtschaftliches von den Pariser Theatern. In Paris werden jetzt die wirtschaftlichen Statistiken der Theater für das Jahr 1926 zusammenfassend veröffentlicht. Gegenüber dem Vorjahre waren durchweg Erhöhungen der Einnahmen zu verzeichnen, und zwar bei den subventionierten Theatern von rund 37 Millionen auf 44 Millionen Franken, bei den anderen von 114,5 Millionen auf nahezu 144 Millionen Franken. Allerdings sind dies Robeinnahmen; eine entsprechende Uebersicht der Ausgaben und der Reineinnahmen fehlt leider. Dagegen wird mitgeteilt, daß von Theatern, Kinos, Konzertsveranstaltungen und Museen in Paris 1926 an Steuern 47,5 Millionen und an Spezialabgaben für die öffentliche Wohlfahrt 42 Millionen Franken bezahlt wurden.

Die Deutsche Keramische Gesellschaft in Berlin plant zum Herbst 1927 eine Ausstellung „Keramische Meister- und Schülerarbeiten“.

## Die Drei-Mächte-Flottenkonferenz eröffnet.

Botschaft Coolidge. — Amerikanischer Entwurf.

Genf, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag nachmittag wurde in dem Saal des Völkerbundes, der sonst für die Ratstagungen vorgesehen ist, die auf Veranlassung des amerikanischen Staatspräsidenten zusammengetretene Flotten-Abüstungskonferenz durch den amerikanischen Botschafter in Brüssel Gibson eröffnet. Der Tagung wohnten außer Lord Robert Cecil als Vertreter der englischen Regierung und dem bekannten englischen Admiral Jellicoe sowie dem ersten Lord der britischen Admiralität Bridgeman, der Japaner Graf Ichu und eine australische, neuseeländische und kanadische Delegation bei.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit der Verlesung einer Botschaft des amerikanischen Präsidenten Coolidge, in welcher der Zweck der Tagung dargelegt wurde. Der Vorsitzende der Konferenz gab dann die folgenden Vorschläge der amerikanischen Regierung zur Abüstung bekannt:

1. Die Verhältnisse und die Grundsätze, die im Washingtoner Vertrag niedergelegt sind, sollen auch für die Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote gelten.

2. Jedes Abkommen der drei Mächte zur Beschränkung des Baus von Hilfskriegsschiffen soll in Zusammenhang stehen mit dem Washingtoner Vertrag und dieselben allgemeinen Bestimmungen für die Ausdehnung dieser Abänderung enthalten.

3. Zum Zweck der künftigen Rüstungsbeschränkung zur See sollen die Hilfskriegsschiffe in vier Kategorien geteilt werden: Kreuzer zwischen 3000 und 10 000 Tonnen, Zerstörer zwischen 500 und 3000 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von mehr als 17 Knoten, Unterseeboote und schließlich alle anderen Schiffe mit geringerem Kampfwert.

Für die Verteilung schlägt Amerika vor: 1. In der Kreuzerkategorie für die Vereinigten Staaten und England je 250 000 bis 300 000 Tonnen, für Japan 150 000 bis 180 000 Tonnen. 2. In der Zerstörerkategorie für die Vereinigten Staaten und England 200 000 bis 250 000 Tonnen. 3. In der Unterseebootkategorie für die Vereinigten Staaten und England je 60 000 bis 90 000 Tonnen, für Japan 35 000 bis 54 000 Tonnen.

Anschließend betonte der amerikanische Vertreter, daß Amerika selbstverständlich ein allgemeines Abkommen zur Abschaffung der Unterseeboote nicht ungerne sehen würde, aber in diesem Falle müßte es sich um ein wirklich allgemeines Abkommen handeln. Dann bedauerte der erste Lord der englischen Admiralität Bridgeman, daß Frankreich und Italien an der Konferenz nicht beteiligt sind. Er legte ferner den englischen Standpunkt zur Flottenabüstung dar, wie er von Lord Robert Cecil während der Abüstungskonferenz wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist.

## Deutschland im Mandatsauschuß.

Beratung und Entscheidung in geheimer Sitzung.

Genf, 20. Juni. (WTB.) Der Mandatsauschuß des Völkerbundes hat in seiner Eröffnungssitzung seinen langjährigen Präsidenten Rodolfo Deodoli (Italien) einstimmig wiedergewählt und dann seine Tagesordnung festgestellt, auf der außer der Prüfung der Berichte der Mandatsmächte auch gemäß dem Rotabeschluß der letzten Woche die, wie der Vorsitzende sagte, wichtige Frage der Erweiterung des Ausschusses durch ein deutsches Mitglied steht. Das schweizerische Ausschussmitglied Professor Rappard wandte sich gegen den in der Presse aufgetauchten Irrtum, daß die Ausschussmitglieder Regierungsvorsteher seien und betonte, daß sie im Gegenteil kein Mandat irgendeiner Regierung haben und auch keine Regierungsinstruktionen entgegennehmen. Die Frage wird, wie fast die gesamte Tagesordnung, also auch eine Bittschrift vom „Bund der deutschen Togoländer“, in nichtöffentlicher Sitzung im Laufe der auf etwa 14 Tage berechneten Tagung entschieden werden.

Einem Wunsch des holländischen Vizepräsidenten van Rees, der von dem belgischen Mitglied Orts unterstützt wurde, und wonach ein Brief der englischen Regierung und damit im Zusammenhang die Frage der Kompetenzen des Mandatsauschusses und gleichzeitig die Frage der Souveränität der Mandatsmächte über die Mandatsgebiete auf die gegenwärtige Tagesordnung gesetzt werden sollten, wurde nicht entsprochen, da der Ausschuss sich durch Mehrheit der von dem schweizerischen Mitglied Rappard ausgesprochenen Auffassung angeschlossen, daß die formelle Aufnahme dieser beiden Fragen auf die Tagesordnung eine Stellungnahme gegenüber dem Rat, etwa in Form einer Entschließung, mit sich bringen würde, von der zunächst abgesehen werden könnte, da im Rahmen der Aussprache über die einzelnen Berichte der Mandatsmächte beide Fragen geprüft werden können, wobei auch von Rees die Möglichkeit haben werde, seinen Standpunkt klar darzulegen.

## Deutsche Beteiligung am Flüchtlingshilfswerk.

Genf, 20. Juni. (WTB.) Im Internationalen Arbeitsamt fand eine von Fritzjof Kansen einberufene Regierungskonferenz statt, um verschiedene Angebote über die Ansiedlung russischer und armenischer Flüchtlinge in Südamerika zu prüfen. Es waren Frankreich, Deutschland, Großbritannien und eine Reihe anderer Mächte vertreten. Die Konferenz hatte den Zweck, dem Oberkommissar Kansen die nötigen Mittel zur Organisation der Ansiedlung der Flüchtlinge in Südamerika zu verschaffen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die den interessierten Regierungen empfiehlt, sich finanziell an dem beabsichtigten Ansiedlungswerk zu beteiligen. Die deutsche Regierung hat unverzüglich 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

## Preußen und die Siedlung.

Erklärungen des preussischen Landwirtschaftsministers auf der Stettiner Tagung des Landwirtschaftsrats.

In Stettin ist der Deutsche Landwirtschaftsrat, die halbamtliche Vertretung der deutschen Landwirtschaftskammern, zu einer Jahrestagung zusammengetreten, der angesichts der schwebenden Zollentscheidungen erhöhte Bedeutung zukommt. Da der Landwirtschaftsrat fast ausschließlich vom agrarischen Großgrundbesitz beherrscht wird, kann es nicht wundernehmen, wenn in Stettin an dem Zollkompromiß der Regierungsparteien scharfe Kritik geübt wird und nach bewährter Methode — lerne Kagen ohne zu leiden — neue Alarmrufe zu weiterer Erhöhung der Nahrungsmittelzölle ertönen. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger benutzte seine Begrüßungsansprache, um die preussische Siedlungspolitik und ihre Ziele darzulegen. Er wies u. a. auf die Hochwasserschäden hin, und auf die Notwendigkeit, eine planmäßige Regelung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Dabei machte er nähere Mitteilung über die großen Geldmittel, die Preußen für diesen Zweck und für die Deduktivierung bereitgestellt hat.

Der Minister führte sodann aus: Die Reichsmittel, je 50 Millionen für 5 Jahre, sollen nur in den bestimmten Gegenden des Ostens und in der Nordmark Ver-

# Sowjetgranaten vor Gericht.

Der Prozeß Künstlers gegen kommunistische Schimpfbolde. — Ein klägliches kommunistisches Fiasko.

„Wer hat die größte Angst vor dem Prozeß? Die Reichswehr oder der tapfere Künstler?“ („Rote Fahne“ vom Montag, dem 20. Juni, morgens.)

Gestern fand vor dem Amtsgericht Neudölln der Beleidigungsprozeß des Genossen Künstlers gegen den kommunistischen „Klassenkampf“ in Halle statt, der die Lieferung von Sowjetgranaten dreifach abgeleitet und den Genossen Künstler wegen der Veröffentlichung seines Gesprächs mit Stettiner Hafenarbeitern „Lügenkünstler“ genannt hatte. Die verantwortliche Redakteurin des „Klassenkampf“ wurde, wie wir in einem Teil unserer Ausgabe bereits gestern abend mitteilten, zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Am Montag morgen noch verkündete die „Rote Fahne“, es seien „Kräfte am Werk, um den Prozeß noch in der letzten Stunde zu hintertreiben“. Welche Kräfte? Nun, die Reichswehr und Künstler selbst. Sie schrieb den tapferen Satz: „Wer hat die größere Angst vor dem Prozeß? Die Reichswehr oder der tapfere Künstler?“

Ja, wer hatte Angst? Am 14. Juni, sechs Tage vor dem Prozeß, wandte sich Rechtsanwalt Samier, der Vertreter des „Klassenkampf“, an den Rechtsanwalt Genossen Kurt Rosenfeld, den Vertreter des Genossen Künstler, mit der Bitte um einen Vergleich. In seinem Schreiben hieß es:

„Ich weiß nun nicht, ob Sie auf restlose Austragung dieser, fast ein halbes Jahr zurückliegenden und wohl längst vergrissenen Preßpolemik Wert legen, woran voraussichtlich nur solche Kreise ein Ergötzen haben werden, die weder Sie noch ich vertreten.“

Es scheint mir, als ob der Wortlaut der Privatklageschrift den Weg zu einer außergerichtlichen Erledigung der Angelegenheit offen läßt. Ich bitte daher ergebenst um gefl. Mitteilung, ob Ihr Mandant mit einer außergerichtlichen Erledigung der Angelegenheit einverstanden wäre und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir gegebenenfalls einen Vorschlag hierfür zugehen lassen würden.“

Das waren die Kräfte, die den Prozeß noch in letzter Stunde hintertreiben wollten. Wer hatte also Angst?

Hätte sich Genosse Künstler auf den Vergleich eingelassen, so hätte die „Rote Fahne“ heute morgen erzählt: Künstler hatte Angst. Er hatte keine Beweise. Wir haben ihn entlarvt.

Im Prozeß selbst stellte der Vertreter der Beklagten nicht etwa Beweisansprüche. Er bezweifelste die Fiktionshaltung. „Der Artikel ist im Januar erschienen. Künstler hatte nur ein Vierteljahr Zeit, um Klage zu erheben. Erst im März ist die Anklageschrift eingereicht worden.“ Im härmlichen Gelächter ging auch dieser Rettungsversuch eines schlecht rechnenden Anwalts unter. Der Prozeß fand gegen alle seine Veruche statt. Wer hatte Angst?

Nun sollte bewiesen werden, daß Künstler über die Sowjetgranatenverladung in Stettin gelogen hat. Also forderte der kommunistische Anwalt, Künstler selbst solle beweisen, daß er nicht gelogen habe. Auch diese Dreistigkeit verdingt nicht, und die Kommunisten blieben in der Angst. Dafür verlangte der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Samier, Künstler solle die Namen seiner Stettiner Gewährsmänner, zweier Arbeiter, vor Gericht angeben! Die Kommunisten wollten also die Namen zweier Arbeiter dem Staatsanwalt bekanntgeben; damit ihnen ein Landesverratsverfahren angehängt werden könnte. Oder wollten sie die beiden Arbeiter durch Rote Frontkämpfer in Stettin terrorisieren lassen? Mit Entrüstung wiesen die Genossen Rosenfeld und Künstler diese Forderung nach der Preisgabe der Gewährsmänner zurück.

Nun sollte also wirklich bewiesen werden. Da gestand die Angeklagte, daß sie keine Beweise dafür habe, daß die Angaben

Künstlers erlogen seien, sie habe es „nur vermutet“. Genosse Künstler aber stellte ausdrücklich fest, daß seine Angaben über die Lieferung von Sowjetgranaten an die Reichswehr im Reichshaushaltsauschuß durch Reichswehrminister Gehler bestätigt worden sind.

Er teilte mit, daß er in einer vertraulichen Sitzung des Sparauschusses des Reichstags in Gegenwart der kommunistischen Abgeordneten Lorgler und Kreuzburg den Reichswehrminister gefragt habe, ob die Mitteilungen über die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Reichswehr auf Wahrheit beruhen. Daraufhin habe Gehler erklärt, daß die Sowjetregierung nach Beendigung des russisch-polnischen Krieges an die Reichsregierung herantreten sei und Munitionslieferungen angeboten habe. Mit der Durchführung der Verhandlungen wurde der damalige Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckt, betraut. Im Jahre 1921 sei die Munition bestellt und in den Jahren 1925 und 1926 geliefert worden. Die kommunistische Reichstagsfraktion sei also über den ganzen Sachverhalt vollkommen unterrichtet und leugne die Verbindungen nur noch, weil sie sich vor ihren eigenen Angehörigen schäme.

Das war die Feststellung, vor der die Kommunisten böllische Angst hatten!

Nun war es zu Ende mit allen kommunistischen Ausreden. Urteil: 150 M. Geldstrafe, Publikationsverbot im „Volkswort“ und „Klassenkampf“ in Halle. Urteilsbegründung:

„Daß in dem Artikel beleidigende Ausdrücke und auch üble Nachreden enthalten sind, die über ein allgemeines Urteil hinausgehen, ist unbestreitbar. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Behauptungen, die von Seiten der Angeklagten aufgestellt sind, zutreffen oder mindestens in Wahrnehmung berechtigter Interessen gebraucht worden sind. Da die Angeklagte und ihr Verteidiger selbst nicht einmal die Wahrnehmung berechtigter Interessen bei der Beurteilung verlangt hätten, brauchte sich das Gericht nicht mit dieser Frage zu beschäftigen. Der Angeklagten kann es nicht zweifelhaft gewesen sein, daß durch die gebrauchten Ausdrücke ein Mann, der in der Öffentlichkeit steht und der Angeklagter ist, schwer beleidigt wird. Der Wahrheitsbeweis muß von der Angeklagten angetreten werden. Wer jemand in den Staub zieht, muß auch Beweise angeben. Die Angeklagte sagt selbst: „Ich habe keine Beweise, lediglich auf Grund von Vermutungen habe ich die Ausdrücke gebraucht.“ Sie hat die Beleidigungen lediglich auf Vermutungen hin in die Welt gesetzt. Ob der Kläger den Wahrheitsbeweis antreten will, ist ihm überlassen. In diesem Falle hat der Nebenkläger ausreichende Gründe angegeben, die ihn veranlassen, seine Gewährsmänner nicht zu nennen, da er sie sonst der Gefahr aussetzt, wegen Landesverrats angeklagt zu werden. Lediglich auf Grund des angegebenen Gehalts der Angeklagten ist trotz der schweren Beleidigung die Strafe auf 150 M. festgesetzt.“

Die Beleidigung war dreifach und plump. Um ihre Ablehnungsversuche in der Frage der Sowjetgranatenlieferung zu deden, sind die Kommunisten in der Prozeßführung nicht vor dem Versuch einer Verletzung elementarer journalistischer Anstandspflichten und elementarer proletarischer Solidarität gegenüber zwei Arbeitern zurückgeblieben. Sie haben sich ihre denunziatorischen Absichten von einem bürgerlichen Gericht beschleunigen lassen müssen.

Die Angst! „Wer hat die größere Angst vor dem Prozeß? Die Reichswehr oder der tapfere Künstler?“ So fragte gestern morgen noch die „Rote Fahne“. Die Reichswehr? Die gibt zu, daß sie Sowjetgranaten erhalten hat. Genosse Künstler? Der hat die Beweise gegen die kommunistische Ablehnung in Händen. Die Angst — sie war bei den Kommunisten. Die Angst, daß ihre Schande wiederum öffentlich an den Pranger gestellt werden würde. Diese Angst war allerdings berechtigt.

wendung finden. Es ist im ganzen bereits über den Betrag von 37,5 Millionen Mark verfügt, der sich auf

Siedlungsobjekte in einem Umfang von rund 40 000 Hektar

erstreckt. Es ist von Interesse, daß von dem Gesamtbetrag etwa zwei Drittel auf die gemeinnützigen provinziellen Siedlungsgesellschaften entfällt und ein Drittel auf andere Unternehmungen. Hierdurch ist schon bewiesen, daß keine amtliche bürokratische Siedlung beabsichtigt sein kann. Der Einwand, daß der Landkauf nicht in Zeiten niedrigster Konjunktur angelegt worden sei, ist schon deshalb unzutreffend, weil diese Konjunktur bestand, als keine Nachfrage zu verzeichnen war. Es war aber nur natürlich, daß durch die Nachfrage der Preis stieg, und die öffentliche Meinung, die immer mehr einen raschen Kauf verlangte, also einen gewissen Kaufzwang zum Ausdruck brachte, hat dann die Aufwärtsbewegung weiter begünstigt. Kreditverleugnungen und die Bereitstellung von Reichsmitteln für den Osten haben sehr wahrscheinlich in derselben Richtung gewirkt. Ich habe jedoch die Hoffnung, daß das erforderliche Land ohne Zwangsmittel zu erträglichem Preise wird beschafft werden können. Preußen wird

eine Landesrentenbank zur Beschaffung von Dauerkrediten für Siedler

errichten und den übrigen Ländern Gelegenheit geben, sich an dieser Einrichtung zu beteiligen. Die Kosten einer normalen Einspännerstelle, zu 15 Hektar gerechnet, stellen sich auf insgesamt 33 000 M., also einschließlich der Gebäude.

Diese 33 000 M. werden aufgebracht durch 10 Proz. Anzahlung des Siedlers mit rund 4000 M., das Hauszinssteuerdarlehen von 6000 M. und die Reichsrestkaufhypothek mit 23 000 M.

Die Belastung der Stelle würde sich also auf 1 Proz. von 6000 M. — und 4½ Proz. vom Reichsrest, zusammen 1037,50 M. belaufen, so daß sich die Belastung auf 17,25 M. je Morgen stellen würde.

Der Siedler benötigt außer der Anzahlung von 4000 M. noch die Mittel für das Inventar und das erforderliche Betriebskapital. Er muß also etwa 10 000 M. besitzen.

Arbeiter vom Siedlungsgut und andere Arbeiter, die sich ansiedeln wollen, werden regelmäßig nicht im Besitze dieser Mittel sein; sie sollen ihnen von dem Reiche

Einrichtungskredite

bereitgestellt werden. Ich bin der Meinung, daß diese Kredite zinslos bewilligt werden müssen und nur mit einer niedrigen Tilgungsquote belastet werden dürfen.

In den Bestimmungsvorschlägen, die dem Ankaufspreis für den Grund und Boden zuge schlagen werden, sind auch die Kosten für die Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse enthalten. Preußen gewährt die Hälfte dieser Kosten als Staatsbeihilfe. Würde sich das Reich mit der anderen Hälfte an der Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse beteiligen, so würde der Kaufpreis für die Siedlungen noch weiter herabgedrückt.

Siedlermaterial steht in den Ostprovinzen selbst zur Verfügung, drängt aber auch aus dem Westen und dem Süden Deutschlands nach. Bereits ist die Errichtung von Siedlungen mit Rheinpreußen, Kaufmann, Westfalen, Badenern und Bärtern-

bergern im Gange. Die preussischen Mittel, 40 Millionen Mark, sind bereits mit einem Betrage von rund 33 Millionen vergeben. Auch hier herrscht in der Beteiligung gemeinnütziger und anderer Unternehmen ein ähnliches Verhältnis wie im Osten. Es ist auch wichtig, daß Preußen dort eintritt, wo die Grenzbedingung nicht mehr wirksam werden kann. Pomern hat beispielsweise bislang 2,6 Millionen Mark an Reichsrest erhalten, aber 10 Millionen aus preussischen Mitteln.

## Keine Deutschen in Tscheka-Gewalt.

Die Botschaft in Moskau dementiert.

Die deutsche Botschaft in Moskau hat auf die Anfrage des Außenministeriums geantwortet, daß ihr von Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger in Rußland nichts bekannt ist. Es ist deshalb anzunehmen, daß die betreffende „Medung“ einer deutschen schwerindustriellen Agentur den Tatsachen nicht entspricht.

## Rußenausweisung aus Britisch-Indien.

Arbeiterunruhen in Bombay und Kalkutta sind von der britischen Polizei zum Anlaß genommen worden, alle sowjetrußischen Staatsbürger aus Britisch-Indien auszuweisen.

## Der albanisch-südslawische Konflikt.

Ein Todesurteil in Tirana.

Belgrad, 20. Juni. (WTB.) „Politika“ meldet, daß ein albanischer Polizeibeamter, der mit dem Dolmetscher der jugoslawischen Gesandtschaft in Tirana Djurackowitsch in Verbindung gestanden haben soll, vom albanischen Staatsgerichtshof zum Tode verurteilt wurde. Der Prozeß gegen Djurackowitsch selbst soll demnächst beginnen. (Von seiner Freilassung, die angeblich bevorstehen sollte, scheint aber nicht die Rede zu sein. Red. d. B.)

## Tschangtsolin Nord-Generalissimus.

Seine Thronrede gegen den Süden.

London, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die feierliche Proklamations Tschangtsolins zum Generalissimus der „Armee und Flotte der Republik“ in Peking wird von der chinesischen Nationalpartei als nicht ernst zu nehmende Geste bezichtigt, die im Ausland Eindruck erwecken soll. Der neue „Generalissimus des Nordens“ erklärte nach seiner Proklamations Rede gegenüber, Tschangtsolins Behauptungen gegen den Kommunismus seien unehrlich. Nachdem er, Tschangtsolin, mit ihm Fühlung genommen hatte, sei er zu der Auffassung gekommen, daß die Repressionen von Hanan und Kanting gemeinsame Feinde Chinas seien, die nach russischer Anweisung arbeiteten.

## Die Praxis des Arbeiterschutzes.

Wie sie in Württemberg geübt wird.

Die Ausbeutungspraxis des deutschen Unternehmertums, die im Jahre 1926 Triumph feierte, wäre nicht möglich, wenn die staatlichen Instanzen die für die Beaufsichtigung der Betriebe geltenden Gesetze und Verordnungen scharfer zur Durchführung brächten. Das beweist wieder mal der Bericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbehörde für das Jahr 1926. Im genannten Jahr liefen nicht weniger als 587 Stilllegungsanträge ein, von denen etwa 37 000 Arbeiter und 1200 Angestellte betroffen werden sollten. Ausgeschlossen wurden dann, wie der Bericht optimistisch bemerkt, nur 23 000 Arbeiter und 1050 Angestellte. Der Bericht verkennt jedoch nicht, daß die Industrie tatsächlich Entlassungen in wesentlich größerem Umfang vornahm. Diese aber wurden nicht angemeldet, da nur Betriebe mit mindestens 20 Arbeitnehmern meldepflichtig sind und Entlassungen, die nicht mehr als 5 Proz. der Belegschaft ausmachen, als sogenannte „Bagatellentlassungen“ gelten und nicht gemeldet werden brauchen.

Diese Übung führt aber zu einer regelrechten Sabotage der Stilllegungsordnung. Demgegenüber ist die Gewerbeaufsicht bei der Bewilligung von Ueberzeitarbeit in größtem Ausmaß dem Unternehmertum entgegengekommen. Im Jahre 1926 bewilligten die Behörden Ueberzeitarbeit in 121 Betrieben für 7999 Personen. Darunter befanden sich 5143 erwachsene weibliche Arbeiter. Unerhört ist auch das Ausmaß der bewilligten Ueberzeitarbeit. So wurden für 3183 Arbeiter bis zu 58, für 2539 Arbeiter bis zu 60, für 1426 Arbeiter bis zu 63, für 820 bis zu 65 und für 31 Arbeiter bis über 65 Wochenstunden zugestanden. Das geschah in einer Zeit der schärfsten Arbeitsmarktkrise in Württemberg.

Dem Umfang der Ueberzeitarbeit entspricht die Steigerung der Betriebsunfälle. Von 4243 im Vorjahre auf 9702 im Jahre 1926. Von Bedeutung ist auch für die Steigerung der Betriebsunfälle, daß die Zahl der Ueberwachungsbeamten viel zu gering ist, um eine ausreichende Ueberwachung der Betriebe zu garantieren. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, hier endlich mal Ordnung zu schaffen.

## Nachdenkliches für Gutsangestellte.

Und einige Fragen an die „Deutsche Tageszeitung“.

Dem Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben: Nur zu häufig kommen uns Klagen über schlechte Behandlung der Landarbeiter durch besonders forsche Gutsangestellte zu Ohren. Wenn man weiß, welche proletarische Existenz die Mehrzahl der Gutsangestellten führen, dann fragt man sich, wie es sein kann, daß sie, statt auf Seiten des Landarbeiters zu stehen, noch mit dazu beitragen, ihm das Dasein zu erschweren. Der Dank, den sie ernten, ist sehr zweifelhafter Natur: Mit dem Augenblick, wo sie einmal auf die Landstraße fliegen, sieht es dann so aus, wie eine Blütenlese von Insekten der „Deutschen Tageszeitung“ zeigt:

Nr. 265 vom 8. Juni 1927: Zum 1. Juli gebildeter, lediger, älterer 1. Beamter für 2800 Morgen großes Gut gesucht. Suche zum 1. Juli unversehrten Hofbeamten nicht unter 28 Jahre.

Suche unbedingt zuverlässigen, energischen, evangelischen Wirtschaftsbearbeiter. Eventuelle spätere Verheiratung nicht ausgeschlossen. Rechnungsführer und Hofverwalter sofort gesucht, unverheiratet.

Suche evangelischen, unverheirateten Rechnungsführer. Nr. 267 vom 9. Juni 1927: Suche ledigen, evangelischen Inspektor.

Vertrauensstellung. Für 400 Morgen großes Gut wird eine geeignete Persönlichkeit zur selbständigen Bewirtschaftung gesucht. In Betracht kommen nur unverheiratete Herren im Alter von 30 bis 40 Jahren. Sie müssen in moralischer Beziehung einwandfrei sein.

Rechnungsführer, ledig, gesucht. Nr. 272 vom 12. Juni 1927: Inspektor, ledig, bei 90 Mark Monatsgehalt gesucht.

Nr. 273 vom 13. Juni 1927: Gesucht nicht zu junger unverheirateter Rechnungsführer und Hofverwalter. Gesucht lediger Rechnungsführer nicht über 30 Jahre. Gesucht lediger, evangelischer, solider Rechnungsführer und Hofbeamter.

Rechnungsführer, unverheiratet, gesucht. Suche zu sofort einen ledigen Verwalter in reiferen Jahren.

Suche für meinen Beamten Stellung, wo Heirat später gestattet. Braut langjährige Gutssekretärin.

Run einige Fragen an die „Deutsche Tageszeitung“, der Kämpferin für „deutsche Justiz und Sittlichkeit“, die so oft Fanfaren geschmettert hat gegen den „fremdrassigen“ Einfluß in Deutschland: Wie soll deutsche Justiz und Sittlichkeit bewahrt bleiben, wenn vollreifen Männern die Ehe nicht gestattet ist? Wie soll der fremdrassige Einfluß zurückgedrängt werden, wenn deutsche Gutsangestellte infolge erzwungener Ehelosigkeit keinen deutschen Nachwuchs zeugen dürfen?

In einem Inserat werden 30- bis 40jährige „in moralischer Hinsicht einwandfreie“ Herren gesucht, die unverheiratet sein müssen. Werden da nun Heuchler oder Einnischen gesucht? Hier müßte der deutschnationale Minister des Innern auf Grund des Schmutz- und Schundgesetzes eingreifen.

## Der Stahlhelm als Jugmittel.

Was ein Bündnis mit ihm einbringt.

Köln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Trotz schärfsten Terrors hat die Einheitsliste der Christlichen, Gelben und Stahlhelmlaute bei der Betriebsratswahl auf der Grube Zeuthen im unterrheinischen Braunkohlenrevier keinen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Die freien Gewerkschaften, die bei der Wahl im März 852 Stimmen zählten, erreichten bei der Nachwahl 921 Stimmen. Die vereinigten Christen, Gelben und Stahlhelmer, die im März 296 Stimmen erhalten hatten, mußten sich jetzt mit 207 begnügen.

## Kundgebung der Ruhrbergbauangestellten.

Essen, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand in Essen eine Kundgebung der Ruhrbergbauangestellten statt. Als erster Referent sprach Reichstagsabgeordneter Kurt Heinig, Berlin über das Thema: „Haben wir in Deutschland eine Hochkonjunktur?“ Der Redner ging aus von der Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, bei der die Führer der Industrie über die Lage der Industrie und deren geringe Verdienste klagten. In Wirklichkeit sei die Lage der deutschen Industrie recht günstig. Das gehe aus der fortgesetzten und lebhaften Steigerung der Erzeugungsziffern, insbesondere von Eisen und Stahl, hervor. So stieg die arbeitstägliche Roheisenerzeugung von 27 881 Tonnen im Jahre 1925 auf 35 062 Tonnen im April 1927 und die Roheisenerzeugung von 39 982 auf 53 683 Tonnen. Innerhalb der letzten 6 Monate hat die Gesamtproduktion der Vereinigten Stahlwerke an Roheisen eine Zunahme von 48 Proz., an Rohstahl von 57 Proz., und an Kohle von 30 Proz. erfahren, während die Arbeiterschaft nur um 9 Proz. vermehrt wurde. Aus diesen Tatsachen und einer ganzen Reihe anderer, die der Redner aufzählte, ergebe sich, daß in Wirklichkeit der Lohn- und Gehaltsanteil an den Produktionskosten gesunken ist.

Die Unternehmer wollen nicht einsehen, daß die Zukunft von der höheren Kaufkraft im Inland abhängt. Sie reden immer von der Notwendigkeit des Exports, obwohl kein industrialisiertes Land der Welt besteht, das mehr als 15 bis 20 Proz. seiner Produktion im Auslande abzusetzen vermag.

Der zweite Referent, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, Berlin, behandelte einleitend die Bedeutung und Aufgaben der Arbeitskammer des Bergbaus und den Zusammenhang der bevorstehenden Wahlen mit dem großen Ringen zwischen Besitzenden und Arbeiterschaft. Der Redner behandelte dann im einzelnen die sozialpolitischen Gesetze der letzten zwei Jahre: Erwerbslosenfürsorge, Schutz der älteren Angestellten, Arbeitslosenversicherung, Knappschaft und Arbeitszeit. Lediglich die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie hätten dem Angestelltengutachten der Arbeitskammer entgegengeprochen.

## Um das englische Antigewerkschaftsgesetz.

London, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Antigewerkschaftsgesetz der Regierung ist am Montag in sein vorletztes parlamentarisches Stadium, das sogenannte Berichtsstadium, getreten. Die Beratungen wurden mit der Erörterung einer von einem konservativen Abgeordneten eingebrachten Klausel eröffnet, die nicht nur, wie im Gesetz vorgesehen, den öffentlichen Körperschaften, sondern auch anderen Gesellschaften und Organisationen vorbehalten sollte, gewerkschaftliche Mitgliedschaft zur Bedingung für die Einstellung von Arbeitern zu machen. Ein als Kandidat der konservativen Partei gewählter Abgeordneter der Arbeiterpartei betonte, daß dieser Vorschlag gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet sei. Die Anregung des konservativen Abgeordneten wurde dann ohne Abstimmung vom Unterhaus abgelehnt. Eines beantragte hierauf im Namen der Arbeiterpartei die Verwerfung des § 1 des Gesetzes gegen die Gewerkschaften, der den General- und Sympathiestreit als ungesetzlich erklärt.

## Verbandstag der Textilarbeiter.

Hamburg, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Hamburger Gewerkschaftshaus trat am Montag vormittag der 16. ordentliche Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes zusammen. Verbandsvorsitzender Hübsch eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Tagung. Für das Reichsarbeitsministerium sprach Stadtrat Kunz, für den Hamburger Senat unter starkem Beifall Senator Dr. Mathaei, für den Bundesvorstand des ADGB Eggert, und zum Schluß der Sekretär der Textilarbeiterinternationale Tom Shaw. Nach der Wahl des Bureaus und der Mandatsprüfungskommission erstattete Hübsch den Bericht des Vorstandes.

Seit dem Kasseler Verbandstag im Jahre 1924 hat sich in der Organisation eine bemerkenswerte und erfreuliche Umstellung vollzogen. Ueberall macht sich der Wille bemerkbar, wirkliche praktische Arbeit zu leisten. Die organisationszerstörenden Tendenzen sind zurückgegangen. Die Mitgliederbewegung hatte seit 1924 zunächst eine rückläufige Bewegung gezeigt, bewegt sich aber jetzt wieder aufwärts. Von 326 000 im Jahre 1924 ist die Mitgliederzahl bis auf 284 000 Ende 1926 heruntergegangen. Jetzt beträgt die Mitgliederzahl aber bereits wieder 298 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine gründliche Säuberung der Mitgliederliste von Papiersoldaten erfolgt ist. Die Besserung der Organisationsverhältnisse drückt sich auch in höherer Beitragsleistung aus. Von 36,8 Pfennig pro Beitragssumme im Jahre 1924 ist der Durchschnittsbeitrag auf 53,8 Pfennig im letzten Quartal gestiegen. Schwer hat der Verband unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden gehabt. Im Juni 1924 waren 53,1 Prozent der Mitglieder Kurzarbeiter oder arbeitslos. Im ersten Halbjahr 1925 sank der Prozentsatz auf 15,7, stieg aber dann wieder im folgenden Jahre auf 59 Prozent, um Ende 1926 mit

### 59,8 Prozent Arbeitslose oder Kurzarbeiter

den Höchststand zu erreichen. Infolge der Schwächung war es nicht möglich, 1925 die günstigere Konjunktur richtig auszunutzen. Eine Statistik über die Zusammensetzung der Mitgliedschaft ergab, daß sich die Mehrzahl in den mittleren Altersklassen befindet.

Der Hauptvorstand sah sich leider zu einer Personaländerung gezwungen, weil sich das Vorstandsmittglied Fritz Schulz als Verräter entpuppt hat. Er ist sofort entlassen und ausgeschlossen worden. In der Bildungsarbeit — so betonte Hübsch — sind wir neue Wege gegangen. Wir haben Lichtbilder und Filme in den Dienst der Propaganda und Belehrung gestellt. Etwa 30 Mitglieder wurden vom Verband auf wirtschaftliche Hochschulen entsandt. Für 30 Geschäftsführer hat in Berlin ein erfolgreicher Kursus stattgefunden. Zum Schluß wandte sich Hübsch gegen einen

### Mißtrauensantrag aus Sachsen.

der dem Vorstand deswegen das Mißtrauen aussprechen will, weil er zwei zur USPD gehörige Gewerkschaftler nicht ausgeschlossen habe. Hübsch erklärte: Wenn auch die Kollegen Winkler und Heide sich politisch als Renegaten gezeigt hätten, als Gewerkschaftler hätten sie sich nichts zurechnen lassen. Sie könnten deshalb nicht aus dem Verband ausgeschlossen werden, wie auch Kommunisten wegen ihrer politischen Einstellung nie ausgeschlossen worden seien.

In der Nachmittags-sitzung erstattete zunächst Jehms den Kasseler Bericht. Die Einnahmen des Verbandes haben sich unter dem Druck der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit leider nicht günstig gestaltet. Gegenüber 1924 haben sich die Unterstufungen verjüngt. Der Kassierer

empfiehlt Abschnekung der Anträge auf Erhöhung der Unterstufungen und Annahme des Antrags auf Erhöhung der Beiträge. Ueber

### die Lohnbewegungen

berichtete Feinhals. In der dreijährigen Berichtszeit sind 1360 Bewegungen ohne Streit geführt worden, ferner 100 Angriffs- und 38 Abwehrstreiks; dazu kommen 37 Ausperrungen. 1926 wurden 10077 Betriebe von Tarifverträgen erfasst gegen 12802 im Jahre 1923.

Einen sehr ausführlichen Vortrag hielt dann der Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Verbandes Rödel über „Volkswirtschaft, Statistik und Jugend“ erklärte, daß nach seinen Feststellungen die Zahl der Arbeitslosen, wie sie in den amtlichen Berichten angegeben wird, nicht richtig sei. Die Geschäftslage der Textilindustrie sei wesentlich günstiger als die offiziellen Abschlüsse erkennen ließen. Der Redner besprach dann in längeren Ausführungen die Zusammenhänge in der Textilindustrie und die damit für die Arbeiterschaft verbundenen Gefahren. Der gleiche Redner berichtete auch über die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung des Verbandes, über die Schulungsarbeit für die Betriebsräte, über den Rechtsschutz und über die Neuerungen im Arbeitsrecht. Er forderte ganz besonders in den Tarifverträgen größere Schutzbestimmungen. Ferner berichtete er über die Beziehungen zur Textilarbeiter-Internationale, die sich sehr gut gestaltet haben. Die weiteren Verhandlungen wurden dann auf Dienstag vertagt.

## Verbandstag der Maler.

(Fünfter Verhandlungstag.)

Der größte Teil des letzten Verhandlungstages wurde mit der Beratung sehr zahlreicher Anträge auf Aenderung der Satzungen ausgefüllt. Infolge der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 hatte der Verbandsvorstand von der Ermächtigung Gebrauch machen müssen, mit Zustimmung des Beirats die Unterstufungssätze herabzusetzen. Eine Reihe von Anträgen wollte die frühere Höhe der Unterstufungen wieder herstellen, sie auch sonst noch erweitern und zum Teil den Beirat überhaupt abschaffen. Alle diese Anträge wurden auf Vorschlag der Antragskommission, die schon vor dem Verbandstag mehrere Tage lang beraten hatte, gegen eine ganz kleine Minderheit abgelehnt.

Verbandsvorsitzender Streine gab die Erklärung ab, daß der Hauptvorstand gründliche Beratungen über die Möglichkeit der Einführung einer

### Invaliditätsversicherung und einer Sterbefasse

pflegen und gegebenenfalls der nächsten Generalversammlung eine entsprechende Vorlage unterbreiten werde. Auch über die Durchführung der Streikunterstützung gab der Vorsitzende eine mit allgemeiner Befriedigung aufgenommene Erklärung ab. Abgelehnt wurden auch Anträge zweier Filialen, die Generalversammlung künftig nur alle drei Jahre abzuhalten, obwohl der Verbandsvorstand dies mit dem Himmel befürwortet hatte, daß das ersparte Geld für andere Verbandsaufgaben, z. B. zur Abhaltung von Jugendleiterkonferenzen und Jugendtagen verwendet werden würde.

Im ganzen haben die Sitzungen durch die vielen Anträge eine nennenswerte Aenderung nicht erfahren, da die meisten Anträge abgelehnt wurden und die angenommenen nur geringfügige Änderungen bedeuten.

### Kommunistische Anträge.

wie etwa auf Beitritt des Verbandes zur IAB, und auf Entsendung einer Studienabordnung nach Rußland wurden jedesmal gegen drei bis fünf Stimmen abgelehnt, nicht ohne daß den Antragstellern das Konzept durch Aufdeckung des Charakters der IAB, und der sowjetrussischen Täuschungsmethoden gründlich verdorben worden wäre.

Der Hauptvorstand, der Vorsitzende des Ausschusses und die Filialen, die den Beirat zu bilden haben, wurden durch Juroff gegen lediglich drei Stimmen wiedergewählt; als Delegierte für den nächsten deutschen Gewerkschaftskongress außer den beiden Vorstandsvertretern Streine und Raft, Genossen Buch-Hamburg, als sein Ersatzmann Bogi-Sachsen bestimmt.

In Hamburg sind sieben Kommunisten, die seit langen Jahren dort die Organisationsarbeit in empfindlichster Weise geschädigt haben, durch Schiedsgerichtsurteil aus dem Verbande ausgeschlossen worden; sie haben dagegen Berufung an die Generalversammlung erhoben, ohne jedoch eine Begründung hinzuzufügen. Der Verbandstag hat die Berufung nach Ausführungen mehrerer Redner gegen die kleine kommunistische Gruppe zurückgewiesen. Vorsitzender Streine stellte durch Verlesung eines Berichts der Kommunistenpresse über den zweiten Verhandlungstag fest, wie diese Art Berichterstattung geradezu

### hinausläuft auf die Schädigung der Organisation

und der Geheiminteressen zur Freude der Unternehmer. Schirmann-Berlin schloß sich dieser Feststellung nachdrücklich an.

Sabath-Berlin zog als Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB einen wirksamen Vergleich zwischen der alten und der neuen Gewerkschaftszeit und machte die Augen, den gewaltigen Fortschritt nicht zu vergessen, noch weniger zu leugnen, den die Arbeiterschaft den Gewerkschaften verdankt.

Nach einer zusammenfassenden Schlußrede des Vorsitzenden Streine und mit einem gemeinsamen dreifachen Hoch auf die Organisation wurde der 20. Verbandstag beendet. Streine, Raft und Wehrens vom Hauptvorstand reisen mit den ausländischen Delegierten gemeinsam nach Wien zur internationalen Konferenz, zu der noch weitere Vertreter ausländischer Bruderorganisationen angemeldet sind.

**Aufgehobene Sperrungen.** Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, wird die Sperrung über folgende Betriebe aufgehoben: Großes Bierhaus, Treptow, und Restaurant Schöner, Stralau, Rognositz, für beide Betriebe Inhaber Ernst Rehnert.

**Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Heute, Dienstag, 19.6.1927, lagen die Gruppen: Frankfurter Allee, Gropiusstadt, Stadt, Jugendheim Vinow, Straße 18, Zimmer 3. Wir laden heitere Sachse, Gropiusberger Weg; Gropiusheim Diehlmeierstr. 5, Reiziger Allee; — Pilsenerberg; Gropiusheim Jugendheim Dörfel, 34, Bortow; — Die proletarische Jugendbewegung; — Treptow; Gropiusheim Schule Wilmersbrunn, 33-34 (Bortow), Kunstabend; — Weig; Gropiusheim Viktoria, Ede Hannoverstr. 10, Diskussionsabend; — Schöneberg; 18.6.1927, Uhr Spielen auf dem Reichsarbeiter-Sportplatz; — Wedding 1; Jugendheim Lützenburger, Ede Center Straße; Diskussion: „Die proletarische Jugend in bürgerlichen Verhältnissen.“ — Reichen und Gesundbrunnen; Jugendheim Lörking, Ede Braunstraße, 3. 4. Reiziger Allee.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: S. J. Wacker; Soziales und Genosses: Feix Karhöft; Auswärtige: Ed. Hesse; Internat. in Berlin; Verlag: Fortwärtig-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtig-Verlag und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin, Ede 68, Stenbühlstraße 5. Stern 2. Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Wenn sie ein gutes  
Seifenpulver  
suchen!



Dixin

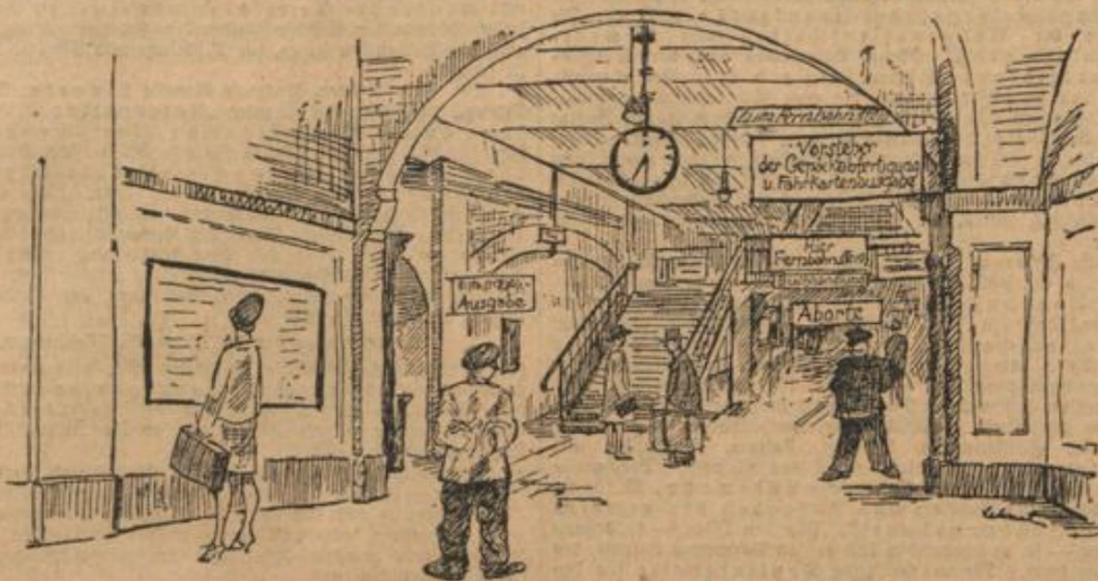


Opel

Größte Produktion  
der Welt!

FAHRER

# Ein unmöglicher Fernbahnhof.



Der Bahnhof Zoo ist vor kurzem „renoviert“ worden. Was man bei der Reichsbahn so renovieren nennt. Ein paar Eisenstäbe werden erneuert, einige zerbrochene Scheiben durch neue ersetzt, schließlich hilft auch noch ein bißchen Farbe nach und die Renovation ist vollzogen. Dabei ist der Bahnhof am Zoologischen Garten seit Jahren reif für einen Neubau. Im Zentrum des westlichen Verkehrs gelegen, Hauptdurchgangspunkt für alle Fremden, die Berlin besuchen, fristet er in weiträumiger Scheußlichkeit sein Dasein zwischen den modernsten Wahrzeichen der Großstadt. Er wird nicht nur von Stadt- und Vorortbahn in härtestem Maße in Anspruch genommen, auch der Fernverkehr mit den großen Ost-West-Expresszügen läßt hier ein gut Teil des reisenden Publikums ab. Erschütternd der Anblick, wenn man den die Stelle einer Halle vertretenden kellerartigen Gang betritt. Ziegelmauern an beiden Seiten, unterbrochen von den vielen Einrichtungen, die zum Betrieb eines großen Bahnhofs gehören, hier aber nur in

primitivsten Geleisen untergebracht sind. Eine „Freitreppe“, ähnlich der, die aus Gemüsetellern an das Tageslicht führt, erweckt freundliche Ausichten auf eine bessere Welt der Bahnsteige oberhalb des seitlichen Tunnels, der sich Bahnhof nennt. Aber auch das ist nur eine Täuschung. Es sind die schmalsten, unbequemsten und schmutzigsten Bahnsteige, die die Reichsbahn im Heer ihrer Bahnhöfe besitzt. Ist bei der Reichsbahndirektion Berlin wirklich noch niemand auf den Gedanken gekommen, diese vorfindlichen Verhältnisse zu ändern, diesen unmöglichen Baukasten abzureißen und eine den modernen Verhältnissen entsprechende Halle an seine Stelle zu setzen? Warum hat sich die Propaganda zur Hebung des Fremdenverkehrs in Berlin dieser wirklich aktuellen Bahnhofstraße noch nicht angenommen? Die Reichsbahn propagiert mit ihrem Bahnhof Zoo die Senkung des Fremdenverkehrs im verkehrsreichsten und aufstrebendsten Teile der Stadt.

tätigkeiten ihres Ehemannes, der im übrigen geisteskrank sei, befürchtet. Das Tragische an dem Fall ist, wie die Anklägerin Dr. Bendel und Bilschowsky hervorhoben, daß die Anstiftung und der Meineid um ein Nichts geschehen seien. Das Jugendgericht hatte den Siebzehnjährigen ohne Berücksichtigung des Eides von A. aus Mangel an Einsicht freigesprochen, und die Zivilkammer hätte den alten M. überhaupt nicht treffen können. Das Ergebnis war die Verurteilung von Frau M. zu 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft und des Angeklagten K. zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus.

## Eine böse Stiefmutter.

Die Strafkammer korrigiert ein mildes Schöffengerichtsurteil.

Mit einem Schöffengerichtsurteil in einem Kindermißhandlungsprozeß, das durch seine auffallende Milde seinerzeit in der Öffentlichkeit allgemeine Entrüstung hervorgerufen hatte, beschäftigte sich auf die Berufung der Staatsanwaltschaft in vielstündiger Verhandlung die Große Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hartmann.

Das Schöffengericht Schöneberg hatte die Musikerehefrau Erna Stolzenberger aus der Baugener Str. 13 wegen schwerer Mißhandlung ihrer beiden Stiefkinder, des zehnjährigen Kurt und des achtjährigen Bodo, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Die Berufung begründete Erster Staatsanwalt Steinbeck in folgender bemerkenswerten Weise: „Das Kapitel ‚Kindermißhandlungen‘ ist eines der traurigsten in der Strafrechtspflege. Traurig, weil die Opfer wehrlose Kinder sind, traurig aber auch deshalb, weil so häufig in unbegreiflicher Weise unverständlich milde Urteile gefällt werden. In diesem Falle hat die Stiefmutter, die von vornherein in Zorn und Haß auf die ihr anvertrauten Kinder eingestellt war, sorgfältig grausame Mißhandlungen ersonnen. Die Nachbarn hörten sehr häufig Schreien und Wimmern der Kinder, und das Klatschen von Schlägen. Sie und die Lehrer konnten wiederholt bei den Kindern Verletzungen und blaue Flecke im Gesicht und an den Augen feststellen. Der 24-jährigen Stiefmutter pochte die Zunge nicht, da sie ein eigenes Kind hatte, und sie wollte sie loswerden. Bei dem geringfügigsten Anlaß wurden die Kinder schwer mißhandelt.“ Die beiden Knaben, die jetzt aus dem Elternhause weggenommen sind, und sich in einem Fürsorgeheim befinden, machten, als sie von einem Lehrer dem Gericht vorgeführt wurden, einen sehr guten Eindruck. Eine Reihe Zeugen aus dem Hause Baugener Str. 13 traten gegen die Angeklagte auf. Eine Sturnachbarin schildert

einen besonders schwerlegenden Fall.

der sich im August abgespielt hatte. Die Kinder waren noch Hause gekommen und hatten die Tür verschlossen gefunden. Deshalb waren sie nach oben zu den in demselben Hause wohnenden Eltern der Frau gegangen. Als Kurt später herunter kam, hörte die Nachbarin, wie die Angeklagte ihn anbrüllte, er solle Bodo sofort holen, sonst bekomme er eins auf den Kopf, daß er zu Boden falle. Raum waren die beiden Kinder in der Wohnung, da hörte die Frau auf dem Korridor einen Fall und einen fürchterlichen Ausschrei des Bodo. Es hagelte Stockschläge, und das Kind schrie und wimmerte. Dann kam der Kurt heran. Die Zeugin konnte es nicht aushalten und rief von der Tür aus, Frau Stolzenberger möge endlich damit aufhören. Die Schläge gingen aber weiter. Die Frau konnte es nicht mehr mit anhören und lief aus dem Hause. Noch stundenlang später war sie tief erschüttert und erzählte ihrem Manne bei dessen Heimkehr unter Tränen, was nebenan vor sich gegangen sei. Am nächsten Tage ging sie zum Rektor in die Schule. Daselbst hatten auch schon früher andere Frauen aus dem Hause getan. Da der Lehrer bei Kurt einen blutunterlaufenen Striemen am Nacken feststellte, führte er beide Kinder zum Schularzt. Nachdem die Knaben entkleidet worden waren, bot sich den beiden Männern ein geradezu entsetzlicher Anblick. Lehrer Kuhn erklärte, daß er

einen so ungeheuerlichen Fall von Kindermißhandlung während seiner dreißigjährigen Schullängigkeit noch nicht erlebt habe.

Vom Kopf bis zu den Knöcheln war der ganze Körper der beiden Knaben mit blutunterlaufenen breiten Striemen einer neben dem anderen dicht besetzt. Auch der Schularzt hatte in seiner zehnjährigen Tätigkeit nur einen Fall ähnlich schwerer Kindermißhandlung erlebt.

Der Staatsanwalt folgerte aus der Beweisaufnahme, daß

## Nur noch 14 Tage Wochenendausstellung.

Schluß am 3. Juli.

Die kurze Zeit bis zum Beginn des umfangreichen Programms der Berliner Herbstausstellungen und Messen, die bereits am 13. August in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm mit der „Retosa“ ihren Anfang nehmen, macht es aus technischen Gründen notwendig, die Wochenendausstellung mit dem 3. Juli endgültig zu schließen, obwohl auch in der bisherigen Verlängerungsperiode der Ausstellung der Besuch nicht nachgelassen hat und das Interesse unvermindert anhält. In den zwei kommenden letzten Wochen der Wochenendausstellung finden an besonderen Veranstaltungen statt: eine große Sonnenwendfeier am Funfturn am Freitag, dem 24. d. M., ein großer „Kirchentag“, und zum Abschluß am Sonntag, dem 3. Juli, ein marktliches Trachtenfest, an dem sich die Delegationen der auf der Ausstellung vertretenen marktlichen Städte und Erholungsorte beteiligen.

Die Ausstellungsleitung weist darauf hin, daß bis zum 3. Juli auch die Schülerführungen nach wie vor möglich sind. Die Ausstellungsleitung hat den Prozentfuß der Freitarten, die sie für Schüler minderbemittelter Eltern im Rahmen der Schülerführungen zur Verfügung stellt, von 20 Proz. auf 30 Proz. jeber Führung erhöht. Arbeitslose, die eine Stempelfarte vorzeigen können, zahlen nur 30 Pf. Eintrittsgeld.

## Um ein Nichts ins Zuchthaus.

Für den Stiefsohn meineidig geworden.

Wegen Anstiftung und Verleitung zum Meineid hatte sich die 59-jährige Ehefrau Sophie M. zusammen mit dem von ihr zum Meineid angeleiteten Kuischer Gustav K. vor dem Schwurgericht I zu verantworten.

Der siebzehnjährige Stiefsohn der Frau M., der in dem Fuhrgeschäft seines Vaters beschäftigt war, hatte eine Frau angefahren und verletzt. Es war daher gegen ihn Anklage wegen Körperverletzung erlassen worden, und es wurde auch eine Schadenersatzklage eingeleitet. Um die Folgen von ihrem Stiefsohn anzuwenden, hatte die Angeklagte einen Angefallten im Geschäft verleiten wollen, eine günstige Aussage zu machen. Als dieser ablehnte meineidig zu werden, warb sie den Kuischer K. dazu an, dem sie 100 M. versprach. Der junge K. hielt mit K. einen „Lokaltermin“ an der Unfallstelle ab, damit er richtig aussagen könnte. Vor dem Jugendgericht beschwor K., daß er K. nicht kenne und als zufälliger Augenzeuge gesehen habe, daß die Frau selbst in das Fuhrwerk hineingelaufen sei. M. wurde freigesprochen. Der Meineid wurde jetzt von dem Ehemann der Angeklagten selbst angezeigt, als sie ihn ins Zuchthaus bringen wollte. Beide Angeklagte waren geständig. Frau M. betonte, daß sie aus Liebe zu ihrem Stiefsohn gehandelt habe, den sie vor Strafe bewahren wollte. Sie haben auch Gewalt-

## Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos. 31]

Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).

Daß dieser blöde Tanz hier als Begräbnismusik dient, offenbart, daß der Sinn der europäischen Musik hier seine Grenzen gefunden hat und genau wie die Religion, die von den Weißen gebracht wurde, auf eine undurchbrechliche Mauer stößt. Den Tod begreift der Mensch hier, aber die christliche Form des Begräbnisses ist ihm fremd. Sie ist ihm hohle Formel, die er rein äußerlich nachahmt. Und darum ist ihm die Tanzmusik bei dem Begräbnis nichts, das ihn stören könnte. Der Tod ist das Große, das Eigene; was darüber ist, das ist das Fremde. Die Tanzmusik ist am richtigen Platze. Wäre es anders, würde er in Verwirrung geraten.

Was schiert sich die Sonne um Leichen hier, um weinende Mütter, um Begräbnisse? Was schiert sich die Sonne um Zivilisationen, um echte Kultur, um unechte Kultur, um gute Musik, um schlechte Musik und um Aerger über Bevölkerung der Welt und Rassen und der Seelen? Was immer es auch sei, das uns Weh bereitet, sie steht erhaben und mächtig im All. Sie ist der Gott, der alleinige, der sichtbare, der allgegenwärtige, der ewig junge und lachende Gott, wandernd am Firmament wie ein steter jubelnder Schöpfungsgesang. Sie ist Schöpfer und Erhalter und Erzeuger und Gebärer. Sie spendet und verschwendet, ist nimmer müde, fordert keine Gebete als Belohnung und droht nie mit höllischen Strafen.

Was schiert sich die Sonne um ein Begräbnis? Sie steht sie hoch über uns und ihre Glut brüllt. Und wir stolpern und starrern dahin, über Wurzel, umgefallene Baumgiganten, über Böcher und ausgeworfene Furchen, wir drängen uns durch Gestrüpp, durch Dornengebüsch und durch hohes scharfes Gras. Stunden und Stunden. Schwärend, lachend, rufend, kreischend, weinend und musizierend. Unstets und Zwosstets und Forttrotts und immer, wenn den unermüdeten Musikanten nichts einfällt, was sie spielen sollen, dann spielen sie das große Teudefum „It ain't“. Der Sarg schautest bedenklich auf den Schultern der stolpernden Burschen, und wenn einer durch die trockene Erde in ein darunter ausgegrabenes oder von Tieren ausgegrabenes Loch bricht, schreit die ganze Herde, plötzlich aus dem stumpfen Dahinstolpern

aufwachend: „La caja! Die Kiste!“ Und die am nächsten sind, springen hinzu, um die Kiste aufzuhalten, damit der Inhalt nicht vorzeitig verloren geht und die Böhkung hinunterschleift. Denn ehe man ihn in diesem Gewirr gefunden und herausgepellt hätte, würden die Geier, die uns an den Seiten des Weges folgen, wo sie von Baum zu Baum fliegen und die aussehen wie verwundene Kapläne, ein Duzend Feggen herausgerissen haben und es würde sich kaum noch recht lohnen, zum Friedhof zu ziehen.

Vor dem Sarge geht der große Bruder. Er ist von einer Schaar schreiender und quiekender Jungen umgeben. Einer von den Jungen schwingt fortgesetzt ein angebranntes Holzschicht, um es glimmend zu halten. Und der Bruder zündet seine Kracker an und schleudert sie in die Lüfte, wo sie knallend explodieren. Bei den ersten Knallern erhoben sich die Schwarzröcke mit schweren mächtigen Schwingen in die Lüfte. Jetzt aber haben sie sich schon daran gewöhnt. Schwer rudern sie von Baum zu Baum, mit gierigen und wütenden Augen den Zug anstarrend. Die heiligen Vögel der Tropen, die nicht geschossen, gejagt oder gefangen werden dürfen, denn sie sind legitimierte Beamte, die Gesundheitspolizei des Dschungels, des Busches, der Prärien und der Sandmeere.

Manuel geht ganz für sich allein, als ob er nicht dazu gehöre.

Garza bleibt häufig stehen, zieht die Flasche aus der hinteren Hosentasche und zieht einen Lütigen. Seine beiden Freunde helfen ihm dabei und wer sonst gerade Lust hat, kommt herbei. Garza ist freigebig, und wenn diese Flasche leer ist, dann hat er in der linken hinteren Hosentasche eine andere Literflasche voll Leichenchmaus.

Die Mutter geht in der Herde. Wer es nicht weiß, würde nicht vermuten, daß sie die Trauernde ist. Sie geht nicht mehr im Arm der Pumpmeisterin, weil die nahe Berührung wegen der Glut, in der wir morschieren, unerträglich geworden ist. Aber die Pumpmeisterin geht neben ihr und einige andere Frauen sind in ihrer Nähe. Man spricht, um den Weg abzukürzen. Man redet von tausend Dingen, die Frauen interessieren können, nur nicht mehr von dem Kleinen. Der Marsch ist schon ein Zurückwandern in das alltägliche Leben.

Die Burschen, die den Sarg tragen, streiten unausgeseht miteinander; niemand will tragen, niemand will ablösen. Es stinkt unerträglich in der Nähe des Sarges und die Burschen binden sich Taschentücher vor die Nasen. Das Tragen ist

ermüdend, lästig und unbequem. Die schwarzen Vögel würden nicht von Gestank oder Anstrengung sprechen, aber streiten würden sie sich noch viel mehr, und die Schwachen hätten zu warten, bis die Starken schwerfällig auf einen Ast zusliegen müssen, um zu verdauen.

Es ist bewundernswert, wie die Musiker trotz der Gluthitze, trotz des Kletterns auf dem Dschungelwege — denn Wandern oder Gehen ist es nicht —, trotz einer langen Nacht unermüdeten zum-Tanz-Auffpielens unverdrossen und be-rufsfreudig den Trauermarsch spielen und dadurch der dahintrottenden Herde Sinn und Inhalt geben. Man würde sonst vergessen, warum man diese Reise überhaupt unternommen hat. Denn grün ist es rundherum und unter den Füßen, goldschimmernd blau ist der Himmel, die Sonne bläst schmetternde Fanfaren, die Vögel singen, von Blumen überfät und durchleuchtet ist der Dschungel, und Schmetterlinge, fächergroße und edelsteinkleine spielen jubelnde Farben durch die Luft. Es zirpt und geigt und flötet im Grase und im Laube.

Es lebt die Welt. Was ist ihr das Stückchen zerfließende Vermesung? Nichts. Nicht einmal ein Dünger. So reich ist sie, so verschwenderisch, daß sie dieses Düngers nicht braucht und ihn den Schwarzröcken zum Festmahl preisgibt. Oh Mensch, wie wenig bist du, wie wenig dein Mühen und Streben! Freue dich, liebe, stirb und rufe die Geier, den Rest zu tun!

Aber da ist das Dorf in Sicht. Hütten, Palmhütten und Grasshütten. Nackte Kinder wimmeln herum die Menge; Hühner, Ziegen, Schweine, Esel und Hunde zwischen den Hütten, hinter den Hütten, in den Hütten, auf den Wegen. Die Leute kommen aus ihren Behausungen. Schweigend lassen sie den Zug herantommen und schweigend lassen sie ihn vorübergehen. Die Männer alle nehmen ihre Hüte ab, wenn der Zug an ihnen vorbeikommt. Selbst die nackten und zerlumpleten braunen kleinen Wildlinge halten in ihrem Herumjagen inne, bleiben schweigend stehen und sehen dem Hausen mit weit aufgerissenen Augen nach. Eine Frau stößt einen gellenden Schrei aus, buckt sich, hebt ihr kleines Würmchen, das auf dem Boden strampelt auf und drückt es an ihre Brust, als wolle es jemand stehlen kommen. Dann bricht sie in langgezogenes Klagen aus, in das andere Frauen einstimmen und aus dem Zuge heraus von der Garza und einigen anderen Frauen beantwortet wird.

(Fortsetzung folgt.)

# Wohnungsbau für Minderbemittelte möglich.

## Gemeinnützige Wohnungswirtschaft in der Provinz Brandenburg.

Die Arbeiterschaft hat auch auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft durch die Tat bewiesen, daß der Wohnungsbau für Minderbemittelte nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Am 18. Juni hielt die Märkische Wohnungsbau-G. m. b. H. die Bezirksorganisation der Demog, ihren Ersten Wohnungsfürsorgetag in Frankfurt a. d. O. ab. Die Teilnahme der Baugenossenschaften und Gewerkschaften war groß. Einige Kommunen und der Regierungspräsident in Frankfurt a. d. O. sandten ebenfalls Vertreter zu dieser Tagung, die vom Provinziallandtagsabgeordneten Genossen Wegner, Frankfurt mit einem kurzen Bericht über die Bauaktivität der dortigen Gewoba eröffnet wurde. Interessant ist die Feststellung, daß unsere Genossen in knapp einem Jahr 96 Wohnungen erbauten, die billiger sind als die von der Stadt erbauten. Die Stadt muß pro Wohnung und Jahr 200 M. Zuschuß leisten, um die Miete auf dem derzeitigen Stand zu halten.

Genosse Fromm, Geschäftsführer der Märkischen Wohnungsbau-G. m. b. H., hielt dann seinen Lichtbildvortrag über „Märkischer Wohnungsbau“. Aus seinen Ausführungen ist hervorzuheben, daß seit dem einjährigen Bestehen der Gesellschaft 22 Genossenschaften, die zurzeit etwa 590 Wohnungen erstellen bzw. deren Bau jetzt vornehmen, außerdem weitere 800 Wohnungen projektiert haben, von ihr betreut werden. Mit dem geringsten Aufwand an Mitteln wird hier für die Konsumenten Wertvolles geschaffen. Lichtbilder von Bauvorhaben in Frankfurt, Ludenwalde, Fürstenwalde, Trebbin, Teltow, Kirchmöser und anderen Orten ergänzten wirkungsvoll das Gesagte. Der zweite Referent, Staatsminister a. D. Genosse Lademann, M. d. B., sprach über „Ausichten und Aufgaben des gemeinnützigen Wohnungsbau“. Für den Osten — so begann der Redner — sei es notwendig, daß der Vorsprung aufhört, den der Westen habe. Die wichtigste Kapitalquelle für den Wohnungsbau sei die Hauszinssteuer, die von den Gegnern als „sozialer Steuer“ gebrandmarkt wird.

Ohne öffentliche Mittel ist aber an eine umfangreiche Neubautätigkeit nicht zu denken.

Die billigen Hauszinsverhältnisse tragen zu einer Kostensenkung, d. h. zu einer Verbilligung der Miete bei. Leider sei ein Antrag, diese Mittel nur an gemeinnützige Wohnungsgesellschaften zu geben, abgelehnt worden. Unsere Genossen hätten deshalb in den Gemeindevorstufen den Kampf weiterzuführen, daß die manch-

mal sogar bevorzugte Zuteilung von öffentlichen Geldern an Private und Bauunternehmer verhindert wird. Auch gegen die Bevorzugung industriearmer Gegenden sei Stellung zu nehmen. Der Wohnungsbedarf der breiten Masse richte sich nach den Arbeitsstellen, nicht nach einer besonders schönen Wohngegend. Der Referent warnte die Gemeinden vor eigener Bautätigkeit und vor den Schwierigkeiten der Hausverwaltung. Die Aufgabe der Gemeinden sei es, für Mittellose und -soziale Wohnungen zu schaffen.

Der letzte Redner, Architekt Genosse Vinneke, Direktor der Demog, behandelte das Thema: „Rationeller Wohnungsbau durch Konzentration der Baugenossenschaften“. In allen Kreisen ist man sich darüber klar, daß nur durch Rationalisierung eine Verbilligung des Wohnungsbau erreicht werden kann. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie man bauen muß, um eine Senkung der Kosten zu erzielen. Hier steht die Arbeit der Demog und ihrer Tochtergesellschaften ein. Sie zeigen den Genossenschaften, welche Grundrisse, Baumaterialien, Arbeitsmethoden usw. zu wählen sind. Keine zerstückelte Siedlungsanlage, keine Verteilung der Gelder an eine Unzahl Bauherren, sondern

### Konzentration der Mittel zu Großbildungen.

zu umfangreichen Baustellen, in denen nach modernem Verfahren gearbeitet werden kann. Fünf Hauptpunkte ergeben sich nach dem Vortrag — als Förderung für die Rationalisierung des Wohnungsbau:

1. Bereitstellung von Kapital für Modell und Versuchsbauten.
2. Konzentration der Bautätigkeit auf einige Baustellen.
3. Ständige und lückenlose Beschäftigung des Baumaterials.
4. Schaffung leistungsfähiger Großhändler für den Wohnungsbau in Form gemeinnützig tätiger Wohnungsfürsorgegesellschaften (Demog-Gesellschaften).
5. Konzentration der Bauaufträge in der Hand weniger Großbaubetriebe als Generalunternehmer.

Diesen Zielen strebt die Demog zu. Ihre praktischen Erfolge sind — wie auch das Beispiel in der Mark Brandenburg zeigt — nicht gering. Man denke auch an die Großbildung der Berliner Demog-Gesellschaft der Gehag in Brix und Zehlendorf.

An der Arbeiterschaft liegt es, in ihrer Selbsthilfektion nicht zu erlahmen und auch auf diesem Weg Wohnungsnot, Wohnungswucher und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

die Angeklagte aus nichtigen Vorwänden wie eine Furie gegen die Kinder gewütet habe. Der Vorderrichter habe viel zu milde geurteilt. Bei einem derartigen schweren Fall von Mißhandlung wehrloser Opfer könne von mildernden Umständen keine Rede sein. Es müsse abgelehnt werden, schematisch immer die bisherige Unbefolgtheit als Widerungsgrund anzunehmen. Er beantragte die Erhöhung der Strafe auf sechs Monate Gefängnis. Nach längerer Beratung kam die Strafkammer zu einer Verurteilung der Angeklagten wegen fortgesetzter Mißhandlung der Kleinkinder in grausamer Weise und mit einem gefährlichen Werkzeug zu drei Monaten Gefängnis. Die Entscheidung über eine Strafaussetzung wurde vom Gericht einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

## Dänische Genossen in Berlin.

### Empfang beim Gesandten. — Besuch im Reichstag.

Am Sonntag trafen in Berlin 60 dänische Genossen vom sozialistischen Bildungsverband ein, die am Stettiner Bahnhof durch deutsche Genossen empfangen wurden. Die dänischen Genossen wurden von der dänischen Gesandtschaft zu einem Frühstück eingeladen, wobei der dänische Gesandte Zahl die Genossen in Berlin willkommen hieß; er freute sich über den ersten Versuch einer Zusammenarbeit zwischen dänischen und deutschen Bildungsleitern. Nach dem herzlichen Empfang beim Gesandten begaben sich die Genossen nach dem Reichstagsgebäude, wo sie vom Genossen Crispian und der Genossin Bohm-Schuch empfangen wurden. Heute werden die dänischen Genossen dem „Vorwärts“, der Buchdruckerei und dem Parteivorstand einen Besuch abstatten. Mittwoch treten sie eine Reise nach Dresden an, wo sie zusammen mit Dresdener Genossen eine Fahrt durch die Sächsische Schweiz unternehmen werden. Am Freitag kehren sie nach Berlin zurück, um gemeinsam mit Berliner Genossen einen Ausflug nach Potsdam zu machen. Am Sonntag treten die Genossen die Rückreise nach Kopenhagen an.

## Falsche Empfehlungsschreiben.

### Silberdiebstähle bei einem Großgrundbesitzer.

In dem hiesigen Palais eines schlesischen Großgrundbesizers, der zurzeit mit seiner Familie außerhalb Berlins weilt, wurde vor einem Vierteljahr ein 24 Jahre alter aus Kiel gebürtiger Werner Bierich als Kammerdiener angestellt. Der letzte sehr gute Empfehlungsschreiben vor, auf die hin man ihm volles Vertrauen schenkte. Bisherlich aber blieb er jetzt weg. Nachdem man eine Weile vergeblich auf seine Rückkehr gewartet hatte, sah man überall noch einmal nach, und entdeckte, daß der Kammerdiener das Vertrauen mißbraucht und wie ein Rabe gestohlen hatte und zwar 72 Teelöffel, 48 Schlüssel, 144 Gabeln usw., Kleidungsstücke des Hausherrn, Schmuckstücke der Hausfrau, kurz alles, was ihm zugänglich war. Einem Reichstagsabgeordneten, der ebenfalls in dem Palais wohnt, hatte er die ganze Garderobe gestohlen. Die von Kriminaloberinspektor Schöffler angestellten Ermittlungen ergaben, daß man sich in Bierich arg getäuscht hatte. Er hat eine bewegte Vergangenheit und ist auch schon wiederholt bestraft. Die Empfehlungsbriefe hatte Bierich zum Teil selbst geschrieben, die meisten aber hatten ihm seine Freundinnen besorgt. Wie die Beamten weiter feststellten, hatte der Flüchtling auch Schlüsselabdrücke genommen, wahrscheinlich in der Absicht, einmal mit einer Kologne zu einem großen Beutezug einzubrechen.

## Eine diebische Stiege bei Professor Einstein.

Eine schwere Enttäuschung erlebte die Familie des Professors Albert Einstein mit einer 19 Jahre alten Stiege Martha von Sulminsky, die sie vor 2 1/2 Monaten in ihr Haus in der Haberlandstraße nahm. Die junge Westfälin, die sich auf gute, allerdings gefälschte Empfehlungsbereuen konnte, ließ sich nicht schlecht an. Eines Tages aber war sie verschwunden und mit ihr eine Menge Sachen, Gardinen, Wäsche, alles was man im Haushalt brauchen kann, Schmuckstücke, die als Familienstücke mehr einen idealen als realen Wert haben und auch eine größere Summe baren Geldes, alles zusammen für etwa 3000 Mark. Wie die Kriminalpolizei ermittelte, hatte Martha sich in einem Stellmacher aus einem kleinen Ort bei Rauen verliebt und wollte ihn heiraten. Das ließ auf Schwierigkeiten, weil der Mann erwerbslos war. Die Verliebte aber wollte nicht länger warten und sorgte nun auf ihre Art für den neuen Haushalt. Sie fuhr mit dem Brautigam nach Westfalen, um sich ihren künftigen Schwiegereltern vorzustellen und ließ dort einen Teil der gestohlenen Sachen zurück. Das Paar hielt sich dann noch einen Tag in Berlin auf und fuhr hierauf nach Westfalen, um sich in der Heimat der Brauttrauen zu lassen und dort Wohnung zu nehmen. Auf telegraphische Benachrichtigung der hiesigen Kriminalpolizei nahm die Ortspolizei sie dort fest. Der Rest der Sachen wurde bei den beiden noch gefunden und beschlagnahmt.

## Wieder ein Autozusammenstoß in Pantow.

Nach dem schweren Autounfall in der Wollantstraße zu Pantow in der Sonntagsnacht, das ein Todesopfer und vier Schwerverletzte forderte, ereignete sich in den gestrigen Abendstunden an der Grenze Pantow-Heinersdorf abermals ein schwerer Zusammenstoß. Der Fahrer eines Kraftwagens, der 27jährige Zimmermeister Erich R. aus Birkenwerder, in dessen Begleitung sich der 21jährige Dolmar P. aus der Mühlenstraße in Pantow befand, der auf dem Sozius saß, fuhr in vollem Tempo in einen Kraftwagen hinein. Beide wurden durch die Wucht des Zusammenstoßes auf das Straßenpflaster geschleudert, wo sie bewußtlos liegen blieben. Die alarmierte Feuerwehr schaffte die Schwerverletzten in das Pantower Krankenhaus, wo bei R. Knochenbrüche und bei seinem Begleiter Kopfverletzungen festgestellt wurden. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

## Von Nationalsozialisten überfallen!

In der Nacht zum Sonntag sind vier Reichsbannerleute in Café Becher in Mariendorf, Eichenauer Straße Ecke Chausseestraße, überfallen worden. Nationalsozialisten drangen auf sie ein, schlugen sie auf der Straße zu Boden und mißhandelten sie mit Fußtritten. Auf Marmuse hin kam ein Schupowachmeister sehr langsam herbei, ohne aber die Mißhandlungen der Reichsbannermitglieder verhindern zu können. Er verhaftete einen Nationalsozialisten und verschwand. Die Reichsbannerkameraden hingegen mußten unter Polizeibegleitung die Wache aufsuchen! Leiter des Polizeibureau ist Herr Seeling, der feierlich bei der Unterscheidung eines Schwarzweißroten Aufzugs mit an der Spitze stand.

## Sommerfest der Rundfunkhörer.

Der Arbeiter-Radiobund Berlin veranstaltete am Sonntag in den Räumen der Abtei in Treptow ein wohlgeplantes Sommerfest, das einen sehr starken Besuch auswies. Etwa 5000—6000 Personen waren anwesend, die Wind und Wetter nicht scheuten hatten, um in den verschiedenen Pavillons sowie im Garten ein reichhaltiges Programm zu genießen. Balalaikakonzert, Tanzmusik der Funkkapelle Kernbach, zündende Rezitationen von Erich Weinert, Alfred Bieleke und Reinhold Maur, neben vielen anderen vorzüglichen Darbietungen (erwähnt sei auch eine vorzüglich ausgestattete Tombola) sorgten für die Unterhaltung der radiofreudigen Berliner Wertstätigen, die vom frühen Nachmittag bis in die Nacht zusammenblieben. Als offizieller Vertreter der Rundfunkgesellschaft war Herr Antoine zum Sommerfest erschienen. Die Arbeiter-Radiogemeinschaft „Der neue Rundfunk“, Organ der Arbeiter-Radiovereine, trieb durch Plakate und Freigekempfte eine rührige Propaganda, der der Erfolg nicht verjagt bleiben wird. Alles in allem: ein durchaus gelungenes Fest, dem

auch der finanzielle Erfolg nicht verjagt geblieben ist. Eine wertvolle Propaganda und darüber hinaus noch ein hübscher Sonntag für die radiofreudigen Massen.

## Die Sonnenwendfeier der Arbeiter.

Ein Fackelmeer, das die roten Fahnen weithin leuchtete läßt, die breiten Terrassenstufen im Volkspark Neutöllin gedrängt voll von den Mitwirkenden! Gesang, Musik. Eine Mädchengruppe der Freien Turnerschaft. Ein Zusammenarbeiten der in der Arbeiterschaft wirkenden Kräfte, die ein stolzes Zeugnis für den neuen Geist der Festgestaltung ablegten. Auf der Wiese ein dunkler Kranz von Menschen mit Fackelträgern, der mit jeder Stunde sich mehr vergrößert. Weithin schallen die Kampfesänge der Arbeiterlänger. Der gesamte 9. Bezirk unter der Chorführung Salomons sang wie ein Riesenmund. Rhythmische Spiele einer Mädchengruppe der Freien Turnerschaft zwischen den Gesängen. Ein wundervoller Anblick! Mädchen, die, der kapitalistischen Fron zum Trotz, ihrem Körper Rhythmus und Schwung erteilten. Es wirkte wie ein Märchenpiel. Sattig grüner Rasen, auf dem die weihgekleideten Mädchen mit bloßen Füßen ihre Sehnsucht tanzten. Mit Lord Poleon endeten die gesanglichen Darbietungen. Trompetenlöcher, Trommelwirbel. Pauerschläge verließen den Höhenpunkt der Feier. Der Sprechchor spricht mit hingebungsvoller Reiferheit Tolkers „Tag des Proletariats“. Ein Orchester von Menschenstimmen. Anekd. Anknüpfend. Stürmend. Berebbend. Wieder anschwellend. Ein Kollektivem voll der lebendigen Kräfte, die wieder zünden und ergreifen. Der Sprechchor mit seinem starken Einzelsprecher Heinrich Witte rissen sich wechselseitig zu immer stärkerer Leistung hin.

Zu den letzten Worten des Einzelsprechers ward der Holzstoß entzündet. Die Flammen züngeln. Schon knistert und tracht es. Hoch fliegen die Funken zum nächtlichen Himmel. Die rote Fahne fliegt über die Häupter des Sprechchors und so symbolisch über die Masse. Die Internationale legt ein und wird begeistert mitgesungen. Die Feier hat ihr Ende gefunden, doch lange noch verharrte die Menge, Nieder singend, um den Holzstoß.

Krabische Schattenspiele auf der Tripolischau. Der Karatus, der Held der uralten arabischen Schattenspiele, hat jetzt seinen Einzug in die Tripolischau am Zoo gehalten. Er ist das mohammedanische Gegenstück zu unserem Hanswurst oder Kasperle.

# Funkwinkel.

Der Sonntag bietet außer einer guten Uebertragung von Sappés „Fatinha“ aus der Städtischen Oper wenig Ertragswertes. Anna von Stranz-Führung liest zwei Märchen von Andersen, „Das Feuerzeug“ und „Das häßliche junge Entlein“. Sie macht sich nicht niedlich und spricht auch nicht für Kinder zurechtgerichtet. Sie verfällt aber in den gegenteiligen Fehler und legt sich einen dogmatischen trockenen Gouvernantentanz zu. Auch das ist nicht richtig. Alfred Braun entwickelt alle guten Eigenschaften eines lebenswürdigen Conferenciers bei der Uebertragung der Berliner Auberregatta in Grünau. — Das Programm am Montag ist reichhaltiger und auch künstlerisch qualifizierter. Felix Langer ist kein überzeugender Sprecher. Deshalb kommt seine gut geschriebene Skizze „Der Schrei“ nicht zur vollen Wirkung. Die Skizze selbst ist halb eine ernsthafte Chronik, halb eine geistreiche Spielerei, der auch das erotische Parfum nicht fehlt. Am Abend spricht Grete Jacobson Kofotobildungen, heitere und harmlose Dinge von französischen Dichtern und von Lessing, Goethe oder Claudius; sie ist keine geeignete Interpretin. Sie spricht Kofotobildungen in einem Tonfall, der bei Strindberg oder Wedekind angepaßt gewesen wäre. Das Programm endet mit Mozarts „Zupitersymphonie“. Bruno Seidler-Winkler dirigiert. Kein geborener Mozart-Dirigent, kein Künstler von tänzerischer Leichtigkeit. Trotzdem gibt er Mozart die Beschaffenheit des Tons, arbeitet klar und recht elegant die Figuren heraus. Es entsteht ein zu bürgerlicher Mozart und ein Mozart, bei dem die Innigkeit etwas zu kurz kommt. Immerhin muß man den Ernst und die Hingabe des Dirigenten unbedingt anerkennen und auch die Zusammenstellung des Programms. Paul Pfaffen-schläger, der Vorsitzende des Arbeiter-Angler-Bundes, schildert die Freuden und Leiden des Anglers, erläutert die Unterschiede in der Behandlung der einzelnen Fischarten und gibt einen Ueberblick über die ergiebigsten Angelplätze der Mark. — Kriminalkommissar Wernburg steht in seinem Vortrag „Drohlose Jagd“ dem Rundfunk als die Nachtrichterermittlungsstelle an, die am schnellsten und sichersten die Aufmerksamkeit des Publikums auf einen gesuchten Verbrecher zu lenken vermag.

F. S.

## Die Rundfunkgebührenvorlage verschwindet.

Bekanntlich war dem Verwaltungsrat der Reichspost auch eine Vorlage zugegangen, die eine Erhöhung der Gebühr für die Rundfunkteilnehmer von 2 M. auf 3 M. monatlich vorsah. Diese Vorlage ist mit der Portoerhöhungsvorlage zurückgezogen worden, sie wird auch, wie uns aus gut unterrichteten Kreisen versichert wird, völlig in der Versenkung verschwinden, da man der Ansicht zu sein, daß diese Erhöhung zahlreiche Abbestellungen und mithin kein finanzielles Mehrerträgnis bringen, sondern lediglich die Zahl der Schwarzahörer vermehren würde.

## Größere Sicherheit in den Vororten.

Der Polizeipräsident von Berlin, Genosse Jörgiebel, hat, um der Unsicherheit in den Vororten zu begegnen, eine Reihe von Maßnahmen getroffen, darunter besonders eine Verstärkung der Polizeikräfte.

## Selbstvergiftungen in der Strafanstalt Tegel?

In der Strafanstalt Tegel ist man dieser Tage Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß ein Gefangener B., der noch eine längere Strafe zu verbüßen hat, auf geheimnisvolle Weise in den Besitz von Bleiweiß gelangt ist, das er in größeren Mengen zu sich genommen haben muß, da er unter heftigen Vergiftungsercheinungen erkrankte. Wie es in allen Strafanstalten vorkommt, verschlucken Gefangene irgendwelche Gegenstände, die den Gefangenen kostbar machen, so daß er aus dem Gefängnis ins Bazarret kommt. Vom Justizministerium ist eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden, die sich insbesondere darauf erstrecken wird, wie B. in den Besitz des Giftes gekommen ist. Die Ermittlungen werden mit größter Beschleunigung betrieben und sind noch im Gange.

## Straßenbahn Mariendorf-Lichtenrade.

Die längst vermehrte sehr notwendige Querverbindung der einzelnen Vororte durch Straßenbahnlinien macht immer weitere Fortschritte. Es sind eine Reihe von Linien projektiert, die auch im Laufe der Zeit gebaut werden. Noch in diesem Jahre, im Herbst, wird voraussichtlich Mariendorf mit Lichtenrade durch eine zweigleisige Sirede verbunden werden. Zurzeit werden die Wege und Chaussees zwischen den beiden Vororten ausgebessert; dabei werden die Gleise bereits eingebaut. Man rechnet damit, daß schon im Oktober die Linie eröffnet werden kann.

Einbruch in das Neutöllner Parteibureau. Einbrecher haben über Sonntag unter Neutöllner Parteibureau, Redarstraße, heimlich auf ihre Kosten die Diebe allerdings nicht bekommen, denn an barem Gelde sind ihnen 23 M. in die Hände gefallen. Durch Erbrechen von Schubladen und Schränken ist jedoch erheblicher Materialschaden verursacht worden.

## Baumwollspinnerei verschüttet.

### Bisher 20 Tote geborgen.

London, 20. Juni. (WTB.) Nach einer Meldung aus Bogota in Kolumbien ist in der Nähe von Medellin eine an einem Bergabhang gelegene Baumwollspinnerei durch einen großen Erdrutsch verschüttet worden. Man befürchtet, daß 60 junge Arbeiterinnen den Tod gefunden haben. Unter den Trümmern wurden bisher zwanzig Tote gefunden. Ueber hundert Arbeiter wurden unter den Erdmassen geborgen, aber einige wurden bereits lebend geborgen. Der Erdrutsch war durch Regenfälle verursacht worden. Die Spinnerei ist von den Erdmassen völlig bedeckt.

## Schwerer Motorradunfall eines Potsdamers.

Frankfurt a. O., 20. Juni. (Til.) Auf der Chaussee Berlin-Frankfurt a. O. fand ein Kraftfahrer in der letzten Nacht einen schon fast verbotenen Motorradfahrer, der bewußtlos unter seiner Maschine lag. Bei der Aufnahme in das Rindgeberger Krankenhaus wurde er als Karl Rabe aus Potsdam festgestellt. Die Ursache seines Unfalls konnte noch nicht festgestellt werden, da Rabe bis jetzt das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt hat.

Verhandlungsbeginn im Kaffeler Straßenbahnerprozeß. Am Montag früh begann in Kassel die Verhandlung gegen die beiden Straßenbahnangestellten Hendrich und Gerlach, die wegen des schweren Straßenbahnunglücks angeklagt sind. Die Vernehmung der Angeklagten ergab nichts Neues. Hierauf äußerte sich Direktor Schreiber von der Großen Kaffeler Straßenbahn über die Dienstvorschriften. Nachmittags fand ein Augenscheinterrain statt.

**Großstadt und Erziehung.** Am Dienstag, den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr, behandelt dies Thema eine öffentliche Versammlung des „Bundes entschiedener Schulreformer“ in Berlin, Aula des Werner-Siemens-Realgymnasiums, Hohenstaufenstr. 47-48 (Untergrundbahnhaltestelle Victoria-Luisenplatz). Es sprechen: Schulrat Erich Dieckweg über „Großstadtmench und Großstadtschüler“, Arzt Dr. med. Martin Gumpert über „Großstadtkind und Großstadtschüler, vom Standpunkt des Mediziners gesehen“, und Frau Irma Fehnenbach über „Meine Erfahrungen als Schulschwelmer“.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Mittwoch, dem 22. Juni, abends Punkt 8 Uhr, im Saal des demokratischen Klubhauses, Bismarckstr. 24, einen Russische-Abend. Das Referat über „War Bismarck Sozialist?“ hält Privatdozent Dr. Rommjen-

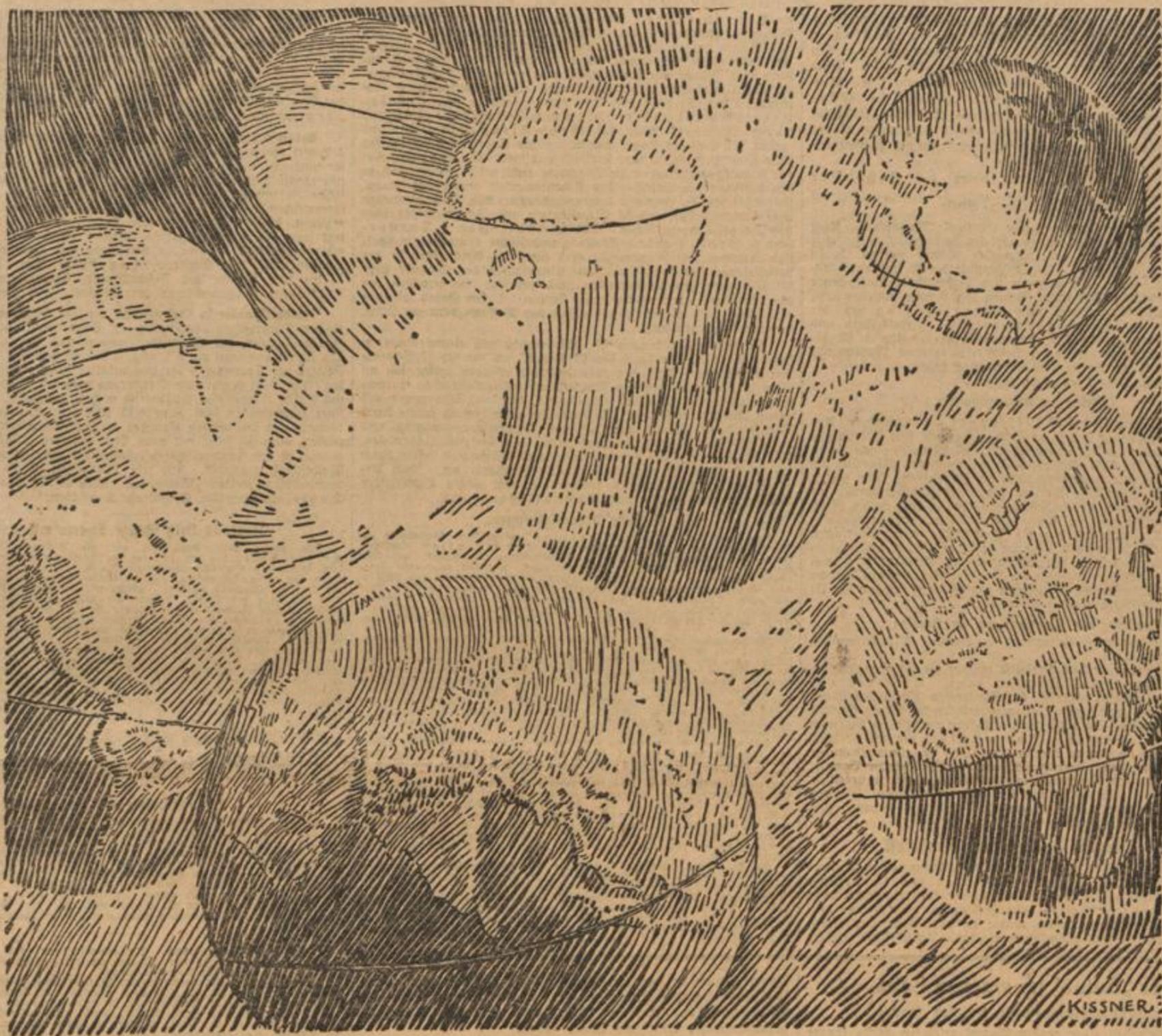
Göttingen. Interessenten können Eintrittskarten durch die Geschäftsstelle, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 136/37, beziehen.

**Feierabend des „Volksbundes Naturkunde“** am Mittwoch, 22. Juni, 7.30 Uhr abends im Bürgeraal des Berliner Rathauses anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Volksbundes Naturkunde. Ansprachen, Lichtbildervortrag des Bundesvorsitzenden: Fünf Jahre Volksbundsarbeit. Gesangsbeiträge.

**2. Sommerausgabe des Reichsfuhrersbuchs für 1927.** Am 1. Juli erscheint die 2. Sommerausgabe des Reichsfuhrersbuchs. Sie enthält außer den berichteten Sommerfahrplänen der deutschen Reichsbahnen die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnen in Belgien, Großbritannien und Irland, Australien, Ostindien, Lettland, Litauen, Finnland, Bessarabien, Italien, Griechenland, Mesopotamien, Palästina, Syrien, Ägypten und der Türkei. Der

Preis beträgt wie bisher 6,50 RM. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, die Bahnhöfe der Deutschen Reichsbahn sowie auch die Sortimentsbuchhandlungen und Reisebüros entgegen. Saldige Bestellung wird empfohlen, weil sonst bei der beschränkten Zahl der Ausgabe auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

**Bischöflichenfürsorge im Bezirk Treprow.** Der Bezirk Treprow unterhält für die schulpflichtigen Bischöflichen in Treprow, Widenbruchstr. 58, Niederhäneweide, Grünauer Str. 1a und Adlershof, Gadenbergstr. 14 Beratungsstellen. Die Sprechstunden finden statt in Treprow Dienstag von 12-2 Uhr, Niederhäneweide Mittwoch von 1-2 Uhr und Adlershof Mittwoch von 9-10 1/2 Uhr. Für die schulpflichtigen Bischöflichen des Bezirks befindet sich die Fürsorgestelle in Niederhäneweide, Grünauer Str. 1a, Sprechstunden finden hier Mittwoch von 9-10 1/2 Uhr statt.



**GLEICH** wir nur den deutschen Markt versorgen, verlassen an jedem Werktag rund 650 000 Packungen mit je 25 Zigaretten unsere Fabriken. Einzeln hintereinander gereiht, würden die Zigaretten in einem Jahre **ACHT** Kugeln von der Grösse unserer Erde umspannen.

Mit diesem Umsatz überragen wir bei weitem jede andere Fabrik unserer Industrie. Die Güte der **HAUS-NEUERBURG**-Marken kann nicht deutlicher bestätigt werden als durch das gleichartige Urteil der vielen Menschen, welche diese Zigaretten rauchen und täglich danach fragen.

*Haus Neuerburg*  
• O • H • G •

**OVERSTOLZ \* RAVENKLAU \* LÖWENBRÜCK \* GÜLDENRING**

# Arbeiter-Sport

## Auf zum Kreisportfest!

Am 25. und 26. Juni im Poststadion.

Mit einem interessanten und umfangreichen Programm haben die Arbeiter-Sportler ihr 13. Kreisfest im Poststadion in der Behrer Straße ausgeführt. Am Sonntag, dem 25. Juni, beginnen bereits nachmittags die Vorkämpfe. Über 500 Turner und Turnerinnen haben sich zu den turnerischen Wettkämpfen gemeldet. Über 800 Teilnehmer vereinigen die leichtathletischen Wettkämpfe, Handball, Fußball, Faustball, Trommelball, Tennis- und Hockeyspiele werden ausgetragen. Einige hundert Schimmer werden im Schwimmbassin des Poststadions die Besten für die Endkämpfe feststellen.

Am 19. Uhr am Sonnabend treten die Fußballer zu einem

### Städtepiel Bremen - Berlin

an. Bremen verfügt über eine sehr spielfertige Mannschaft. Auch die Berliner haben in den letzten Spielen bewiesen, daß sie gute Spieler haben. Es wird ein spannender Kampf werden, dessen Ausgang noch ungewiß ist. Den Höhepunkt der Sonnabendveranstaltung wird das im Anschluß an das Fußballspiel stattfindende Massenfest bilden, das unter Leitung von Erwin Biskator steht. Im Humboldtthain, auf dem Courbièreplatz an der Müllerstraße, am Märchenbrunnen im Friedriehshain und im Kleinen Tierpark in Moabit werden um 18 Uhr die Musikkapellen und Spielmannszüge der Arbeiter-Sportvereine Platzkonzerte veranstalten und die Massen zum Poststadion führen.

Den Auftakt zum Sonntag bilden die

### Festzüge der Arbeiter-Sportler.

deren Ausgangspunkte der Schillerpark Charlottenburg, Am Frie, Königstor und Annenstraße Ecke Alie Jakobstraße sind und die um 11 1/2 Uhr abmarschieren. Musikkapellen und Spielmannszüge werden diese Massenmärsche anführen. Pünktlich um 14 Uhr beginnt das Hauptprogramm im Poststadion. Die größte und modernste Sportstätte Berlins haben die Arbeiter-Sportler für das Kreisfest gewählt: 50 000 Zuschauer finden in dem weiten Rund Platz, gute Sichtmöglichkeit ist auf allen Plätzen. Spannende und interessante Momente werden die Wettkämpfe aller Sportarten zeigen. Die Massenveranstaltungen der Turner und Turnerinnen werden besonders den Charakter des Arbeiter-Sports ausdrücken. Wie groß das Interesse der Berliner Arbeiterschaft an dem Kreisportfest ist, lassen die Meldungen von Privatquartieren für die auswärtigen Teilnehmer erkennen.

### Tausende von Sportlern aus der Provinz

werden teilnehmen und alle werden in Berliner Arbeiterfamilien Unterkunft finden.

In den Tagen vor dem Kreisfest werden die Straßen Berlins schon im Zeichen des 13. Kreisfestes stehen. Arbeiterradfahrer, die „rote Kavallerie“, hat sich in den Dienst des Kreisfestes gestellt und wird durch Propagandafahrer die Aufmerksamkeit auf das Fest lenken. In verschiedenen Plätzen werden am Mittwoch und Donnerstag abends „Die Roten Rufen“ für das Kreisfest werden. Den Eintrittspreis von 50 Pf. kann auch der schwächste Geldbeutel tragen. Am 25. und 26. Juni hat die Berliner Arbeiterschaft ihre Verbundenheit mit dem Arbeiter-Sport zu beweisen. In diesen Tagen heißt die Lösung für jeden Beteiligten: Für den Arbeiter-Sport! Gegen den bürgerlichen Sport! Heraus zum 13. Kreisturn- und Sportfest!

### Die Vereine werden zum Kreisfest.

Anlässlich der Werbewoche des Arbeiter-Sport- und Kulturfortells II Bezirk Tiergarten-Moabit zum 13. Kreisfest brachte der A.R.B. „Solidarität“ auf der Olympiadrennbahn mehrere Rennen zum Austrag. Ein Fliegerrennen, zu dem zahlreiche Meldungen vorlagen, mußte in vier Vorläufen, einem Hoffnungs- und Endlauf ausgefahren werden. Anschließend erfolgte

ein Vorgabefahren über 10 Runden gleich 4000 Meter. Dem Walmann Marien (S. A.) gelang es nicht, die Vorgabe von 375 Metern aufzuheben, er mußte sich mit dem 2. Platz begnügen. Im italienischen Verfolgungsfahren zwischen der 8. Abteilung bildeten je 4 Fahrer eine Mannschaft, von der nach je 2 Bahnrunden der führende Fahrer ausscheiden mußte. Sieger wurde die 8. Abteilung. Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein 50-Kilometer-Mannschaftsfahren nach Sechstagerart. „Über durch Moabit“ hieß das Werbe-Strahengauen und -gehen, mit dem am Sonntagvormittag das Sportfortell Tiergarten seine Sportverbewoche zum Kreisfest eröffnete. Am Start und Ziel am Arminiusplatz waren die Zuschauer recht zahlreich und auch in den durchlaufenden Straßen des Arbeiterviertels wurde der Veranstaltung lebhaftes Interesse entgegengebracht. Mit 31 angetretenen Eisfelmannschaften und 54 Einzelfahrern und Gehern waren über 300 Teilnehmer am Start. S. A. Moabit, Freie Turner-Schaft Groß-Berlin-Wedding und Fichte 4 waren am stärksten vertreten und sicherten sich auch ein gutes Abschneiden in den verschiedenen Wettbewerben. Im Einzelaufen der Männer über 5,5 Kilometer gewann Wapenzy (Schöneweide) unangefochten vor den Moabitern Blankenburg I und Herfurt II. Im Gehen sah man noch länger Zeit wieder ein gutes Feld von 20 Bewerbern am Start, darunter 5 Jugendliche.

In Steglitz begann die Werbewoche mit einem Dauer-Schwimmen „Über durch den 12. Bezirk“, an dem sich 47 Schwimmer beteiligten. Trotz des veränderlichen Wetters hatten sich an allen Brücken und den am Teltowkanal entlangführenden Promenaden zahlreiche Zuschauer eingefunden, die das Schwimmen mit regem Interesse verfolgten. Während des Schwimmens wurde durch Verteilen von Flugblättern auf die Arbeiter-Sportbewegung und durch Mitführen zahlreicher Plakate auf das Kreisfest hingewiesen. Auch die Spielleute des Vereins waren nicht müde und lockten durch ein einstündiges Platzkonzert zahlreiche Zuschauer an. Nach Beendigung des Schwimmens fanden auf dem neuen Lichterfelder Stadion Handball- und Fußballspiele statt.

### Weitere Veranstaltungen.

Das Sport- und Kulturfortell Wedding beginnt seine Werbewoche am Dienstag, 21. Juni, mit einer allgemeinen Demonstration sämtlicher Sport- und Kulturorganisationen in Sportfeldung. Treffpunkt 1/19 Uhr am Oskar-Werke-Weg. Donnerstag, 22. Juni, im Humboldtthain und Schillerpark ab 19 Uhr turnerische, schwerathletische und sonstige sportliche Veranstaltungen. Donnerstag, 22. Juni, Wettkampftage der Arbeiter-Sportler im Poststadion. Freitag, 23. Juni, im Humboldtthain und Schillerpark ab 19 Uhr wie am Mittwoch. Fußball 1/19 Uhr Teutonia-Weg, Christianstraße.

Wettkampftage des Sportfortells Tiergarten. Dienstag, 21. Juni, 18 1/2 Uhr, Fußballspiel, Platz in der Eisenstraße. Donnerstag, 22. Juni, 18 1/2 Uhr, in der Eisenstraße, Amal und Normannenstraße, um 17 Uhr Tennis im Stadion. Wettkampftage der Arbeiter-Sportler durch den Bezirk. Mittwoch, 22. Juni, Verhörungen der Turner und Sportler im Stadion um 18 Uhr. Donnerstag, 23. Juni, 19 Uhr, Verhörungen der Schwimmer in der Bahnanfall am Grachtstr. 19, Schultraining der Leichtathleten und Turner im Stadion Tiergarten. Fußballspiele in der Wagnersstraße, Handballspiele in der Anackstraße. Freitag, 24. Juni, Fußballspiele an den bekannten Stellen.

Während der Werbewoche des Sportfortells Tiergarten findet Dienstag, 21. Juni, von 18-21 Uhr im Kleinen Tiergarten eine große öffentliche Schau- und Demonstration statt. An den Wettkampftagen, Simultanspiele und Probierklausuren, können Gäste teilnehmen. Bei unangenehmem Wetter im Spielplatz Bremer Str. 73-75, ab 21 1/2 Uhr im Spielplatz Tiergarten über „Geheimnisse der Kombination“ und ein Vortragsabend. Mittwoch, 22. Juni, ab 19 Uhr, Siemensstr. 12, Schau-Verabend. — S. C. Siegelstr. 69, Wettkampfabend in Moabit. Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, veranstaltet der Verein im Moabitier Oel-Schichtbau, Biersitz, 24. einen auf bester Scherathletischen Werbestampfabend. Top- und Ringkampf der besten Klasse haben auf dem Programm. Eintritt 50 Pf.

Am 12. Bezirk, Steglitz, findet als nächste Veranstaltung Dienstag, 21. Juni, ein Straßenlauf „Rund um den 12. Bezirk“ statt. Der über eine Strecke von etwa 17 Kilometern führt. Start um 20 Uhr an der Borkstraße in Richtersfelde. Der Lauf geht über Lichterfeld-Weg, Bahnh. Ost, Parkstr., Ebnen, Steglitz, Tahlen wieder zum Start nach der Borkstraße. Am Donnerstag finden auf folgenden Plätzen die Massenverhörungen zum Kreisfest statt: Richtersfelde, Kronenplatz; Parkstr., Dorfstr.; Steglitz, Doppelplatz und Tahlen, Dorfstr.

## Der „Butab“ im eigenen Heim.

### Bootschauseinweihung an der Havel.

In Anwesenheit einer großen Anzahl geladener Gäste konnte am Sonntag der Ruderverein „Butab“ sein neuverbautes Bootshaus einweihen.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wenn es Reider im Arbeiter-Sport gäbe, dürfte der Butab ihrer Aufmerksamkeit sicher sein. So aber wird das schmucke Haus vielen Wassersportvereinen Vorbild und Ansporn zur Nachahmung sein. Auf städtischem Bachland hat sich der noch verhältnismäßig junge Verein, der sich aus Mitgliedern des freigewerkschaftlichen Bundes der Technischen Angestellten und Beamten zusammensetzt, ein schönes Haus erbaut, das in seinen unteren Räumen einer größeren Anzahl Boote Platz bietet und im Obergeschloß die Umkleieräume, Badestuben und Gesellschaftszimmer beherbergt. Ein plaserdeckter Balkon gestattet einen schönen Ueberblick auf den Vorpark, die Steganlage und die Havel.

Der Festredner des Tages, Genosse Günther, konnte in seiner Ansprache all denen danken, die am Gelingen des Wertes mithalfen: dem Bezirksamt Spandau für das Entgegenkommen bei der Grundstückskauf, dem Vereinsmitglied Heß für den Entwurf und die ehrenamtliche Bauleitung, dem Bundesvorstand des Butab für seine weitblickende Förderung des Rudervereins und schließlich den bisherigen „Hauswirten“, den Ruderklub „Vorwärts“ und „Collegia“ für das so lange gewährte Bootshaus. Günther übergab schließlich das prächtig geschmückte Haus den Mitgliedern mit dem Wunsch, daß es nicht nur ein Sammelplatz für die Vereinsangehörigen, vielmehr ein Stützpunkt für den Arbeiter-Sport an der Havel schließlich sein möge. Im Namen des Bezirksamts Spandau sprach dann Stadtrat Genosse Huth seine Begrüßung über den Zuwachs an schönen Wassersportheimen im Bezirk aus; Genosse John von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion belohnte das Bestreben des Butab, auf den westlichen Gewässern die schwarze rote goldene Flagge des Vereins den schwarzweißen roten der Ewig-Gelbigen entgegenzusetzen. Als Vertreter des A.R.-Ortsvereins sah Genosse Rothe den ausstehenden Ruderverein Butab als einen Beweis guter Erziehungsarbeit im gewerkschaftlichen Butab an. In humoristisch gefärbten Glückwünschten bezeichnete schließlich Waschow vom Bundesvorstand Butab den Bund als die Mutter und den Genossen Günther als den Vater des Vereins. Die Glückwünsche der Sparte überbrachte Genosse Schred.

Viele Delegierte der Brudervereine überbrachten Freundschaftsgaben. Dem offiziellen Festakt schloß sich ein geselliges Bei-

sammensein an, bei dem der Gemischte Chor Groß-Berlin mitwirkte. Im neuen Bootshaus aber werden, der Tradition der Mitglieder getreu, neben den sportlichen Bestrebungen gewerkschafts- und genossenschaftlicher Geist eine Stätte finden!

### Sonnenwende der Naturfreunde.

In sternklarer Nacht fand vom Sonnabend zum Sonntag auf dem vereinseigenen Grundstück des Touristvereins „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, am Ledersee, die diesjährige Sonnenwendfeier statt. Das seit Jahren bekannte Ereignis hatte auch diesmal wieder trotz des anfangs ungunstigen Wetters Tausende angezogen, darunter Hunderte von Dorfbewohnern aus der industriereichen Umgebung. Bei frohem Gesangs- und lustigem Treiben vergingen schnell die Stunden. Die zahlreich anwesenden Mitglieder der Naturfreunde-Faithoagruppe vollführten mit ihren von bunten Lampionen erleuchteten Booten einige schöne Reigen auf dem See. Die Feier um Mitternacht selbst nahm einen erhebenden Verlauf. Die frisch und rein klingenden Stimmen des Jungen Chors erschollen durch die Nacht, klar tönten die Rezitationen des Genossen Schwirbschlie. Wichtig war die Feuerrede des Genossen Franz Künstler. Er zeigte die Bedeutung der Sonnenwende in der Natur, in der Geschichte und in unserer Gegenwart auf, die uns das Fest im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Geschehen betrachtet läßt. Hell lobten dann die Flammen des Holzofens in der Nacht empor als Symbol proletarischen Stagesbewußtseins. Ein von Martin Gleisner vorzüglich einstudierter Bewegungstanz der Naturfreunde bot zum Abschluß in feiner Abstraktion Anschauung des Kampfes zwischen Nacht und Licht bis zum Sieg des Lichtes. Darauf folgte das übliche lustige Sonnenwendtreiben. Der Sonntag sah alle beim Baden, bei Gesang, Spielen und Volkstänzen noch froh beieinander.

### Strahengauen des A.R.B. „Solidarität“.

Die Rennfahrerabteilung des A.R.B. „Solidarität“ brachte am letzten Sonntag in Spandau wieder ein größeres Strahengauen zur Abwicklung. Der Weg führte über die 40 Kilometer lange Strecke Spandau-Pausin-Börnlde-Spandau. Rund vierzig Rennfahrer stellten sich dem Starter. Die Streckenverhältnisse liehen viel zu wünschen übrig, zumal durch die starken Regenfälle der Boden sehr durchweicht war. Dennoch wurden recht annehmbare Zeiten herausgefahren. Die Beteiligung des Publikums war recht gut. Besonders Beachtenswertes waren die Rennen von Rahndorf. Beide Fahrer, die in der Spitze lagen, verfielen trotz der guten Streckenbelegung den Weg und kamen so um ihren Erfolg. **Schlusssieger Hauptklasse, Schlankeisen:** 1. Juma (1. Abt.) 1 Std. 11 Sek.; 2. Scholl (Weißener) 1:11.1; 3. Goldweil (Spandau); 4. Bergmann (Weißener); 5. Formann (Charlottenburg); 6. Fahrer gingen geschieden durch Ziel. **Strahengauen:** 1. Rebert (Charlottenburg) 1:12; **Wettkampftage:** 1. Aorras (Spandau) 1 Std. 3 Min.; 2. Wulstreyer; 1. Günther (Charlottenburg) 1 Std. 3 Min.; 2. Wirth (Spandau) 1:05.30; 3. Remold (Weißener); 4. Gulda (Charlottenburg). **Jugendklasse, 2 Kilometer:** 1. Peter (Charlottenburg) 2:16; 2. Joachim (Charlottenburg) 2:18.1; 3. Sport (Charlottenburg) 2:18.2. **Arbeiter-Schlagband, Orchestergesellschaft.** Mittwoch, 22. Juni, von 15-20 Uhr Zeitungsausgabe (Mat- und Juni-Nummer) in der Geschäftsstelle.

Zandahener Str. 21. Donnerstag, 22. Juni, 19 1/2 Uhr, Vorkampfung bei Böder, RD. 18, Ederstr. 42. — Abt. Wedding: Dienstag, 21. Juni, 18 1/2 Uhr, Antreten zur Bezirksportierdemonstration Oskar-Werke-Allee. Sportabend jeden Montag 19 1/2 Uhr bei Jablonki, Kolonnenstr. 115. — Abt. Friedrichshain: Sämtliche Genossen beteiligen sich an den Veranstaltungen des Sportfortells Friedrichshain, die aus der Presse erhältlich sind. Kleidung: Windjacke und blaue Hülse. Sonntag, 27. Juni, Mitgliederversammlung um 19 1/2 Uhr bei Bohan, Friedenstr. 61. Quartiere zum Kreisfest sind sofort zu melden.

### Der Internationale Kongress in Helsingfors.

Am 5., 6. und 8. August tagt in Helsingfors der Internationale Kongress der Luzerner Sportinternationalen mit einer reichhaltigen Tagesordnung. Neben den Berichten über die Lage ist diesmal ein Referat über den Wehrsport zu nennen. Ueber die Beziehungen zur R.S.A. wird Bildung-Berlin sprechen, über die nächste Arbeiter-Olympiade Gellert und Benedig.

**Berliner Ringer in Weißwasser siegreich.** Bei den in Weißwasser stattgefundenen nationalen Wettkämpfen im Ringen gelang es teilnehmenden Mitgliedern des S. C. „Alt-Wedding 83“ Berlin sich trotz ungewohnter Bedingungen ganz erfolgreich durchzusetzen. Schellig a siegte im Jugendringen, Elster belegte ebenfalls im Fliegengewicht den ersten Platz, auch W. Grändarf gelang der Sieg im Mittelgewicht. Im Federgewicht belegte Schlichtenberg und im Leichtgewicht Becker je den dritten Platz.

**Arbeiter-Sportfreunde!** Der älteste Arbeiter-Fußballverein im 4. Bezirk, Prenzlauer Berg, ist der Fußballklub „Nordiska 1913“. Er unterhält neben der Männer-, Jugend- und Jugendabteilung neuerdings auch eine Schülerabteilung. In seinen wöchentlichen Zusammenkünften beschäftigt der Verein seine Schüler mit theoretischen Vorträgen. Um nicht nur gutspielende Fußballer zu erziehen, sondern überhaupt gute Arbeiter-Sportler heranzubilden, legt man auf Ergänzungssport großen Wert. So wird Leichtathletik getrieben, geturnt, geschwommen und gewandert. Die Zusammenkünfte der Schülerabteilung finden statt: Freitags von 18 bis 19 1/2 Uhr in der Fußballkause, Eberswalder Straße 35. Anschließend Zusammenkunft der Männer- und Jugendabteilung.

**Handballturnier in Lützenwalde.** Die Sportabteilung der Lützenwalder Turnerschaft veranstaltet am Sonnabend, dem 2. Juli, ein Handballturnier für Männer-, Frauen- und Jugendmannschaften. Die Spiele beginnen um 5 1/2 resp. 6 Uhr nachmittags auf sämtlichen Feldern des Sportplatzes der Lützenwalder Turnerschaft. Am Sonntag früh 7 Uhr beginnt die Wanderung nach den Dobbrikower Seen, um 4 Uhr nachmittags Rückmarsch nach Lützenwalde, um die Berliner Genossen zu dem Tage 8.15 Uhr zum Bahnhof geleiten zu können. Da die meisten Genossen in Massenquartieren übernachtet müssen, muß sich jeder mit einer Decke versehen. Das genaue Programm zu den Handballspielen erhalten die gemeldeten Vereine nach Abschluß zugesandt. Für jede Mannschaft ist ein Schiedsrichter namentlich zu melden. Meldungen müssen an den Sportleiter Bruno Rühle, Lützenwalde, Grünstraße 5, erfolgen.

### Neufölln-Brick schlägt Sparta mit 3:1.

Das zweite Entschlußspiel um die Berliner Fußballmeisterschaft, das am Sonntag im Neufölln Stadion zum Austrag kam, endete mit einer Uebercalauna. Die Neuföllner Turner konnten gegen Sparta-Lichtenberg, dem glücklichen Besieger des Stadtrichters, mit 3:1 die Oberhand behalten. Genau wie am vorherigen Sonntag legte auch hier nicht der Bessere, sondern der Glücklichere. Von beiden Seiten wurden wenige Mißerleistungen gezeigt. Bis zur Pause kann Neufölln mit dem Wind im Rücken den Führungstreffer erziehen. Nach der Pause übernimmt Sparta zeitweise das Kommando, ohne jedoch abhürbare Erfolge buchen zu können. Neufölln ist dagegen glücklicher. Eine Flanke des Einflankers führt Hehrbrecht zum zweiten Tor ein. Eine Kugelgenauigkeit kann Sparta nicht ausmachen. Dort an der Einflankengrenze wird der Stoß nicht verwandelt. Erst der Mittelstürmer Neufölln verhilft dem Dribbler zum Übertritt. Bei einem Eckball weiß er sich nicht zu helfen. Gut eingegraben, kopft der Mittelstürmer den Ball ins eigene Tor. Ein scharfer Durchbruch der Neuföllner Stürmer führt wegen unklarer Spielregeln zum Elfmeter, der auch nicht verwandelt wird. Durch den Sieg für Neufölln führt der Sieg zu einer Umkehrung, die Sparta jetzt vornimmt, kann am Resultat nicht mehr ändern.

**Kubetzerer Collegia.** Dienstag, 21. Juni, pünktlich 18 1/2 Uhr, im Posthaus wichtige Mitgliederversammlung. Sämtliche Angehörigen und Angehörigen müssen bestimmt erscheinen.

5. Kreis (Friedrichshain). Abt. III. Sportler-Zusammenkunft am Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, bei Fuchs, Lützen Straße (nahe Straßenbahnstation).

### Handballspiele am Sonntag.

Groß-Berlin-Ebden hatte Neufölln 1. Vereinsmannschaft zu Gast. In der 15. Minute kann Neufölln durch den Mittelstürmer in Führung gehen, während Ebden Mittelstürmer kurz vor der Pause den Ausgleich herbeiführen kann. Der Kampf ging hin und her, die Hintermannschaften bekamen viel Arbeit. Am besten setzte sich in der Abwehr die Neuföllner Verteidigung aus. Ein einziger Tor kam Ebden freitend zum Schuß, aber der Halbdrehte war, trotz vieler Zeit, den Ball neben den Pfosten. Der Mittelstürmer von Ebden gab den Ball immer wieder nach vorn und trieb so den Sturm an, aber der Halbdrehte verteilte alle guten Durchbrüche. Eine Minute vor Schluß konnte Neufölln die Verteidigung überwinden und der Mittelstürmer den Sieg herbeiführen.

**Bezirksklub Friedrichshain.** Vorkampfung und Vereinsratung Donnerstag, 23. Juni, 19 Uhr, Übung, Sportplatz Friedrichshain. Arbeitereinteilung für unsere Werbepublikationen.

**Lehrer- und Arbeitervereine, Zentrale Wien.** Abt. Friedrichshain: Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Heim Eberhart, 12, Ledebau. — Abt. Friedrichshain: Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Heim Offenbacher Str. 6, „Eckologie“. Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, ebenda 10-Minuten-Referat. — Abt. Wedding: Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Heim Turner, Ecke Seelstr. 12, Schütte. Sonnabendabend ein und jeht. — Abt. Teplitz: Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Heim Eisenstr. 3, Sehungsgruppe. — Abt. Spandau: Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Heim Eberhart 14, Heimabend. — Abt. Steglitz: Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, im Heim Albrechtstr. 43, Vorträge. — Abt. Prenzlauer Berg: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Pausier Str. 2, Vorträge. — Abt. Reinickendorf: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Ebnen, „Sonnabendabend“. — Abt. Tiergarten: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Vahner Str. 18-19, „Eckologie“ und „Eckologie“ (Mittwochabend). — Abt. Wilmersdorf: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Pausier Str. 10. — Abt. Neufölln: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Eisenstraße 114, Vorkampfung. — Abt. Ebnen: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Vahner Str. 11, Lichtbildvortrag: „Schlichte Schmitz“. — Naturwissenschaftliche Abt.: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Straßburger Str. 23, „Mittag und Erziehung der Pflanze“. — Abt. Wilmersdorf: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Heim Reuterstr. 40, Heimabend.

**Abt. Groß-Berlin-Bezirk.** Am 19. Kreis-Turn- und Sportfest sind festzustellen, soweit dieselben noch nicht bestellt wurden, Freitag, 24. Juni, ab 19 Uhr nach in der Geschäftsstelle, Berlin, Zandahener Str. 21, zu haben. Laut Beschluß des Kreisrates sollen alle Festveranstaltungen mit Festabschieden versehen sein. Wer seine Festabschiede vorher einreicht, entlastet die Organisation. Am Freitag können die bereits delivrierten Abschiede abgeholt werden. Auch für die teilnehmenden Kinder sind die Abschiede zu entnehmen. Verrechnung erfolgt sofort. Der Kreisrat: G. S. 1/2.

Eine ganz besondere Uebercalaung hatte sich die bekannte Kleiderfabrik Baer Sohn A.-G. für ihre Geschäftskunden und Freunde ausgedacht, indem sie bei Einkauf von einer bestimmten Höhe an eine Freifahrt für Benutzung eines von der Firma bestellten Sonderzuges nach Waren in Mecklenburg zur Verfügung stellte. Der mißtrauische Konsument wird argwöhnen, daß das Geschäft die Unkosten auf die Preise schlägt. Das ist wahrscheinlich nicht möglich. Hingegen wird das Geschäft auf andere Weise seine Unkosten herausbekommen. An der Fahrt beteiligten sich nämlich nicht weniger als 600 Personen. Das bedeutet einen ganz bestimmten Umsatz und auf diese Weise, die sich übrigens mit den Geschäftsgrundlagen, den notwendigen Nutzen durch großen Umsatz zu erzielen, deckt, wird die Firma die Unkosten herausbekommen haben. Die Fahrt ging in der Tat am vergangenen Sonntag vor sich und führte 600 Berliner nach Waren, von wo mit zwei Dampfern der größte und mächtigste deutsche Binnensee, der Müritzer See beschaun wurde bei stürmischen Wetter und hohem Wellengang (wegen die Müritzer ist die Müritzer eine Wochenschiff) ein interessantes Erlebnis. Rog dem Unternehmen immerhin eine Kellamalde zugrunde gelegen haben, so kann man es doch eine gute nennen — in Amerika übrigens seit langer Zeit im Schwange —, denn sie kommt dem zeitgemäßen Wunsch nach einem Wochenende entgegen.



# Schankstättengesetz und Reichstag.

## Kein wesentlicher Fortschritt. — Die Sozialdemokratie wird um einschneidende Verbesserungen kämpfen.

Der Reichstag nahm gestern den Gesetzentwurf über den Vergleich zur Anwendung des Konturgesetzes (Vergleichsordnung) in zweiter und dritter Beratung ohne Aussprache gegen die Stimmen der Kommunisten an. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Schankestättengesetzes.

### Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

erinnert daran, daß sich der Reichstag schon wiederholt mit dieser Materie befaßt hat, zu entscheidenden Aktionen darüber ist es jedoch bisher nicht gekommen. Der Alkoholmißbrauch zerstört nicht nur die Gesundheit des einzelnen, wie die Volksgesundheit, jedoch muß sich der Staat auch über die Grenzen klar sein, die ihm bei der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs gegeben sind. Die Alkoholfrage wird nicht allein in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern lebhaft erörtert. Einige Staaten sind zum völligen Alkoholverbot gekommen, das lehne die deutsche Regierung ab, eine Trostregelung Deutschlands sei von ihr nicht beabsichtigt. Auch die Einführung des Gemeindebestimmungsrecht sei von ihr nicht beabsichtigt. Aber daraus solle man nicht schließen, daß es der Regierung mit der Bekämpfung des Alkoholismus nicht ernst sei. Sie glaube, das Ziel besser zu erreichen durch eine Neuregelung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen über den Ausschank und Verkauf von alkoholischen Getränken. Den Landesbehörden solle die Möglichkeit gegeben werden, das weitere Entstehen von Schankestätten zu verhindern. Insbesondere soll für den Schutz der Jugend vor den Gefahren des Alkohols gesorgt werden, der Entwurf sieht deshalb vor, daß auch das Jugendamt vor Erteilung einer Erlaubnis gehört werden könne. Im übrigen solle das Gesetz nicht nur den Alkoholismus bekämpfen, sondern auch dafür sorgen, daß die Grundlagen eines gesunden Gastwirtsstands erhalten bleiben.

### Abg. Frau Schulz-Westf. (Soz.)

erklärt, daß kaum ein Entwurf die sozialdemokratische Fraktion so enttäuscht habe wie der vorliegende. Darin sind aber auch mit uns sehr viele Kreise der Bevölkerung einig, besonders die Frauen und die Jugend. Diese Vorlage ist weit schlechter als der Gesetzentwurf, der dem Reichstag im Jahre 1923 zugegangen, damals aber nicht erledigt worden ist. Er enthält nicht das Gemeindebestimmungsrecht, der Bevölkerung soll nicht das Recht zugestanden werden, selbst darüber zu bestimmen, ob neue Schankestätten errichtet werden sollen oder nicht. Der Minister hat am Schluß seiner Rede gesagt, daß durch dieses Gesetz die Grundlage eines gesunden Gastwirtsstands erhalten bleiben soll. Wir machen doch über keine Gesetze, die nur für ganz wenige Kreise des deutschen Volkes bestimmt sind, sondern wir wollen Gesetze schaffen, die der breiten Masse der Bevölkerung nützen. Es ist falsch, wenn immer gesagt wird, daß der Alkoholgenuß gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen sei. Ein gewisser Rückgang zeigt sich allerdings, aber wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre ansehen, so finden wir, daß der Verbrauch an alkoholischen Getränken wieder außerordentlich zunimmt. Das dieser Alkoholfahrt noch sehr geringe Beachtung geschenkt wird, ist unverantwortlich. Man braucht sich aber nicht darüber zu wundern, wenn sogar die Väterlichkeit unter der Hand auf der Gefahr mit der großen Bedauer prämiiert werden ist. (Hört! hört!) Was hat denn eine Ausstellung für Gesundheitspflege mit der Schnapsfabrikation zu tun? Wie groß die Alkoholfahrt ist, sieht man deutlich an dem rapiden Anwachsen der Alkoholkranken in den Anstalten- und Irrenhäusern. Wenn gesagt wird, daß die Trinkerfürsorge nicht die gleiche Zunahme zeige, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß der Alkoholmißbrauch nachgelassen habe, sondern vielmehr auf die aufwendende Arbeit, die in den Arbeiterfreizeiten geleistet wird und auch auf die Verbesserungen in der Fürsorge. Die Zahlen in den Trinkerheilstätten wären noch weit größer, wenn nicht viele Frauen sich bis zum äußersten dagegen sträuben würden, diese Einrichtung in Anspruch zu nehmen. Wir erwarten allerdings, daß ein großer Erfolg in der Bekämpfung des Alkoholismus von der außerordentlichen Selbstdisziplin ausgehen wird, die die Jugendorganisationen in Rede und Tat zeigen. Aber gerade, weil wir der Jugend helfen wollen, müssen wir in diesem Gesetz die notwendigen Voraussetzungen für den Kampf gegen den Alkoholismus schaffen. Kann man sich denn hier vorstellen, welches ungeheure Elend, welche Not und Verzweiflung in solchen Familien herrschen, wo der Vater nicht mehr von der Flasche los kann? Was muß erst eine Frau tragen, bevor sie an die Selbsttötung geht!

Was nützt es, wenn wir uns beim Luftbarkeitsgesetz über die Gefahren unterhalten, die der Jugend drohen, wenn hier mit drohenden Worten gegen die Verderber der Jugend geredet wird, aber nichts geschieht, um die Jugend gegen Verführung zu bewahren. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir lesen tagtäglich von den Autounfällen, die infolge Trunkenheit der Chauffeure passieren. In dem Gesetz müssen Bestimmungen geschaffen werden, daß Alkohol in derartigen Berufen nicht genossen werden darf. Außerordentlich schädlich wirkt die willkürliche Anordnung der Polizeistunden. Die in der letzten Zeit vorgenommene Verlängerung der Polizeistunde, besonders in Berlin, war völlig überflüssig. Die Kreise, die angespannt arbeiten, können gar nicht in der Nacht in solche Lokale gehen und auf Schlemmer sollten wir doch wirklich keine Rücksicht nehmen. Und wenn man für solche Leute, die nach spät abends von der Reise kommen, die Möglichkeit des Eintrittens schaffen wollte, so hätte sich wohl ein Ausweg finden lassen, ohne daß man die Polizeistunde soweit verlängert. Das bedauerlichste dabei ist, daß mit der Verlängerung der Polizeistunde die außerordentlich lange Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Personen verbunden ist, die während der Nacht eine Tätigkeit ausüben müssen, die nicht menschenwürdig ist. Die Rednerin erklärt zum Schluß ihrer Ausführungen, daß die Sozialdemokratie im Ausschuss an einer wesentlichen Verbesserung der Vorlage arbeiten wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Philipp-Baden (Z.) führt aus, in der Theorie bestehe zwar volle Einigkeit über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Alkoholmißbrauch, aber in der Praxis sei doch bei den Frauen in dieser Frage weit mehr Energie vorhanden als bei den Männern. Die Gefahren des Alkoholismus für die Jugend könnten gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Im Interesse des anständigen Wirtschaftsgewerbes selbst sei eine strenge Prüfung des Bedürfnisses notwendig. In dem vorliegenden Entwurf sei die Bestimmung des § 8, daß bei einem vorübergehenden Bedürfnis der Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft vorübergehend auf Widerwillig gestattet werden kann. Erfreulich sei die Bestimmung im § 19, daß bei der Entscheidung über die Erlaubniserteilung auch gemeinnützige Vereine mitwirken sollen. Vor allem sollte man dazu die Vereine gegen den Alkoholmißbrauch heranziehen. Die Vorlage erfülle zwar nicht alle Wünsche der Frauen, aber sie bringe doch wesentliche Fortschritte im Kampf gegen den Alkoholmißbrauch.

Abg. Kollath (Wirkl. Bgg.) behauptet, daß seit der Trostregelung in Amerika die Verhaftungen wegen Trunkenheit wesentlich gestiegen seien. Bei richtiger Anwendung des § 33 der Gewerbe-

ordnung seien jetzt schon die Bedingungen für die Schankeraubnis streng genug.

### Das vorliegende Gesetz sei ein Anbelungs-gesetz schlimmster Art.

Es wende sich gerade gegen das alte eingefessene Gastwirts-gewerbe. Die Wirkung wäre das schnelle Verschwinden der mittleren und kleinen Betriebe und die schrankenlose Ausbreitung des Großkapitals im Gastwirts-gewerbe. Wegen der alkoholischen Ausschreitungen einer Minderheit dürfe man doch nicht der großen Mehrheit des Volkes die Freiheit beschränken. Die in der Vorlage gegen das Gastwirts-gewerbe gerichteten Sonderbestimmungen bedeuten eine Aufhebung der Gewerbefreiheit und damit eine Verfassungsänderung, die nur mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Die Strafbestimmungen gegen die Gastwirte stellen diese achtbare Gewerbe unter ein Ausnahmeregime.

Abg. Frau Arendsee (Komm.): Den Parteien des Reichstags sei es gar nicht ersthoft um die Bekämpfung des Alkoholismus zu tun. Der vorliegende Gesetzentwurf ändere nicht viel an den bestehenden Zuständen. Er enthält nur kleinliche Bestimmungen gegen das Gastwirts-gewerbe, weil man eine wirkliche Bekämpfung des Alkoholismus gar nicht will. Der Alkoholmißbrauch sei ein Zeichen der modernen Kultur, die so viel Elend im Volke schaffe. Wir sind von Anfang an für das Gemeindebestimmungsrecht eingetreten, weil es ein gutes Mittel der Propaganda gegen die Alkoholfahrt ist.

Abg. Sparrer (Dem.) erklärt, daß die Demokraten bei der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs mitarbeiten wollten, aber bei der Auslegung des Begriffs „Bedürfnisse“ könne bei der Konzessionserteilung viel Mißbrauch getrieben werden. Im Gegensatz zu den Auffassungen des Reichsrats müsse dafür gesorgt werden, daß für die Bedürfnisfrage einheitliche Richtlinien für das Reich aufgestellt werden müßten.

Abg. Schirmer-Franken (Bayr. Sp.) ist zwar für den Schutz der Jugend und für die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs äußert er doch Bedenken. Es dürfe den Ländern nicht die Möglichkeit gegeben werden, etwa das weibliche Bedienungspersonal ganz zu verbieten. Wir in Bayern, so erklärte der Redner, werden das nicht tun, denn wir haben unsere weibliche Bedienung sehr gern. (Heiterkeit.)

### Das Gemeindebestimmungsrecht lehnen wir ab. Wie in Bayern lassen uns unser gutes Bier nicht nehmen. (Heiterkeit.)

Abg. Rippel (Dnat.) bezeichnet den Entwurf als eine geeignete Grundlage für die Verbesserung des Schankkonzessionswesens. Das Gemeindebestimmungsrecht sei durch die parteipolitische Agitation diskreditiert worden.

Abg. Biles (D. Sp.) wendet sich gegen die Hebertreibungen des Abg. Kollath. Seine Fraktion begrüße den Gesetzentwurf. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Sozialdemokratie beantragt durch den Abg. Henke den Gesetzentwurf dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss zu überweisen, die Regierungsparteien, mit Ausnahme einer Minderheit aus ihren Reihen, wollen ihn dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss zugehen lassen. Das Ergebnis der Abstimmung ist zuerst zweifelhaft. Bei der Auszählung stimmen 159 Abgeordnete für die Ueberweisung an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss und nur 118 zu dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss.

Um 6 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag 15 Uhr. Erste Lesung der Strafgesetznovelle.

## Sommertagung des Landtags.

### Der Arbeitsplan. — Kleine Vorlagen in der ersten Sitzung.

Der Verleser des Landtags beriet am Montag vor Wiederaufnahme der Plenarverhandlungen den Arbeitsplan für die weiteren Sitzungen. Am Dienstag will man die zweite Beratung der Großhamburg-Gesetze fortsetzen. Für die dritte Beratung ist der 28. Juni in Aussicht genommen worden. Am Dienstag soll sodann die zweite Beratung der neuen Landgemeindevorordnung beginnen. Am Donnerstag steht der neue Entwurf über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Staates in eine Aktiengesellschaft zur ersten Beratung. Außerdem sollen bis Ende der Woche eine Reihe kleinerer Entwürfe in die Ausschussberatung geschickt werden, soweit die Vorlagen fertig vorliegen. Für Donnerstag steht die zweite Beratung der Vorlage über das Oberlandesgericht Braunschweig sowie über das neue Polizeibeamtengesetz an. Außerdem soll eine Reihe von Anträgen erledigt werden. Der Sonnabend der laufenden Woche und der darauf folgende Sonntag sollen sittingsfrei bleiben, damit der Hauptauschuss eingehend die neue Elektrizitätsgesetze vorbereiten kann. Am Freitag will der Verleser über die weiteren Dispositionen berichten. Das Polizeibeamtengesetz soll nach der Vertagung erledigt werden.

Der Landtag trat am Montag nach vierwöchiger Pause wieder zusammen. Vor Eintritt in die nicht sehr umfangreiche Tagesordnung wurden zunächst auf Antrag des Verlesers die über die Sturmkatastrophe in Ostpreußen gestellten Anträge ohne Besprechung dem Hauptauschuss überwiesen.

Der erste Punkt der Tagesordnung, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits, wird abgelehnt, da die Vorlage darüber dem Hause noch nicht zugegangen ist. Abgelehnt wird auch die Besprechung über den mündlichen Bericht des bevölkerungspolitischen Ausschusses über den sozialen Ausbau der Wirtschaft und Berufsfürsorge.

Es folgen die zweite und dritte Beratung des Antrages auf Annahme eines „Riesengesetzes“. Berichterstatter Abg. Verten (Soz.) schildert die Zustände an der Riers, eines linksrheinischen Flusses, der durch die Abwässer der chemischen Industrie seit langem verunreinigt wird.

Das Gesetz wird nach einer Rede des Abg. Fladung (Komm.) nach der Vorlage angenommen.

Hierauf wurde die Vorlage über die Verlängerung des Hilfsrichtergesetzes in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, daß diese Hilfsrichter — es handelt sich in der Hauptsache um überalterte Richter, die wieder zum Richterdienst einberufen wurden — nicht in Strafgeschäften verwendet werden sollen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt.

Die Beratung wandte sich dann den drei Gesetzentwürfen über Groß-Itzoe zu, dem Gesetz der Neuordnung der kommunalen Grenzen im preussischen Interessengebiet, dem Gesetz über den Ausbau des preussischen Hafengebiets an der Unterelbe und dem Sonderfinanzausgleich zugunsten der Rathbargemeinden Hamburgs.

Nachdem die Berichterstatter gesprochen hatten, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat, Berlin S 21 64, Lindenstraße 2, 1. Hof, 1. Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Kreuzberg. Die Adressen der Genossen, welche sich am Sonntag dem Arbeiter-Samaritaner-Bund zur Verfügung stellen, sind von den Abteilungsleitern sofort an den Genossen Hagemann, Eintracht, S. Ostf. 1, einzuliefern.
2. Kreis Charlottenburg. Die Abteilungen werden erbeten, die Karten vom Waldstr. heute Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker 4, abzugeben.
3. Arbeiter-Vereinigung. Die Beschäftigung der Anstalt Eintracht findet am Donnerstag, 23. Juni, nachmittags statt. Die Teilnehmer treffen sich 19 1/2 Uhr vor dem Bahnhof Köpenicker-Friedrichshagen. Es wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

### Heute, Dienstag, 21. Juni:

12. Wkt. Pankow. 19 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Krüger, Poststr. 10. Kommandant darf fehlen. — (Antrag) Sonntag, 26. Juni, müssen alle Parteimitglieder abends beim Genossen Dreyer, Wilhelmshagen Str. 29, alles Material mitzubringen.
13. Wkt. Trigg-Budow. Alle Genossinnen und Genossen befragen die öffentliche Protestversammlung gegen das Wusthofprojekt im „Garten“ in der Großrieding Str. Köpenick 19 1/2 Uhr. Wir müssen zur Stelle sein, da sehr viel gerade für die Arbeiterbevölkerung auf dem Spiele steht.

### Mitgliederversammlungen und Jahlabende am Mittwoch:

Alle Versammlungen sind wichtig und müssen von den Genossinnen und Genossen besucht werden. — Vorwärtsleser und Sympathisierende sind freundlichst eingeladen. Beginn der Versammlungen 19 1/2 Uhr.

1. Wkt. Jahlabende in den bekannten Lokalen. Bei Tobeschow, Schweinmühl Str. 11, Sonntag des Genossen Gumbert, M. 5. 2.
2. Wkt. Jahlabende. 19 1/2 Uhr, Sonntag, 11. Sonntag: „Aus den Erinnerungen eines alten Sozialisten.“ Referent Dr. Max Schürle. Tamm, Schlegel, Straße 9, Sonntag: „Das Agrarprogramm der Partei.“ Referent August Riemann. Betrau, Schwarzschilder Str. 1. Sonntag, Vesperstr. 13. Kubt, Strecker Str. 33.
3. Wkt. Nationalrat, Bülowstr. 37, Sonntag: „Die Forderung der Arbeiter, zu stellen und Beamten.“ Referent Dr. Fr. Schönberr.
4. Wkt. Diskutier- und Jahlabende bei Haber, Erdmannstr. 11, Sonntag: „Das Erwerbslosenversicherungsgesetz.“ Referent Bernhard Göring. Die Frauen sind besonders eingeladen. Die Parteimitglieder werden herzlichst an der Hand genommen. Referent Dr. Karl Wierzbowski.
5. Wkt. Reichlicher Bierhallen, Kirchstr. 13, Sonntag: „Die Bilanz des Bürgerbluts.“ Referent Dr. Karl Wierzbowski.
6. Wkt. Decker, Vesperstr. 11, Sonntag: „Die chinesische Revolution.“ Referent Dr. Wolf Dohse.
7. Wkt. Die Mitgliederversammlung fällt aus. Taktik am 13. Juli bei Schmitt, Himmelsploh 7, Freitags-Abend.
8. Wkt. Siedler, Lindenauer Str. 26, Sonntag: „Deutschland, das Land der Rastlose.“ Referent Dr. Friedrich Dornack.
9. Wkt. Wende, Rosenstr. 147, Sonntag: „Sozialversicherung.“ Referent Dr. Julius Wolf, M. 5. 2.
10. Wkt. Scherzhaus, Waisenpflanzstr. 14/16, Sonntag: „Die Bekämpfung des Trivialisations durch eigene Unternehmungen der Arbeiterklasse.“ Referent Genosse Joffardt.
11. Wkt. Scholz, Schumannstr. 1, gemeinsamer Jahlabend. Vortrag: „Sozialdemokratie und Staat.“ Referent Robert Fendel. Achtung! Die Parteimitglieder finden sich pünktlich 19 Uhr ebenfalls ein zu einer kurzen wichtigen Besprechung.
12. Wkt. Jahlabende. Köpenick, Dönnitzstr. 37, Sonntag: „Der internationale Kampf der Sozialdemokratie.“ Referent Genosse Loh. Tische, Parkstraße 9, Sonntag des Genossen Reinhold, Kommandant, Gebr. 104, Sonntag: „Wohnungsbau.“ Referent Stadtratskandidat Bruno Krause. Grundpfeiler, Kameruner Str. 19.
13. Wkt. Alterheim, Töpfer Str. 21, Sonntag: „Kulturpolitik.“ Referent Dr. Kurt Bönenheim, M. 5. 2.
14. Wkt. Kleiner Saal des Sozialen Friedrichshagen, Am Friedrichshagen, Sonntag: „Politische Tagesfragen.“ Referent Maria Böhm-Schuch, M. 5. 2.
15. Wkt. Wälder, Schwedter Str. 23, Sonntag: „Das Konföderat.“ Referent Wilhelm Reichert.
16. Wkt. Jahlabende. Bezirk 7, 7, 7, 7: Klaus, Fernhauer Wkt 51, Poststr. 74, 80, 81, 82: Altona, Töpfer Str. 11. Bezirk 108, 104, 112, 113: Richter, Schleiermann Str. 19. Bezirk 108, 109, 110, 111: Riehe, Tümpelstraße 15. Bezirk 105, 107, 114, 115, 116: Polster, Kamerunerstraße 43. Genossin Straße. Die Parteimitglieder werden einladen.
17. Wkt. Die Mitgliederversammlung muß wegen Lokalverhältnisse auf Mittwoch, 23. Juni, verschoben werden.
18. Wkt. Schulhaus, Samaritaner Str. 20, Sonntag: „Sozialversicherung.“ Referent Rudolf Richter.
19. Wkt. Schulhaus, Straßmannstr. 6, Sonntag: „Die chinesische Revolution im Rahmen der Weltpolitik.“ Referent Felix Fendelbach.
20. Wkt. Behnhöfer Brauerei, Landwehrweg 14/15, gemeinsamer Jahlabend. Vortrag: „Die Genossenschaftsbewegung.“ Referent Genosse Giermer.
21. Wkt. Schmitt, Tümpelstr. 16, Sonntag: „Der Sozialismus in der Familie.“ Referent Irma Fendelbach.
22. Wkt. In der Juristischen Sprechstunde Vortrag des Genossen Ernst Huber: 1. Die Stellung des Rier Parteitagess aus Strafgesetznovelle. 2. Die Forderung in der Wahlrechtskommission. Alle hierbei tätigen Parteigenossen sollen am Freitag, 2. Juni, Abrechnung mit dem Kassierer. — Um 18 1/2 Uhr pünktlich ebenfalls Funktionärversammlung.
23. Wkt. Jahlabende. Reum, Wlaner, Ecke Fürwalddorfer, Bierabstr. 1. Sonntag, 19 1/2 Uhr, Wälderstr. 36; Bogler, Mittenwälder Str. 10; Gerhart, Wilhelm-Alexis-Str. 5; Dohse, Bergmannstr. 69.
24. Wkt. Rede, Richter Str. 9, Sonntag: „Reichweite, Schutzpolizei und Sozialdemokratie.“ Referent Polizeioberst a. D. Dr. Hermann Schilling.
25. Wkt. Die Abteilungsverammlung fällt aus.
26. Wkt. Tümpelstr. 16, Sonntag: „Bericht vom Parteitag in Kiel. Diskussion. Verschiedenes.“
27. Wkt. Trigg-Budow. 19 1/2 Uhr, Sonntag, Köpenicker-Friedrichshagen Str. 6, Sonntag: „Die Überwindung der Not.“ Referent Dr. Paul Dreyer, M. 5. 2.
28. Wkt. Lokal Brau, Kaiserin-Augusta-Allee, Ecke Reudnitzstraße, Sonntag: „Das rote Wien.“ Referent Otto Weiser, M. 5. 2.
29. Wkt. 19 1/2 Uhr pünktlich wichtige Funktionärversammlung bei Föhn, Schölerstr. 4. Die Besprechung sämtlicher Funktionäre unbedingt erforderlich. — 30. Wkt. Die Abteilungsverammlung fällt umständlicher aus. — 31. Wkt. Schmach, Wälderstr. 4, Sonntag: „Die Kommunalpolitik der Sozialdemokratie.“ Referent Bürgermeister Dr. Ottowill.
32. Wkt. Trigg-Budow. Gesellschaftsabend des Friedenauer Rathauses. Am Lauterbach, Sonntag: „Die politische Lage.“ Referent Robert Fendel.
33. Wkt. Lichterode, Schule, Roonstr. 2, Sonntag: „Politische Streitfragen.“ Referent Dr. Alfred Freund.
34. Wkt. Wälder, Tümpelstr. 16, Sonntag: „Bericht vom Parteitag in Kiel. Berichterstatter Hermann Dornack, M. 5. 2.“
35. Wkt. Reichshagen-Str. 10, Sonntag: „Bericht vom Parteitag in Kiel. Berichterstatter Karl Dohse. Abteilungsangelegenheiten. Verschiedenes.“
36. Wkt. Legel, Lokal Otto Schabe, Berliner Str. 17, Ecke Reihstraße, Bericht vom Parteitag in Kiel. Berichterstatter Alfred Henke, M. 5. 2. Verschiedenes.

31. Wkt. Reudnitz. Öffentliche Werberversammlung am Donnerstag, 23. Juni, 19 1/2 Uhr, im Restaurant Bergschloß, Rathbargartenstr. 6-11. Vortrag: „Soll die Arbeiterklasse weiter vorwärts?“ Referent Siegfried Wälderstr. M. 5. 2. Diskussion. Männer und Frauen, erscheint in Massenform für ein volles Haus.

### Frauenveranstaltungen:

36. Wkt. Tempelhof. Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, Restaurant „Zur Einde“, Weiden, Ecke Friedrich-Rathbarg-Strasse, Vortrag: „Rauhe“ 1. Teil. Vortragender Genosse Kromm. Erscheinen sämtlicher Genossinnen unbedingt erforderlich. Galle willkommen.
37. Wkt. Wälderstr. 16. Mittwoch, 22. Juni, bei Rindorf, Chausseest. 19, Vortrag: „Aberpfähle und Anmachsel.“ Referent Genossin Albrecht.
38. Wkt. Wälderstr. 16. Donnerstag, 23. Juni, Ausflug. Abfahrt 13 Uhr Bräutigamstraße bei Dünkel. Wir fahren mit der Straßenbahn die Endstation Friedrichshagen, Wasserwerk, und geben dann durch den Wald am Müggelsee entlang die Freiheit Müggelsee. Dann zum Spiel und Spaziergang in den Wald bei Rahnsdorf. Kaffeestunden im Freizeid. Galle können mitgebracht werden. Bei Regenwetter fällt der Ausflug aus.

Rindererunde Gosh-Berlin. Mittwoch, 22. Juni, 19 1/2 Uhr. Sitzung aller nach Kiel lebenden Helfer in der Geschäftsstelle. Die Kreisleiter werden gebeten, die Namen und Adressen aller mit rotem Kreuz versehenen Helfer der Geschäftsstelle zu melden. Ebenso diejenigen, die die Führerausweise der Gosh-Berlin haben. Die Sprechstunde fällt am Freitag aus.

### Jungsozialisten:

Gruppe Lichterberg. Heute, Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Sonnenbeim Parkstr. 7-10. Vortrag: „Sozialismus und proletarische Weltanschauung.“ — Redebericht: Der für den 25. und 26. Juni geplante Wochenablauf muß umständlicher ausfallen. Näheres auf der Gruppenkonferenz.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

3. Wkt. Am Freitag, 17. Juni, verstarb im Städtischen Krankenhaus am Friedrichshagen unser langjähriger Genosse **Paul Dreyer** im Alter von 53 Jahren. Wir werden sein Andenken bei in Geden halten. Einlieferung am Mittwoch, 22. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße. Die Beerdigung am nächsten Sonntag, 23. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße. Die Beerdigung am nächsten Sonntag, 23. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße. Die Beerdigung am nächsten Sonntag, 23. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße.



## Terranova di Sicilia.

Ein Abenteuer aus der Inflationszeit.

Von Frederik Poulsen (übersetzt von D. Luchnath).

Auf der Eisenbahnfahrt durch Süditalien hatte ich ein wenig gehungert und während der langen Tagesfahrt durch Sizilien fühlte ich von neuem Hunger. Bereits eine Stunde nach der Abfahrt von Palermo trafen wir auf das erste Eisenbahnbüfett. In großer Gemütsruhe hatte ich zugehört, wie die Reisenden dort auftraten. Ich selbst war noch nicht hungrig gewesen, aber mit steigendem Schrecken entsetzte ich im Laufe des Tages, daß es keine andere Gelegenheit zur Verproviantierung gab. Gegen Abend hielten wir sehr lange mitten auf der Bahnstrecke und die Passagiere benutzten den Aufenthalt, auszusteigen um ein Erbsenfeld zu plündern. Ein Sizilianer in meinem Abteil kam zurück, alle Hände und Taschen voll und bot auch mir eine Handvoll Erbsen an. Das blieb die einzige Mahlzeit des Tages.

Wir kamen ins Gespräch. Der Sizilianer war ein kräftiger Mann mit gesunder Gesichtsfarbe und massivem Unterkiefer, der sowohl auf Energie wie auf Brutalität hindeuten konnte. Er war mit einem andern Mann zusammen, mit dem er eine ausgeprägte Familienähnlichkeit hatte, nur war der andere weicher im Ausdruck. Ich verriet, daß mein Reiseziel Terranova an der Südküste Siziliens war. Sie erzählten beide vor lokalpatriotischer Freude und stellten sich als Bettlern vor, Giacomo und Jacopo Ventura, Bürger von Terranova und Großexporteure in Stangen, die sie hauptsächlich nach Malta landeten. Das Gespräch wurde lebhaft und ich fragte so nebenher, ob es in Terranova Privatmessen gäbe.

„Wollen Sie vielleicht kaufen, Signore?“  
Ich antwortete weder ja noch nein und bat sie jedenfalls, mich nicht als Käufer vorzustellen, nur als Kunstinteressent. Sie gelobten es. Sie waren sehr interessiert und erboten sich, mir die wichtigsten Privatmessen der Stadt zu zeigen.

„Haben die Herren Zeit?“ fragte ich.  
Natürlich hatten sie Zeit, und es war ihnen eine Freude, einem Fremden Gastfreundschaft zu erweisen. Das Gespräch glitt über die Politik zur Landwirtschaft, zu den elenden Ernteaussichten durch den Streit in Norditalien und die Dürre hier in Sizilien, die die Kornfelder geradezu abgeerntet hatte. Sie waren verständliche Patrioten und wir schieden aus der Station als die besten Freunde.

Ein zerlumpter Junge trug meinen Handkoffer und trabelte zum Kutscher auf den Hof. Dann jagten wir den Berg hinauf zu dem elenden Hotel der kleinen, schmuggigen Stadt, Alvergo Trinacria, wo ich den Hauptraum mietete: il salotto für 6 Lire pro Nacht. Ich hatte kein Kleingeld und gab daher dem Jungen nach Subhüten ein Vira für das Heraustragen des Koffers. Er nahm den Schein und gurgelte, als ob ihn jemand an der Kehle gepackt hätte. Dann legte er sich und fragte mit schweißbedeckter Stirn:

„Wann reisen Sie wieder, Signore? Oh, lassen Sie mich immer Ihren Koffer tragen!“

Als ich später auf die Straße hinunterging, war er belagert von einem Dutzend schmuggiger Jungen, deren Augen sich alle mit strahlendem Ausdruck auf mich richteten. Es tat mir nur leid, daß ich mich selbst nicht mit den Augen dieser Ragazzi sehen konnte. Besonders anhaltend starrten sie auf einen Delfter auf meinen Hofen. Ob der wohl von den Goldhauern stammte, in denen ich täglich watschelte?

Das Restaurant, das zu dem schmuggigen Hotel gehörte, war eine Blattrasse hinter einem Höfchen. Es war grabeshungrig da oben und ich rief sofort nach Licht und Eisen. Der Koch kam herbei und versprach mir Makkaroni mit Erbsen, aber Licht konnte ich nicht vor halbneuem Bekommen, denn vorher lieferte das Elektrizitätswerk keinen Strom.

Ich speiste meine Spaghetti con piselli im Dunkeln, aber zum Tisch verlangte ich mühsam Licht. Ein kleines Mädchen wurde ausgesandt, eine Talgkerze herbeizuschaffen, kam jedoch unverrichteter Sache zurück.

Ein junger Mann jagte davon zum Elektrizitätswerk, und siehe da, kurz darauf, eine Viertelstunde vor der Zeit, strahlten die Lampen zu meiner Ehre.

Jetzt, als es hell wurde, sah ich eine größere Gesellschaft um meinen Tisch stehen, außer dem Oberkellner zwei junge Vaple aus der Stadt mit dem Hut im Raden, einen Kutscher, zwei nette Damen und das kleine Mädchen, das die Talgkerze nicht hatte herbeischaffen können. Sofort begann der Oberkellner ein Kreuzverhör, und obwohl ich mir einbildete, in verständlichem Italienisch zu antworten, verstand er jede Antwort mit kräftiger, rollender Stimme den andern.

„Dieser Herr ist Albanele (Donese mißverstanden) und aus einem Land, das noch weiter nördlich liegt als die Lombardei!“

„Dieser Herr hat nie zuvor Makkaroni mit Erbsen gegessen.“

„Dieser Herr will am Abend nicht unser Theater besuchen, da er sich nicht für Schauspielerei interessiert.“

„Dieser Herr glaubt an Italiens Zukunft, aber er findet, daß die Heinsichtigkeit großer sein könnte.“

Soweit waren wir gekommen, als der Hotelwirt sich einfiand und alles hinwegjagte, außer dem kleinen Mädchen, das mir keine Kerze hatte beschaffen können und deshalb ein Recht zu haben schien, dazubleiben.

Der Wirt setzte sich zu mir und berichtete mit geheimnisvoller Stimme von heimlichen Ausgrabungen und wertvollen Altertümern, wenn ich mich nur seiner Obhut anvertrauen wollte. Ich lächelte und dachte an meine beiden zuverlässigen Vertrauensmänner.

Die Nacht im Salotto war ensüßlich und meine Handgelekte trugen noch lange ihre Erinnerungszeichen. Aber am nächsten Morgen nahm ich mich zusammen und trat mit Giacomo Ventura und seinem Bettler die Wanderung an.

In den ersten beiden Häusern kauften wir nichts, im dritten dagegen drei Bafen nach einhohem Feilschen und Vermitteln Giacomo Venturas, der mit Schweisperlen auf der Stirn daran arbeitete, daß der Handel in Ordnung kam.

Es wurde mir klar, daß die beiden Gastfreunde Projekte am Verkauf hatten. Das enttäuschte mich ein wenig, aber wenn ich die Sachen zu dem Preis bekam, den ich ansetzen wollte, so konnte es mir ja gleichgültig sein, wieweile die Beute teilten.

Aber beim Frühstück glitten die beiden „Großexporteure“, die ich als Gleichgestellte behandelt und mit „Lei“ angeredet hatte, auf eine tiefere Ebene, zur Anredeform „Voi“, herab. Und nach dem Frühstück verlangte ich zum dänischen Konsul geführt zu werden, an den ich eine kräftige Empfehlung vom Generalkonsul in Palermo hatte. Giacomo begleitete mich.

Der Konsul Marchese da Mellia wohnte in einem kleinen alten Palazzo auf der Hauptstraße der Stadt, und wir wurden in einen hübschen Salon mit Möbeln aus dem 18. Jahrhundert geführt. Kurz darauf kam ein Mann heraus, etwa ein halbes Jahrhundert alt und stellte sich als den Sohn vor, Chevalerie da Mellia, bedauerte, daß der Vater krank und bettlägerig sei, bat mich jedoch mit vielen anmutigen Worten, ihn als Repräsentanten meines Landes zu betrachten. Er wollte alles, einfach alles für mich tun. Aber im übrigen wäre das ja nicht notwendig — hier legte er den Arm um Giacomo Venturas Raden —, denn ich hätte ja bereits den zuverlässigsten Führer, den ich mir in Terranova wünschen konnte, gefunden. Giacomo war sein Freund.

Ich sah ein, daß mein Mißtrauen unbegründet gewesen war und für den Rest des Tages redete ich die Venturamänner wieder mit „Lei“ an.

## Vom Leben keineswegs getötet!



„Nu ja, die Koloma! Kann unferneinem gar nicht passieren. Was bei 'ner Schustersfrau Ruppellei heißt, heißt bei 'ner Kommerzienrätin moderne Erziehung.“

Wir setzen unsere Besuche in den Privathäusern fort. In einer Stelle finde ich ein paar niedliche Bafen, aber der Eigentümer ist verrückt: „100 000 Lire und nicht ein Centesimo weniger.“ Der Sohn ist betäubt und bietet mir draußen auf der Treppe an, dem Alten die Bafen zu stehlen und sie mir für 10 000 Lire zu verkaufen. Aber ich lehne die Folgen voraus: eine Stunde später würde Papa mit zwei Karabinieren kommen und die Bafen konfiszieren, und dann lehe ich das Geld nicht wieder.

Endlich ist ein feiner Mann da, ein alter commendatore Rocera, der schmutze Bafen zu verkaufen hat; ich stelle nach genauer Prüfung eine Sammlung auf und biete 10 000, während der andere an 20 000 festhält.

Unter weitläufigem Geschwätz und eifriger Vermittlung der Venturamänner nähern wir uns der Witte 15 000. Da fällt mir ein, daß ich nicht genug bares Geld bei mir habe; infolge des Bankstreiks wollte man mir neulich in Palermo nur 10 000 Lire auszahlen, und ich habe 7000 schon beim Einkauf am Vormittag verbraucht. Ich sage gerade heraus, daß ich die Bafen mitnehmen muß, daß ich jedoch die Restsumme von Palermo aus umgehend per Schiffsenden werde. Doch jetzt wird der alte Sizilianer finstler: Das kennen wir schon, dafür sind wir hier auf der Insel zu klug. Ich zeige meine Papiere, die für 50 000 Lire gut sind und meinen Paß, aber nichts beruhigt ihn. Da macht Giacomo Ventura den Vorschlag, daß der Konsul Garantie leistet, und um dies zu erreichen, begeben wir uns wieder zum Hause da Mellias.

(Schluß folgt.)

## Ferdinand Tönnies.

Zu seinem fünfzigsten Doktorjubiläum.

Von Adolf Braun.

Ferdinand Tönnies feiert am 21. Juni das so überaus seltene Fest des 50. Doktorjubiläum.

Mit 22 Jahren hat er seine akademischen Studien abgeschlossen und bald das Werk geschrieben, das einen Abschnitt in der Geschichte der deutschen Soziologie bildet, das Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft“. Man spricht in der deutschen Soziologie von einem Abschnitt vor Tönnies und nach Tönnies, besser gesagt, vor dem Erscheinen seines Buches über „Gemeinschaft und Gesellschaft“ und nach dem Erscheinen des Buches, das so viele Anregungen verbreitet hat.

Er kam auf ganz anderem Wege und sehr ähnlichen Schritten wie Karl Marx. Er kam auf dem Wege der philosophischen Schlüsse und nicht der politisch-historischen und der ökonomischen Untersuchung zu Ergebnissen, wie sie sich auch im „Kapital“ von Marx finden. Er ist ein Mann von einer bewundernswürdigen Vielseitigkeit, der nicht bloß das weite Gebiet aller Nachbarwissenschaften beherrschte, sondern der auch auf vielen wissenschaftlichen Gebieten neben der Philosophie und der Soziologie auf denen der Statistik und Geschichte Bedeutendes geleistet hat.

Die Wissenschaft der Soziologie ist älter als ihr Name. Sie ist aufs innigste verknüpft mit der Rationalökonomie, Psychologie, Anthropologie und anderen Wissenschaften. Es gibt zahlreiche Begriffserklärungen über die Soziologie, und mancher Streit ist über die Abgrenzung dieser Wissenschaft noch nicht ausgeglichen. Sicher ist, daß unter allen Deutschen, die sich mit der Soziologie befaßten, am kräftigsten Tönnies Richtung gab. Lassen wir an dem Erinnerungsjahre aus der Rede, mit der der erste deutsche Soziologentag vor 17 Jahren in Frankfurt a. M. eröffnet wurde, einige wichtige Sätze folgen:

„Wir wollen als Soziologen uns nur beschäftigen mit dem, was ist und nicht mit dem, was noch irgendwelcher Ansicht, aus irgendwelchen Gründen sein soll. Unser nächstes Objekt ist die gegenwärtige Wirklichkeit des sozialen Lebens in ihrer unausmeßbaren Mannigfaltigkeit; von ihr aus führt der Blick notwendig zurück in die Vergangenheit, bis zu den Anfängen und Reimen der noch bestehenden wie der untergegangenen Institutionen und der Ideenwelten; tastet der Blick auch voraus in die Zukunft, aber nicht um sie zu gestalten, um ihr etwas vorzuschreiben, sondern lediglich als Prognose, um die wahrscheinlichere fernere Entwicklung der bestehenden Zustände, Ordnungen, Anschauungen nach Möglichkeit vorausbestimmen, wobei dann die etwa vorauszuweisenden Rückwirkungen solcher Erkenntnis auf die Handlung der Menschen, auch in untern eigenen Handlungen, einer der mitwirkenden Faktoren ist, der in die Rechnung einzugehen ist und die Prognose selbst modifizieren.“

Ich bin von dem Satze ausgegangen, daß die Soziologie in erster Linie eine philosophische Lehre ist. Als solche hat sie es wesentlich mit Begriffen zu tun, mit den Begriffen des sozialen Lebens, mit den Begriffen sozialer Kenntnisse, sozialer Willensformen und sozialer Werte, sozialer Verbindungen, also mit den Begriffen der Sitte und des Rechts, der Religion und der öffentlichen Meinung, der Kirche und des Staates; sie muß diese Begriffe bilden, d. h. sie für den Gebrauch zurechtmachen, sie schmieden und behauen, um die Tatsachen der Erfahrung wie an Riegel heranzuhängen oder in Klammern zu ergreifen; sie hat in diesem Bereich nicht sowohl direkt die Erkenntnis der Tatsachen, sondern die zweckmäßigsten tauglichen Geräte für solche Erkenntnis herzustellen.“

Das Untersuchungsobjekt der Soziologie ist das gesellschaftliche Zusammenwirken der Menschen. Darin zeigt sich das Neue, Bedeutsame und Wichtige. Goethe hat den Anspruch des englischen Poeten Pope sich zu eigen gemacht: „das eigentliche Studium der Menschheit ist der Mensch“. Diese Erkenntnis ging auf die Zeit der alten Griechen zurück, die den Menschen die Lehre gaben, erkenne dich selbst. Aber über diese individualistische Auffassung geht weit hinaus die Auffassung der Soziologie, die nicht das einzelne Individuum, sondern die gesellschaftlichen Erscheinungen der Menschheit untersucht und zu erkennen bemüht und dem politischen Denken die Wege zu weisen sucht. Voraussetzungen für dieses noch lange nicht erreichte Ziel hat wohl schon in seinen Jugendarbeiten der nimmer müde Jubilar gegeben. Zu seinem 70. Geburtstag brachte ihm die Kieler Arbeiter einen Fackelzug. Wir wissen, daß er sich viel und bewundernd mit Marx beschäftigt hat. Wir wissen, daß er ein zwar kleines, aber sehr inhaltsreiches Büchlein in der Sammlung Göschen über die soziale Frage veröffentlicht hat. Wir haben ihn zuletzt in Kiel gesehen und seine geistige Frische bewundert. Möge er zu dem seltenen Feste, das er nun feiert, auch unsere Glückwünsche entgegennehmen.

## Die Tanzknaben von Turkestan.

Von Dr. H. v. Rosen.

Als im Mittelalter die türkischen Nomadenstämme unter Dschingis Chan das heutige Turkestan eroberten und die anlässigen arischen Ureinwohner unterjochten, brachten sie dem Lande keine Kultur mit, sondern unterlagen vielmehr dem kulturellen Einfluß fremder Rassen und Glaubenslehren, indem sie sich den Sitten und Lebensgewohnheiten dieser höheren Rassen mehr oder weniger anpahlen. Maßgebend ist in Turkestan bis heute die islamitische, arabisch-perfische Kulturüberlieferung geblieben, die dem Lande das Gepräge gibt und die Einführung des sozialistischen Systems erschwert. Neben vielen Grundzügen der islamitischen Kultur haben sich hier auch manche allgemeinorientalische Sitten erhalten, die wohl seit Jahrtausenden eingewurzelt sind und mit dem Islam an sich nichts zu tun haben. Hierzu gehört die Juni der „Batscha“ genannten, in ganz Turkestan bekannten Tanzknaben.

Die städtischen Einwohner, die „Sarten“, sind ein türkisch-perfisches Volk, in dessen Adern auch arabisches Blut fließt, von den Nachkommen der früher eingewanderten Araber. Sie sind oft sehr schön, namentlich die Frauen von Buchara zählen zu den schönsten der Welt. Das gleiche gilt von den halbwildartigen Knaben, deren mandelförmige schmalstehende Glutaugen und jierliche Hände und Füße mit denen der Frauen wohl weiterfern können.

Zu Tanzknaben werden nur die schönsten ausgeleht und ausgebildet, um dann an allen Festtagen, bei Hochzeiten und Festgelagen mit ihrer Tanzkunst ein Heis mit größter Begeisterung aufgenommenes Schauspiel zu bieten. Die Häuser der Reichen, ebenso wie alle großen Kaffeehäuser in Taschkent und Samarkand, haben große, gefloßene, von hohen Lehmmauern umgebene Höfe, auf denen diese Tänze vor einer geschlossenen Gesellschaft vorgeführt werden können. Die in prächtige, farbige Seidengewänder gekleideten Knaben tragen Rosenkränze auf dem Kopfe und reichen Schmuck. Ihre Tanzkunst ist eine echt orientalische. Sie besteht, ganz wie bei der Dschebbashi, der Bajabere Indiens, oder der Almek Aegyptens, im wesentlichen in graziosen Bewegungen des Körpers und Bewegungen der Arme. Die Batscha tanzen sowohl in weiblicher wie in männlicher Tracht, gleichen aber auch in letzterer mit ihren schmieglamen, dabei oft merkwürdig üppigen Leibern durchaus verleideten Mädchen.

Wenn es bei Jesus Sirach heißt: „Hüte dich vor der Sängerin, daß sie dich nicht sehe mit ihren Reizen!“, so könnte ein glaubenshardter Sittenprediger die gleiche Warnung in bezug auf die Tanzknaben an die Eingeborenen Turkestans richten.

Doch nicht die ästhetisch sehr anziehenden Anabentänze, sondern was hinter den Kulissen geschieht, bildet den Hauptpunkt im orientalischen Liebesleben, besonders in Turkestan und Persien. Der russische Maler Berezichagin, der längere Zeit in Turkestan verbrachte, gibt in seinen Lebenserinnerungen interessante Schilderungen von diesen Batscha. So konnte er in Taschkent einmal beobachten, wie ein solcher Knabe von 13 bis 14 Jahren, der als Mädchen verkleidet war, vor dem Tanz Toilette machte. Er lag auf einem Divan, schmierte sein sehr hübsches Gesicht weiß und rot, und zog dann mit Kohol schwarze Striche unter seine Augen, um ihr Feuer zu erhöhen. Einer der Würdenträger der Stadt stand dabei vor ihm und hielt ihm den Spiegel, während ein anderer ihm tündend goldgestickte Samtpantöffeln anzog.

Wohl alle diese Knaben, die viel vor Zerfetzung des ohnehin nicht hochstehenden Familienlebens beigetragen haben, sind eitel, kokett, geldgierig, frech und in allen Verführungs- und Befehrungskünften bewandert. Zwar hat der Zentralsoviet in Taschkent im vorigen Jahre sehr strenge Strafbestimmungen gegen den gleichfalls uralten orientalischen Brauch des Brautraubes erlassen, der mit Gefängnis bis zu 10 Jahren bestraft wird; aber gegen die Batscha kann er ebenfalls wenig nützen, wie früher die Zarenregierung oder die mohammedanische Geißlichkeit. Ueberhaupt vermeidet die Sowjetregierung noch ängstlicher als die frühere russische Regierung, in das innere Leben der Eingeborenen irgendwie einzugreifen.

# Henry Fords Glück und Ende.

## Ein gelungenes Lebenswerk. — Tragik des Napoleons der amerikanischen Industrie.

Unter dem Vorzeichen schließt hier in seinem Hause die Geschichte des Herrschers Henry Ford in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Ende.

Der Automobilkönig Henry Ford erlitt kürzlich mit seinem Wagen einen Unfall, der zwar noch glimpflich abließ, jedoch auch ebenso gut ernste Folgen haben können. Viele betrachten dies als ein böses Vorzeichen, denn schon seit längerer Zeit wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß es im Gebälk seines Lebenswerkes knisterte — daß es seinen Höhepunkt überschritten. Der Automobilkönig würde dieses Schicksal mit großen getrübten Hauptern teilen, für die fast immer der Tag kam, da ihr Stern erlosch. Daß auch dem beispiellosen Aufstieg des Automobilkönigs ein Niedergang folgen müsse, unterliegt längst keinem Zweifel mehr. Er ist nur eine Frage der Zeit.

### Das einzige Problem: Absatz für die Produktion.

Das Problem, das einzige Problem für die gigantischen Ford-Werke ist nicht etwa die Beschaffung ungeheurer Mengen von Material oder die Herstellung einer genügenden Anzahl von Kraftwagen, um die Nachfrage zu befriedigen, sondern deren Verkauf. Tag für Tag stellen die Werke Tausende von Autos fertig. Sie müssen dauernd verkauft werden, oder es würde sich in wenigen Wochen ein Lager anammeln, für das einfach die Gebäude nicht zu beschaffen wären. Nun aber laufen in den Vereinigten Staaten bereits 22 Millionen Kraftwagen. In manchen Bezirken kommt schon auf zwei Einwohner ein Auto. Wo sind da noch weitere Käufer für neue Wagen zu finden? Auch gibt es in Amerika noch viele Millionen, die nicht in der Lage sind, sich ein Auto anzuschaffen, denn der Wohlstand ist keineswegs so allgemein, wie es im Ausland oft scheinen mag. Nach dem letzten Bericht, den die Steuerbehörde veröffentlichte, hatten nur sechs Prozent der Einwohner mehr als das steuerfreie Mindesteinkommen von 1000 Dollar pro Kopf, das inzwischen der Teuerung wegen auf 1500 Dollar erhöht wurde.

In den Großstädten gibt es viele Tausende, die sich zwar ein Auto kaufen könnten, jedoch davon absehen müssen, da die Kosten für das Unterbringen zu hoch sind. Die Garagenfrage in den Großstädten hat auch Ford nicht lösen können; denn man wartet seit Jahren darauf, Ford würde in den Großstädten eigene Garagen bauen und sie den Besitzern seiner Wagen billig zur Verfügung stellen. Ferner wohnen in der Nähe der Großstädte Tausende und aber Tausende, die gern täglich mit dem Auto zur Arbeitstätte in die Stadt fahren würden, jedoch darauf verzichten müssen, da es ihnen nicht möglich ist, dort das Auto tagsüber unterzubringen. Auch hat dieser verlockende Plan weitere Schattenseiten, denn in den Verkehrsstunden sind die Straßen der Großstädte so mit Autos vollgestopft, daß ein Durchkommen nicht zu denken ist und die schnellste Möglichkeit des Fortkommens — in heißer Benutzung von Schütters Kappen besteht. Dieser Kalamität konnte auch Ford wieder nicht entgegen, selbst wenn er die Garagenfrage lösen würde.

### Mit dem Export ist es schlecht bestellt.

Alle Großstaaten haben eine eigene Autoindustrie und wehren sich durch Schutzzölle, und der mögliche Absatz in kleinen Ländern ist angesichts der riesigen Herstellungszahlen nicht ins Gewicht. So bleibt denn nur der Markt der Vereinigten Staaten. In großartiger Weise verlor nun Ford, den Inlandsmarkt zu vergrößern. Er führte auf seinen Werken die Fünftagewoche ein in der Erwartung, diese Einrichtung werde sich allgemein Bahn brechen. Er will dem Arbeiter mehr freie Zeit geben, damit er das Auto mehr benutzt und an den beiden freien Tagen Ausflüge unternimmt.

In letzter Zeit begann Ford auch in größtem Maße den Verkauf von Lebensmitteln an das allgemeine Publikum. Seine Geldmacht und riesigen Absatzkräfte sollten dem Haushalt des kleinen Mannes die Lebensmittel jährlich um 500 bis 600 Dollar billiger liefern, als er bisher dafür aufwenden mußte. Diese Ersparnis eines Jahres würde den Kaufpreis eines guten Ford-Wagens beschaffen, und die Unterhaltungskosten würden dauernd mit dieser Ersparnis gedeckt. Auf Betreiben der bisherigen Nutznießer sieht sich Ford im Augenblick allerdings genötigt, den Verkauf von Lebensmitteln auf seine Angestellten und Arbeiter zu beschränken.

### Die Konkurrenz. — Der Ford-Wagen in der Karikatur.

Endlich gibt es außer Ford noch andere große Autowerke in Amerika, und zwar nicht wenige. Auch sie erzeugen zusammen täglich viele Tausende von Kraftwagen, die sie an den Mann bringen müssen. Auch sie verfügen über riesige Betriebskapitalien und haben Ford die Geheimnisse billiger Massenherstellung längst abgekauft. Da sie dem Ford-Wagen selbst nichts anhaben konnten, hat die Konkurrenz sich seit Jahren bemüht, ihn in Zeitungen, Wühlblättern und Wandbildern zu bespötteln und lächerlich zu machen. Wo immer in einem Film ein Auto in komischer Weise zertrümmert wird, wo immer es in einem ganz unzulässigen Zustande weiterläuft und kaputtloschießt — da ist es sicher ein Ford. Der Ford-Wagen ist die Zielscheibe, auf den die gesamten Gegner das Trommelfeuer ihrer Witze richten. Auf einamer Landstraße begegnet ein Esel einem Ford-Wagen. „Wer bist du?“ fragt der Esel. „Ich bin ein Automobil!“

### Erweiterte Kreditstatistik der Banken.

#### Leider nicht obligatorisch und nicht öffentlich.

Der Börsestand im Mai und der Kampf um die Diskontierung haben, wie jetzt gemeldet wird, zu einem Ausbau der zweimonatlichen Bankausweise geführt, nachdem das Reichsbankdirektorium am vergangenen Freitag darüber beraten hatte. Den Berliner Großbanken und allen anderen Banken, die Zweimonatsbilanzen aufstellen, ist von der Reichsbank ein Rundschreiben zugegangen, in dem für die Zukunft bestimmte Erläuterungen für die einzelnen Bilanzposten verlangt werden.

In der Hauptsache handelt es sich um den alten, nach der gegenwärtigen Lage aber besonders verständlichen Wunsch der Reichsbank, über die tatsächliche Höhe der für Börsengeschäfte gewährten Kredite und über den Umfang der in den Bankeinlagen befindlichen ausländischen Gelder Auskunft zu erhalten. Es sollen zahlenmäßig diejenigen Kredite in laufender Rechnung ausgewiesen werden, die durch Wertpapiere gedeckt sind. Zweitens sollen die Verpflichtungen der Banken nach ausländischer und inländischer Währung getrennt aufgeführt werden. Ferner soll festgestellt werden, welche Verpflichtungen gegenüber dem Ausland durch Weitergabe oder Verpfändung von Inlandswechseln entstanden sind. Endlich sollen die Fälligkeitstermine für diese Verpflichtungen gegenüber dem Ausland angegeben werden.

Es ist zu begrüßen, daß die Reichsbank durch diese Erläuterungen einen größeren Überblick über die innere Struktur der deutschen Kreditwirtschaft erhalten wird. Es ist kein Zweifel, daß die Bücksicherheit der Reichsbankpolitik dadurch gefördert werden wird, Bedauerlich aber ist, daß die Banken nicht ver-

antwortet das Auto. Da reißt sich der Esel zu voller Höhe empor und erwidert mit Würde: „Und ich bin ein Pferd!“  
Nun wird sich ein ernsthafter Käufer durch solche Witzchen doch wohl schwerlich vom Kauf eines bewährten Wagens abhalten lassen — sollte man annehmen. Das ist buchstäblich auch wahr. Allein die Sache hat doch eine sehr bedenklich psychologische Seite, denn hier vereint sich diese Propaganda mit einer Entwicklung der amerikanischen Denkweise, die Ford ohne Frage ansehnlichen Schaden zufügt. Als das Auto des kleinen Mannes in Gestalt des Ford auftauchte, war jedermann froh, ein eigenes Transportmittel zu besitzen. Einfach, leistungsfähig und billig, mit einem einzigartigen Dienst in Ersparnissen — so eroberte der Ford-Wagen im Fluge das Land.

### Die Herrschaft des Scheins. — Das Armeleutenfahrzeug.

Amerika aber war von jeher das Land des äußeren Scheins. Was gilt der großen Menge etwa geistige Bildung, Kunstverständnis, ethische Gesinnung? Sie können kein allgütiges Ansehen verschaffen. Das Geld kauft alles: Ehre und Ansehen, Freuden und Genüsse. Alles entschuldigt das Geld: Unwissenheit und Mangel an Bildung. Und alles deckt es zu: alle dunklen Punkte der Vergangenheit. Wie jemand es an sich gebracht, danach trägt niemand. Wenn es nur da ist in dieser verdorbenen Welt, die nur eins kennt — sich bereichern, sich bereichern um jeden Preis.

Allein auch in Amerika haben sich die Zeiten gegen früher sehr verändert und hat es heute für die große Masse mit dem Reichwerden gute Weile. Größer denn je aber ist heute die Großmannslust. So bleibt denn weiter nichts übrig, als die mangelnde Wirklichkeit durch den Schein zu ersetzen. Windmacheret ist die Lösung. So kommt es denn, daß sich der Besitzer eines Ford-Wagens nur zu oft belächeln lassen muß. Der Ford-Wagen gilt gewissermaßen als der Proletarier unter den Kraftwagen, als Armeleutenfahrzeug. Man hat keinen Sinn mehr für jene Ehrlichkeit, die kürzlich einige junge Burken auf dem New Yorker Broadway erkennen ließen, die aus einzelnen Teilen aller möglichen Fabrikate so etwas wie ein Auto zusammengestoppelt hatten und damit die Reugier der Gaffer erregten. Bis zum Scheinwerfer hatten sie es noch nicht gebracht. Als Ersatz diente eine vorstülpierte Petroleumlampe. Die Burken waren sich jedoch ihrer überlegenen Ethik bewußt, denn am Wagen prangte stolz ein Schild: „Nacht! Es ist bezahlt!“

Von vielen großen und selbst teuren Luxuswagen kann man das gleiche nicht behaupten. Von allen Autokäufen in den Vereinigten Staaten erfolgen drei Viertel auf Abzahlung. Die Besitzlosigkeit wird durch den Anschein verdeckt — man will sich nicht mit einem Kleinauto belächeln lassen und kauft einen großen prächtigen Kraftwagen auf Kredit. Vor allem auch die Frauenwelt will nichts mehr wissen von dem „Flücker“, der Benzinaus und Landstraßenwanze. Sie schwärmt für Wagen mit einem Rotorgebüde wie eine kleine Villa, wenn der Herr Gemahl auch eine kleine ewigkeits Raten zahlen muß — falls die ganze Herrlichkeit nicht schon vorher in die Brüche geht. In der Tat werden von allen Käufen auf Ratenzahlung etwa drei Viertel wieder rückgängig gemacht, da die geringenprozentigen Millionen nicht einmal die Raten dauernd erschwingen konnten.

### Henry Fords Waterloo.

So scheint es denn, als könne auch der Napoleon der amerikanischen Industrie seinem Waterloo nicht entgehen. Es ist die Tragik Fords, daß er von Anfang an damit zu rechnen hatte, die Kurve seines Aufstieges müsse sich eines Tages mit tödlicher Sicherheit zur Umkehr neigen. Und je steiler dieser Aufstieg wurde, je schneller seine Riesenkolonnen ins Gigantische wuchsen, je weiter die tägliche Produktion in die Tausende ging — um so unerbittlicher mußte er der Tatlage ins Auge sehen, daß der Beginn des Abfluges um so näher rückte. Je schneller seine Produktion zunahm, um so eher mußte die Fassungsvermögen des Marktes sich erschöpfen.

Diese Tragik, die seinem Lebenswerk anhaftete, mag dem Automobilkönig stets wie ein Renetel die Freude getrübt haben. Zwar verleiht ein Vermögen von 1500 Millionen Dollar seinem Unternehmen ein so graniternes Fundament, daß es manche geschäftliche Reize ohne ernstliche Gefahr aushält. Die weitere Entwicklung aber ist an ihrer Grenze angelangt, und damit wird das schlechende Stochern Wirklichkeit, das dem Lebenswerk dieses Industriefürsten unheilbar angeborn ist.

Darin erblickte wohl Henry Ford seine Lebensaufgabe: den Kraftwagen durch Herstellung auf immer gigantischerer Stufenleiter zu verbilligen — aus einem Luxusgegenstand in einen täglichen Gebrauchsartikel auch des kleinen Mannes zu verwandeln. Das ist ihm mit den 15 Millionen Wagen, die seine Fabrik verlassen haben, glänzend gelungen. Der weitere Traum aber, bei Erreichung dieses Zieles das gleiche Manöver mit dem Flugzeug zu wiederholen, erweist sich als Fehlberechnung. Noch ist das Flugzeug keine unbedingte Notwendigkeit des wirtschaftlichen Lebens, und schon läuft sich die Automobilbauzeugung tot. Der Kraftwagen schlug die Verkehrsbrücke von der alten zur neuen Zeit. Zwischen der neuen Zeit und der Zukunft aber klafft noch ein Abgrund, der Ford zum Verhängnis — zum Schicksal werden mag.

H. H., New York.

lediglich auf den Versuch, die Belastung der Viehhalter durch den Zweimarkzoll in einer Höhe von mindestens 125 Millionen Mark in Abrede zu stellen.

Tatsächlich liegen die Dinge so, daß bei einer guten Ernte rund die Hälfte der Kartoffeln verfüttert und in den Fabriken verarbeitet wird. Das sind annähernd 20 Millionen Tonnen. Wir wollen nun keineswegs rein mechanisch verfahren und behaupten, daß uns hieraus eine Zollbelastung von 400 Millionen Mark erwächst. Es darf aber mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß etwa der vierte Teil dieser Menge, also rund 5 Millionen Tonnen, den Besitzer wechselt, also auf dem Bahnwege, per Lastauto oder, wie dies im Lokalverkehr üblich ist, per Kasse befördert wird. In diesen Mengen sind auch die Kartoffeln vorhanden, die ursprünglich unter der Bezeichnung „Speisekartoffeln“ vertrieben, dann aber wegen ihrer mangelhaften Beschaffenheit oder aus anderen Gründen beanfandigt wurden und als Futtermittel verkauft werden mußten. Daß diese „Umwertung“ mit ihren Folgen bei den Kartoffeln östlicher Herkunft besonders im Jahre 1925/26 recht oft erfolgt ist, kann wohl nicht gut bestritten werden.

Im übrigen muß festgestellt werden, daß die für den großen Schweinebestand des Westens angeforderten Kartoffeln keineswegs ausschließlich von den Verkäufern in unmittelbarer Nähe der Stallungen stammen. Daß in den Viehzuchtbezirken während der Herbst- und Wintermonate bis in das Frühjahr hinein ein schwunghafter Handel mit Futterkartoffeln getrieben wird, ist jedem Händler bekannt. Daß die Erzeuger die gewaltigen Erntevorräte des Jahres 1925, soweit sie veräußert wurden, ziemlich reiflos in den eigenen Wirtschaften verwendet haben, wird wohl auch Herr Jany nicht behaupten. Für uns ist seine Entgegnung übrigens viel beachtenswerter durch das, was sie veranschaulicht, als durch die Bemerkungen, mit denen er sich gegen unsere Darlegungen wendet.

### Ein Tabakmonopol in Danzig.

Die Freie Stadt Danzig hat durch Verordnung des Senats das Tabakmonopol eingeführt. Nach den Genfer Völkerbundsverhandlungen vom März dieses Jahres ist die Bewirtschaftung des Tabakmonopols der Danziger Tabakmonopol-K. G. übertragen worden, deren Gründung und Finanzierung durch ein internationales Bankenkonzern erfolgt ist. Von dem Aktienkapital von 8,5 Millionen Gulden haben das Danziger Bankkonzern 51 Proz., das polnische 22 Proz., das deutsche, das englische und das Konzernum verschiedene Länder je 9 Proz. übernommen. Der gesamte Betrieb soll in einer Fabrikanlage vereinigt werden. Zu diesem Zweck wird die Gesellschaft ein großes staatliches Gebäude umbauen und nach den neuesten technischen Erfordernissen einrichten. In der Uebergangszeit werden die Fabrikanlagen zweier Privatgesellschaften pachtweise in Gebrauch genommen.

Kommunale Gaspropaganda. Gaspreise und Nebenprodukte. Nach dem Jahresbericht der Frankfurter Gasgesellschaft A. G. für das Jahr 1926 belief sich der Gasverbrauch in Frankfurt auf 166 Kubikmeter pro Kopf der Bevölkerung und lag damit an der Spitze aller deutschen Städte gleicher Größe. Interessant ist der Einblick in die von Frankfurt betriebene kommunale Gaspropaganda, die wegen der Umänderung der Lichtinstrumente zur elektrischen Beleuchtung erforderlich ist. Die Heizungsstellen wurde wesentlich erweitert; ihre besondere Aufmerksamkeit gilt den Gasheizstätten für Gewerbe und Industrie und der Wohnungsheizung, beides noch stark ausbaufähige Gebiete. Der rationellen Gasverwendung im Haushalt dient eine besondere für die Hausfrauen geschaffene Zeitschrift „Der Wirt“, und außerdem wurden in den letzten drei Monaten des Jahres 1926 Hausfrauenausschüsse eingeführt, die mit über 30 000 Besuchern alle Erwartungen übertrafen. Im Zusammenhang mit dieser Propaganda hat der Absatz von Gasgeräten auf monatliche Teilzahlung stark zugenommen. Die Gasabgabe wurde gegenüber dem Jahre 1925 um 4 1/2 Proz. gesteigert. Der günstige Reingewinn von 1,56 Millionen, der eine von 5 1/2 auf 7 Proz. erhöhte Stammdividende erlaubt, wurde in größerem Maß als sonst aus der Verwertung der Nebenprodukte gewonnen; er ist gegen das Vorjahr um rund 435 000 M. erhöht, obwohl im Laufe des Geschäftsjahres eine Senkung der Gaspreise durchgeführt wurde. Daß die Verwertung der Nebenprodukte die Einnahmeverminderung aus den gesunkenen Gaspreisen wettmachen konnte, zeigt erneut die große Bedeutung, die gerade die Nebenproduktverwertung für die Gaswirtschaft hat. Würden die Ferngaspläne der Ruhr durchgeführt, so würde gerade dieser, für die Gaspreisgestaltung so wichtige Posten in Wegfall kommen.

Aus dem Reiche Silverbergs. Falsche Argumente. Die Rheinische K. G. für Braunkohlenbergbau und Breiherstellung Köln ist mit fast ein Fünftel der deutschen Braunkohlenförderung und Breiherstellung und mit einem Drittel der Gesamtzeugung des rheinischen Braunkohlenreviers eine der bedeutendsten deutschen Braunkohlenunternehmungen. Die große Mächtigkeit ihrer Flöze gestattet ihr dabei ein sehr rentables Arbeiten. Auch der Geschäftsabschluss zum 31. März 1927 läßt wieder eine sehr günstige Entwicklung im vergangenen Jahr erkennen, die durch den englischen Bergarbeiterstreik noch weiter gefördert wurde. Die Kohlenförderung stieg von 12,94 auf 13,50, die Breiherzeugung von 3,21 auf 3,30 Millionen Tonnen. Der Stromabsatz ging ein wenig zurück. Auf das 60-Millionenkapital kommt, wie im Vorjahre, wieder eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung, nachdem der Rohgewinn um etwa 13 Proz. gestiegen, die Abschreibungen von 3,81 auf 4,86 Millionen erhöht und 7,31 Millionen Mark als Reingewinn ausgewiesen waren. Die Anlagewerte zeigen trotz der erheblichen Abschreibungen eine Erhöhung. Die Bankguthaben sind von 10,73 auf 13,70 Millionen Mark erhöht, ebenso sind die Rückstellungen auf 5,7 Millionen Mark gesteigert worden. Im Bericht wird ausgeführt, daß die 1926 erfolgten Erhöhungen der Knappheitslöhne und Löhne infolge der günstigen Abbauverhältnisse und der durch den maschinellen Ausbau erzielten größeren Wirtschaftlichkeit getragen werden konnten. Wertminderungen will der Bericht aber nicht wahr haben, daß die Mechanisierung des Betriebes noch weitere Belastungen vertragen. Wenn der Bericht dafür die größere Empfindlichkeit des mechanisierten Betriebes gegen Unterbeschäftigung und die höheren Abschreibungskosten verantwortlich macht, so geht diese Argumentation fehl. Beides ist bei zunehmender Mechanisierung durchaus selbstverständlich; die Mechanisierung würde aber nicht vorgenommen werden, wenn nicht zugleich eine Steigerung der Leistungsfähigkeit pro Kopf erreicht würde. An dieser höheren Produktivität der Lohngezählten Arbeit geht der Bericht vorbei. Es macht durchaus den Eindruck, als ob die Preiserhöhungswünsche und der Wille zum Lohnraub, nicht aber sachliche Gründe zu dieser Argumentation geführt haben.

Neue Chilesalpetern-Konkurrenz. Nachdem vor kurzem die Aufhebung der chilenischen Salpeterkonvention beschlossen worden ist, ist mit dem freien Verkauf des Salpeters für das am 1. Juli beginnende neue Dingjahr begonnen worden. Die Richtenernung des Preisartikels hat bereits zu einem nicht unerheblichen Rückgang der Exportpreise geführt. So betragen die Preise für August 1,35 M. pro Kilogramm gegen bisher 1,68 M., liegen also um etwa 20 Proz. niedriger. Man nimmt an, daß sich durch diese Verbilligung die Konkurrenzfähigkeit des Chilesalpeters gegenüber dem künstlichen Stickstoff nicht unerheblich verstärken wird.

pflichtet sind, diesen besonderen Fragebogen auszufüllen. Bedauerlich ist ebenfalls, daß die Auskünfte der Banken, soweit sie gegeben werden, nur zur vertraulichen Information der Reichsbank, nicht aber zur Veröffentlichung bestimmt sind. Sowohl der obligatorische Charakter dieser Auskünfte wie auch ihre Veröffentlichung sind in den heutigen, noch sehr unübersichtlichen kreditwirtschaftlichen Verhältnissen dringend erforderlich. In allen Dingen, die die Sicherheit der Kreditwirtschaft angehen, darf es kein Geschäftsgeheimnis geben, sofern es sich um einen Ausweis von Ziffern handelt. Diese Forderung müßte auch dann erfüllt werden, wenn, wie behauptet wird, den Banken damit eine neue Arbeit zugemutet würde, und wenn die Änderung reichsgerichtlicher Bestimmungen erforderlich sein sollte.

### Um den Kartoffelzoll.

Die Anhänger des vom Reichslandbund befürworteten hohen Kartoffelzoll haben mit ihrer Entgegnung auf die im „Vorwärts“ veröffentlichten Darlegungen über die unzulängliche Kartoffelversorgung des deutschen Volkes lange gewartet. Jetzt nimmt Direktor Jany von der Kartoffelbaugesellschaft in der „Deutschen Tageszeitung“ das Wort.

Wit keiner Silbe geht er auf die Widerlegung der vom Reichslandbund aufgestellten Behauptung ein, die deutsche Landwirtschaft sei trotz der schlechten Kartoffelernte des letzten Jahres in der Lage gewesen, das deutsche Volk ohne nennenswerte Subsidienahme des Auslandes ausreichend zu versorgen. Daß er ferner einer Behauptung über die mangelhafte Beschaffenheit der besonders aus dem Osten für Speisewecke gelieferten Kartoffeln ausweicht, verdient ebenfalls Beachtung. Herr Jany beschränkt sich